

Um überhaupt einen Überblick über die Arbeit von Anstaltsärzten zu bekommen, wurde bei einer Arbeitsbesprechung in der Hauptverwaltung Gesundheit in Berlin am 10. Juni 1949 beschlossen, eine regelmäßige Berichterstattung mittels Formblätter zu verfügen. Danach sollten die Anstaltsärzte halbjährlich (erstmal am 5. Dezember 1949) an die jeweilige Kreisgesundheitsbehörde berichten. Diese leitete die Berichte an das Landesgesundheitsamt weiter, von dort gingen sie an die Hauptverwaltung Gesundheit. Angestrebt wurde damit eine Prüfung der Zustände aus ärztlicher Sicht, deren Ergebnis der Deutschen Justizverwaltung zugeleitet werden sollte. Die Gefangenenfürsorgeausschüsse in den Kreisen und Ländern sollten mit Fachpersonal aufgestockt werden, die Landesgesundheitsämter hatten größere Anstalten monatlich auf eine ordnungsgemäße Betreuung zu kontrollieren.¹²⁹ Am 24. Januar 1950 erließen das Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen und das Justizministerium der DDR einen Erlass über die Gesundheitsfürsorge in den Gefangenenanstalten. Darin waren insbesondere die Aufgaben eines Anstaltsarztes, die Organisation der medizinischen Betreuung und Hygienemaßnahmen beschrieben.¹³⁰

Mit der Übernahme durch das Ministerium des Innern wurden die Zuständigkeiten neu geregelt. Nach der Polizeihafenanstaltsordnung waren kranke Gefangene grundsätzlich in der Haftanstalt zu behandeln. Nur in dringenden Fällen, *wenn der Arzt es als unbedingt erforderlich erachtet*¹³¹, durfte die Einweisung in ein Krankenhaus vorgenommen werden. Todesfälle kamen immer wieder vor. Verstorbene Häftlinge ohne Angehörige waren laut Verfügung des Justizministeriums vom 15. Juni 1950 Anatomischen Instituten zur Verfügung zu stellen, die für den Transport und die spätere Bestattung (Verbrennung) aufkamen.¹³² Innenminister Maron erneuerte die Weisung und teilte am 10. Juli 1951 dem Staatssekretariat für Hochschulwesen mit, dass die Körper verstorbener Strafgefangener, deren Angehörige nicht auffindbar waren oder die Übernahme der Bestattungskosten ablehnten, zu Lehrzwecken an die Anatomischen Institute abgegeben werden. Für Sachsen-Anhalt war es das Anatomische Institut der Martin-Luther-Universität in Halle.¹³³

129 Rundverfügung Nr. C-21/49 des Justizministeriums Sachsen-Anhalt vom 26.9.1949, in: LHASA Abt. Magdeburg, Rep. K 9 Nr. 2741, Bl. 33f.

130 Erlass vom 24.1.1950, in: LHASA Abt. Magdeburg, Rep. K 9 Nr. 2741, Bl. 68ff.

131 Erläuterungen zur Polizeihafenanstaltsordnung vom 11.7.1951, in: LHASA Abt. Magdeburg, Rep. K 3, Nr. 77, Bl. 65ff.

132 Rundverfügung Nr. 85/50 des Justizministeriums und des Ministeriums für Arbeit und Gesundheitswesen der DDR vom 15.6.1950, in: LHASA Abt. Magdeburg, Rep. K 4 Nr. 908, Bl. 99f.

133 Schreiben von Innenminister Maron an das Staatssekretariat für Hochschulwesen vom 10.7.1951, in: BArch Berlin, DO 1 11.0 HVDVP Nr. 1573, Bl. 32.

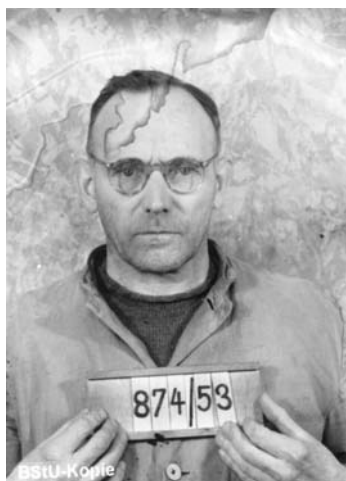
Die unhaltbaren hygienischen Zustände und die ungenügende ärztliche Versorgung änderten sich bis zur Auflösung des Zuchthauses nicht wesentlich. Noch 1954 wurden Tonkrüge für die Verrichtung der Notdurft verwendet. Ende 1955 wurde in einer Parteiversammlung des Zuchthauses Coswig festgestellt: *Die Abteilung GW [Gesundheitswesen – Anm. d. Verf.] ist besetzt mit einem Leiter und dieser hat keine Unterstützung. Es kommt bei den Strafgefangenen vor, daß sie vom Arzt Arzneimittel verschrieben bekommen oder anderes verordnet wird und der GW-Leiter kann diesen Anordnungen nicht voll nachkommen, weil er es nicht allein schafft. Aber was tritt hierbei in Erscheinung? Die Strafgefangenen werden unzufrieden und unruhig und dieses kann leicht zu einer Meuterei oder Entweichung führen.*

*Noch etwas. Und zwar betrifft das die sanitäre Betreuung der Strafgefangenen. Die Türen an den Spinten und Schränken wurden entfernt. Die Esswaren liegen darin frei umher. Der Staub fällt darauf. Zum anderen hängen die Schränke meist über der Dampfheizung und die Butter oder Margarine fängt an zu zerlaufen. Die Strafgefangenen kommen und sagen das, was will man ihnen aber antworten. Die Strafgefangenen dürfen weiter kein Papier besitzen wegen Kassiber schieben, aber die Margarine ist in Papier und es müßte auch so bleiben, um die Esswaren vor Staub zu schützen. Auf den Stationen brannten zu dieser Zeit noch Petroleumlampen, die verursachen eine Gestank, dass man Kopfschmerzen bekommt und einem der Appetit vergeht.*¹³⁴

Die Verpflegung konnte manchmal durch die Gefängnisgärtnerei leicht aufgebessert werden. So berichtet Heinz Hildebrandt aus dem Jahre 1955 über Gemüsebeilagen, insbesondere in der Form von Mangold.¹³⁵

134 Protokoll über die Wahlberichtsversammlung am 3.12.1955, in: LHASA Abt. Merseburg, BDVP Halle 19, Nr. 706, Bl. 51f.

135 Vgl. Stefanie Wahl, „Die Ereignisse um den 17. Juni 1953 im Bezirk Halle – Schlaglichter“ (Hg. LStU Sachsen-Anhalt), Magdeburg 2003, S. 186.



Haftfoto

Adolf Grattenauer war Leiter eines Volkseigenen Gutes (VEG) in Wengelsdorf. Am Morgen des 17. Juni 1953 fuhr er mit dem Motorrad nach Merseburg und Leuna, um sich mit eigenen Augen von den Demonstrationen zu überzeugen. Wieder zurück berief er eine Betriebsversammlung ein. Er berichtete von den Streiks und erklärte seinen Kollegen im Verlauf der Versammlung: *Kollegen, ihr wisst nicht, was Freiheit bedeutet. Endlich ist die Zeit gekommen, wo wir frei sind.*¹³⁷

Die Staatssicherheit hatte ihn schon länger im Visier. Er wurde am 1. September verhaftet und zu einer Zuchthausstrafe von drei Jahren und sechs Monaten verurteilt. Diese musste er in Coswig verbüßen. Dort begegnete ihm Heinz Hildebrandt, der nach dem Ende der DDR über das Schicksal seines Mithäftlings und die medizinische Betreuung berichtete: *Katastrophale Zustände herrschten in der ärztlichen Betreuung. Medikamente wurden nicht regelmäßig verabreicht. Kranke mußten häufig ihre Dosis für mehrere Tage auf einmal einnehmen. Darunter hatten*

¹³⁶ Das Schicksal von Adolf Grattenauer ist beschrieben in: Stefanie Wahl, „Die Ereignisse um den 17. Juni 1953 im Bezirk Halle – Schlaglichter“ (Hg. LStU Sachsen-Anhalt), Magdeburg 2003, S. 178–196 und Edda Ahrberg, Hans-Hermann Hertle, Tobias Hollitzer u. Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Die Toten des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953, Münster 2004, S. 105–107.

¹³⁷ Schlussbericht der KD Weißenfels vom 29.8.1953, in: BStU, MfS, BV Halle, AU 146/53, Band 1, Bl. 49.

besonders die Zuckerkranken u. andere zu leiden, die auf eine regelmäßige Einnahme angewiesen waren. Die „Medizinmänner“ waren Strafgefangene. ... „Fachlich“ wurde die ärztliche Betreuung von einem Arzt aus Wittenberg vorgenommen. Dieser Arzt erschien dort in Coswig jede Woche nur für ein paar wenige Stunden und hatte auf die Betreuung eigentlich gar keinen Einfluß. ... M. E. hatte dieser Arzt auch gar kein Interesse daran, daß den Häftlingen dort geholfen wurde. ...

Adolf Grattenauer klagte Ende August 1955 über kolikartige Bauchschmerzen im Oberbauch. Er meldete das mehrere Tage lang jeden Morgen bei der Zellentürsicht dem Wachpersonal. Seine Klagen wurden nicht beachtet. Nach etwa drei bis vier Tagen, es mußte die Zeit um den dritten September 1955 gewesen sein, steigerten sich die Schmerzen bei Grattenauer bis ins Unerträgliche, so daß er sich krümmte, den Oberbauch hielt, laut schrie und später nur noch wimmerte. Nach mehrmaligem Klopfen an der Zellentür durch uns Mitgefangene öffnete der „Schließer“. Unser Anliegen wegen des Adolf Grattenauer beantwortete er: „Der soll sich nicht so haben“ und „der simuliert“. Nach einiger Zeit verlor A. Grattenauer das Bewußtsein. Erst daraufhin, nachdem wir erneut den „Schließer“ gerufen hatten, wurde A. Grattenauer von mir und zwei anderen Kameraden in den Sanitärbereich geschafft. D. h., es wurde das angewiesen. Da A. Grattenauer über Schmerzen im Oberbauch geklagt hatte, nahm ich an, daß er einen Magendurchbruch gehabt hat. Diese Vermutung erhärtete sich bei mir dadurch, weil er sich Ende August 1955 (vielleicht auch Anfang Sept.?) einige Male erbrochen hat und darunter Blutschleim gewesen ist. Um den 10. September herum erfuhr ich durch den bzw. durch einen Kalfaktor, daß Adolf Grattenauer nach Meusdorf transportiert worden sei. Angeblich soll er im Sanitärtrakt nicht behandelt worden sein. Der Arzt habe ihn sich lediglich angesehen.“¹³⁸

Adolf Grattenauer wurde am 7. September um zwei Uhr nachts in das Haftkrankenhaus Leipzig–Meusdorf aufgenommen, das Krankenblatt vermerkt: *Seit 5.8.1955 krampfartige Schmerzen im rechten Unterbauch.*¹³⁹ Er wurde noch am gleichen Tag operiert und starb am 13. September 1955. Einen Tag später wurde seine Frau per Telegramm über seinen Tod informiert. Im persönlichen Gespräch erklärte der Arzt ihr, die Todesursache sei ein vereiterter Blinddarm gewesen. Es wurde eine Obduktion vorgenommen; die Schnitte waren später nur notdürftig mit Bindfaden zusammengeknüpft, wie Frau Grattenauer im Anschluss an die Überführung nach Wengelsdorf entsetzt feststellen musste.

¹³⁸ Stefanie Wahl, „Die Ereignisse um den 17. Juni 1953 im Bezirk Halle – Schlaglichter“ (Hg. LStU Sachsen-Anhalt), Magdeburg 2003, S. 186–188.

¹³⁹ Krankengeschichte, in: BStU, MfS, BV Halle, AU 146/53, Haftakte, Bl. 18.

Strafvollzugsanstalt
Coswig

Coswig, den 31. Dezember 1956
Az.: 10 01 13
Tgb.Nr.: 2657/56

00160

An die
B D V P
Abt. GW
Halle/Saale

abgegeben

Betr.: Jahresbericht (SV-Dienststellen, Strafgefangene)
Bezug: Dortiges Schreiben vom 11.12.56

Die Strafvollzugsanstalt Coswig, Abt. GW meldet unter
obeng. Bezug folgendes.

1. Wieviel Sanitätsstellen für Strafgefangene befinden sich in den SV-Dienststellen.
 - a. StVA-Coswig/Anhalt 1 Sanitätsstelle
2. Wieviel Zahnstationen befinden sich in den SV-Dienststellen.
 - a. StVA-Coswig/Anhalt 1 Zahnstation
 - b. von den Zahnstationen wurden folgende Arbeiten durchgeführt.

	I.Quart.	II.Quart.	III.Quartal.	IV.Quartal	Insgesamt
Extraktionen	390	170	52	31	643
Konservierende Behandlungen	345	155	65	11	576
Operative Eingriffe	45	31	12	6	94
Sonstige Leistungen	218	185	65	26	494
Insgesamt	998	541	194	74	1807

3. Wieviel Zahntechniker befinden sich in den Dienststellen des SV.
 - a. StVA-Coswig/Anhalt 1 keiner
 - b. davon in Betrieb: StVA-Coswig, keiner
nicht in Betrieb: StVA-Coswig, keiner : warum nicht in Betrieb:
die Zahntechnik wird vom Strafg. Zahnarzt ausgeführt.
 - c. Von den Zahntechnikern wurden folgende Arbeiten ausgeführt:

	I.Quart.	II.Quart.	III.Quartal.	IV.Quartal.	Insgesamt
Neuanfertigung von Vollprothesen.	6	5	10	7	28
Neuanfertigung v. Teilprothesen.	8	10	11	14	43
Prothesenreparat.	11	13	15	16	55
Sonstiges	12	11	14	8	45
Insgesamt	37	39	50	45	171

3 d. Pürdie Zahntechniken stehen zur Verfügung.

- /- hauptamtl. Zahntechniker
- /- Vertrags-Zahntechniker
- /- Strafg.-Zahntechniker

4. Für den Transport von kranken Strafgefangenen stehen zur Verfügung

1 Ifa P 8 Sanitätskraftfahrzeug.

zurückgelegte km

transportierte Strafg.

Ifa P 8 15 349

140

5. Zur Betreuung der kranken Strafg. stehen zur Verfügung:

a. VP-Ärzte entfällt.

b. 1 VP-Vertragsarzt davon 1 Facharzt

c. Sanitätspersonal:

männl.	weibl.		
-	-	Arzthelfer	
-	-	mit Staatsexamen	Unterstufe
-	-	" "	Mittelstufe
-	-	" "	Oberstufe
2	-	ohne Staatsexamen	
2	-	insgesamt	

Vom Sanitätspersonal nahmen im Jahre 1956 an Lehrgängen teil:

männl.	weibl.	
-	-	am med. Fernstudium
-	-	an der med. Abendschule
4	-	am 10-Tage-Lehrgang
-	-	am 8-Wochen-Lehrgang in Berlin
4	-	insgesamt

außerdem nahmen am 10-Tage-Lehrgang vom Wach-u. Aufsichtsdienst teil:

- männl. -- weibl. :

d. Strafgefangenen Ärzte:

- Fachärzte
- Allgem. Praktiker
- 1 Zahnarzt

von den zur Arbeit eingesetzten Strafg.-Ärzte wurden im Jahre 1956 entlassen:

entfällt.

6. Röntgeneinrichtungen:

Es stehen zur Verfügung entfällt.

Leiter der Strafvollzugsanstalt

i. V.

Könn.

Gefangenenbibliothek

Zu Beginn des Jahres 1950 umfasste die Bibliothek 1160 Bände, von denen 75% nach 1945 erschienen waren.

700 Bücher	<i>politisch-wissenschaftlichen Inhalts</i>
200 Bücher	<i>allgemein wissenschaftlichen und belehrenden Inhalts</i> <i>(davon 100 Bücher berufskundlichen Inhalts)</i>
200 Bücher	<i>unterhaltenden Inhalts</i>

Das Zeitschriftenangebot war zu diesem Zeitpunkt mager, was die jeweilige Anzahl betrifft. Bei den Tageszeitungen gab es je ein Exemplar des „Neuen Deutschland“, der „Täglichen Rundschau“, der „Nationalzeitung“, von „Der Morgen“, der „Berliner Zeitung“, der „Neuen Zeit“ und fünf Exemplare der „Freiheit“. Bei periodisch erscheinenden Zeitschriften waren je ein Exemplar der „Weltbühne“, der „Illustrierten Rundschau“, des „Aufbaus“, von „Ost und West“, der „Deutschen Literatur Zeitung“, der „Urania“, der „Volkssolidarität“ und zwei Exemplare der „Einheit“ vorhanden.¹⁴⁰

Aus dem Jahr 1955 wird berichtet, dass die Bücher u. a. als Klosettpapier benutzt wurden, weil es davon nicht in genügender Menge gab.¹⁴¹

Seelsorge

Über die Möglichkeiten seelsorgerlicher Betreuung liegen bisher zur Strafanstalt Coswig nur wenige Erkenntnisse vor. 1950 hielten ein katholischer und ein evangelischer Pfarrer zweiwöchentlich Gottesdienste im Wechsel ab.¹⁴² In einem Bericht aus dem IV. Quartal 1953 werden regelmäßige Gottesdienste erwähnt. Der katholische Pfarrer Emil Paul Trempers war seit 1951 für die Strafanstalt zuständig und als staatskritisch bekannt. 1956 bemühte sich Polit-Stellvertreter Gerngroß erneut um seine Ablösung, nachdem der damalige Anstaltsleiter Budach schon 1953 vergeblich versucht hatte, ihn los zu werden.¹⁴³ Die Bedingungen für das Abhalten von katholischen Gottesdiensten in verschiedenen Strafanstalten der DDR waren zum Teil so schlecht, dass sich das

140 Schreiben des Vorstandes der Strafanstalt vom 27.1.1950 an das Justizministerium von Sachsen-Anhalt, in: BArch Berlin, DP 1/II Nr. 32.

141 Protokoll über die Wahlberichtsversammlung am 3.12.1955, in: LHASA Abt. Merseburg, BDVP Halle 19, Nr. 706, Bl. 55.

142 Schreiben des Vorstandes der Strafanstalt vom 27.1.1950 an das Justizministerium von Sachsen-Anhalt, in: BArch Berlin, DP 1/II Nr. 32.

143 Bericht des Polit-Stellvertreter Gerngroß an die Polit-Abteilung der Bezirksverwaltung für den Strafvollzug vom 4.4.1956, in: BArch Berlin, DO 1 11.0 Nr. 1572, Bl. 209.

Kommissariat der Fuldaer Bischofskonferenz mit großer Sorge an das Ministerium des Innern wandte und um Abhilfe bat.¹⁴⁴ In Coswig wurde zu diesem Zeitpunkt begonnen, die Kapelle zum Kulturraum umzubauen.¹⁴⁵



Kapelle, ohne Datum

144 Schreiben des Kommissariates der Fuldaer Bischofskonferenz vom 9.6.1956 an das Mdl, in: BArch Berlin, DO 1 11.0 Nr. 1572, Bl. 215.

145 Bericht des stellv. Leiters der StVA Coswig vom 11.9.1956, in: LHASA Abt. Merseburg, BDVP Halle 19, Nr. 705, Bl. 173ff.

Strafvollzugsanstalt Coswig
Polit - Abteilung

Coswig, den 4. April 1956
Az.: 12 oo 17
Tg!Nr.: 1006/56 Ger.Ki.-2

An die
Polit - Abteilung
der B V S V

Leitung Verwaltung SV					
Halle (Saele)					
- 9. APR 1956 JJG					
I	II	III	IV	V	VI

10.4.56

11.4.56

12.4.56

13.4.56

14.4.56

15.4.56

16.4.56

17.4.56

18.4.56

19.4.56

20.4.56

21.4.56

22.4.56

23.4.56

24.4.56

25.4.56

26.4.56

27.4.56

28.4.56

29.4.56

30.4.56

1.5.56

2.5.56

3.5.56

4.5.56

5.5.56

6.5.56

7.5.56

8.5.56

9.5.56

10.5.56

11.5.56

12.5.56

13.5.56

14.5.56

15.5.56

16.5.56

17.5.56

18.5.56

19.5.56

20.5.56

21.5.56

Halle

Betr.: Bericht über die Äußerungen des kath. Pfarrers am 2.4.56 während des Gottesdienstes in der StVA Coswig.
Bezug: Telefonische Anweisung.

Der katholische Gottesdienst begann am 2.4.56 gegen 15.00 Uhr in der Kirche. Anwesend waren 32 Strafgefangene. Als Aufsicht und Überwachung des Gottesdienstes waren die Genossen Mstr. Hinze und Obwm. Müller eingesetzt. Gegen 15.30 Uhr bei der Predigt, welche die Auferstehung Christi beinhaltete, brachte der Pfarrer Trempers wörtlich zum Ausdruck: "Wie armselig ist doch der Glaube eines echten Marxisten. Wenn er gestorben ist, wird eine Hand voll Sand auf den Sarg geworfen und dann ist es aus. Dagegen wir Gläubigen leben noch weiter."

Dass der Pfarrer Trempers nicht positiv zu unserer Staatsform steht, kommt schon darin zum Ausdruck, dass er den Stockholmer Appell "Ächtung der Atomwaffe" nicht unterschrieb und sich an den Wahlen unserer Staatsorgane nicht beteiligte.

Schon im Jahre 1953 wurde der BDVP Halle Abtl. SV vom damaligen Leiter der Strafvollzugsanstalt Oberrat Budach eine Beurteilung über das Verhalten und den Charakter des Trempers überreicht, wo jedoch nichts veranlasst wurde.
(Anliegend eine Abschrift der Beurteilung, die am 11. Dez. 53 nach dort gesandt wurde.)

Am 18.1.56 wurde der BVS Halle mitgeteilt, dass der Pfarrer Trempers Emil Paul geb. am 5.12.01 in Wanne - Eickel Bez. Dortmund seit 1951 den katholischen Gottesdienst in der hiesigen Anstalt hält und darüber noch keine Bestätigung vorliegt.

Die Leitung der Strafvollzugsanstalt Coswig macht den Vorschlag, dass die B S V S Halle sich mit der übergeordneten Kirchenleitung des Trempers in Verbindung setzt und sich bemüht, einen anderen Pfarrer für die hiesige Dienststelle einzusetzen.

Anlage:
1 Beurteilung

Polit - Stellvertreter
i.V.

Gerngroß
U.Komm.

Forderung nach der Ablösung des katholischen Geistlichen 1956

COMMISSARIAT
DER
LDAER BISCHOFSKONFERENZ

00215
BERLIN N 4, DEN 9.6.1956
GROSSE HAMBURGER STR. 5-11
FERNRUF: 42 23 00

An das
Ministerium des Innern
Verwaltung Strafvollzug

B e r l i n
Wedekindstrasse 10

Betr.: Katholische Seelsorge in Strafvollzugsanstalten

Die Bischöfe empfinden es dankbar, daß seit Jahren das in der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik begründete Recht auf Gottesdienst und Seelsorge in den Strafvollzugsanstalten durch die vorliegende Dienstordnung geregelt ist. Jedoch erfüllt es sie mit ernster Sorge, daß in einer großen Zahl von Strafvollzugsanstalten die Durchführung dieses in der Verfassung begründeten Rechtes noch immer nicht zu erreichen ist. Die Bischöfe denken dabei insbesondere an die Strafvollzugsanstalten, in denen ein Teil der Häftlinge sich in Untersuchungshaft befindet, während die Übrigen bereits im Strafvollzug sind.

Der Episkopat ist der Ansicht, daß vielleicht von einigen Ausnahmefällen abgesehen, der organisatorische Aufbau dieser Anstalten in der Weise möglich sein müßte, daß den im Strafvollzug Inhaftierten die Möglichkeit des Gottesdienstes und der Seelsorge gewährt werde. Die Bischöfe bitten sehr darum, dieses ernste Anliegen, das seine Grundlage in der Verfassung der DDR hat, zu überprüfen, damit auch in diesen Anstalten die Abhaltung des Gottesdienstes bald beginnen kann.

Die Bischöfe bitten, in diese Prüfung auch einzubeziehen die Haftarbeitslager, in denen die Abhaltung des Gottesdienstes bereits praktiziert wurde, die aber dann zu Beginn d.J. von dieser Möglichkeit ausgeschlossen wurden.

Linke
Monsignore

Forderung der Fuldaer Bischofskonferenz nach besseren Möglichkeiten seelsorgerlicher Betreuung

Ausbildung

Unterricht fand bis auf Volkshochschulveranstaltungen zu dieser Zeit nicht statt, es war auch kein Lehrer dafür angestellt.¹⁴⁶

Häftlingsarbeit

Die Beschäftigung der Häftlinge wurde von Anfang an zwar angestrebt, kam aber erst langsam nach der Neubelegung 1946 wieder in Gang. Noch im Juli 1947 arbeiteten nur 150 Gefangene, 680 waren unbeschäftigt.¹⁴⁷ Die Häftlingsarbeit bedeutete zunächst eine höhere Lebensmittelkarte und damit bessere Verpflegungsmöglichkeiten für die Anstalt.

Die Verhältnisse in der Haftanstalt, aber auch mangelnde Zulieferung von außen erschwerten die Organisation von Arbeitsmöglichkeiten. Ende des Jahres 1947 musste z. B. in Coswig das Tütenkleben eingestellt werden, da das Papier ausging. Zu diesem Zeitpunkt waren auch nur zehn Gefangene mit Weidenschneiden beschäftigt, weil nur zehn Paar Holzschuhe beschafft werden konnten. Sie mussten das der Anstalt zustehende Kontingent von 600 Zentnern schneiden.¹⁴⁸ Ende 1948 wurden die Pachtverträge mit Bürgern der Stadt für die zwischen den Korbweiden liegenden Grasflächen zum Folgejahr gekündigt. Das bedeutete, dass sich auf dem Gelände keine Privatpersonen mehr aufhalten durften. Auch ein Einspruch der Stadt aus wirtschaftlichen Gründen – *Durch den Ausfall dieser Grundlage wäre vielen Arbeiterfamilien die Möglichkeit einer zusätzlichen Ernährung genommen.* – half nichts.¹⁴⁹ Damit schränkten sich die Kontaktmöglichkeiten der Häftlinge zur Außenwelt ein.

Gefangene arbeiteten in der Strafanstalt (z.B. in der Tischlerei, Schneiderei, Schuhmacherei, Schmiede und Schlosserei) oder sie wurden an Betriebe „verliehen“, so auch an die Elektroschmelze Zschornowitz und die Mineralölwerke in Lützkendorf. Besonders in Zschornowitz waren die Bedingungen so gesundheitsgefährdend – die Gefangenen kamen regelmäßig in einem *körperlich schlechten Zustand* zurück – dass der Anstaltsdirektor Hupfeld im Januar 1948 das Justizministerium

146 Schreiben des Vorstandes der Strafanstalt vom 27.1.1950 an das Justizministerium von Sachsen-Anhalt, in: BArch Berlin, DP 1/II Nr. 32.

147 Bericht der Deutschen Justizverwaltung, Abt. IV über die Dienstreise vom 8. – 12.7.1947 u. a. nach Coswig, in: BArch Berlin, DP 1/II Nr. 32.

148 Gesprächsvermerk der Deutschen Justizverwaltung, Abt. IV vom 17.12.1947 zu dem Besuch von Hupfeld, in: BArch Berlin, DP 1/II Nr. 32.

149 Vgl. Reaktion der Stadt Coswig auf die Kündigung der Pachtverträge zum Jahre 1949, in: Stadtarchiv Coswig, G I b 38.

Sachsen-Anhalt ausführlich darüber in Kenntnis setzte und sich die Auswahl der arbeitsfähigen Häftlinge vorbehielt. *Die Auswahl der „geeigneten Strafgefangenen“ erfolgte in der Weise, daß erstens die vom Sicherheitsstandpunkt aus geeigneten und zweitens unter den vorgenannten die vom gesundheitlichen Standpunkt aus „geeigneten Strafgefangenen“ herausgesucht werden, das bedeutet, daß jeder Strafgefangene vor seiner Verlegung nach Zschornewitz dem Anstaltsarzt vorgeführt und von diesem auf seine gesundheitliche Eignung eingehend geprüft wird. Diese Maßnahme ist absolut notwendig, weil – wie vielleicht auch dort bekannt ist – die Arbeitsbedingungen in der Elektroschmelze Zschornewitz als äußerst schwierig und gesundheitsschädlich zu bezeichnen sind. Da die Sammlung des einschlägigen Materials über diesen Punkt noch nicht abgeschlossen ist, kann ich vorläufig weitere Ausführungen hierzu nicht machen. Vorsorglich weise ich schon heute darauf hin, daß die Auswahl der „geeigneten Strafgefangenen“ aller Voraussicht nach in Zukunft noch vorsichtiger als bisher erfolgen müssen.*¹⁵⁰

Bei guten Beziehungen zur Anstaltsleitung konnten auch andere Personen die Gefangenen für private Arbeiten „nutzen“. So zum Beispiel der Volkspolizist Herbert Mitzscherling, der 1949 mit dem Bau seines Hauses in Coswig begann. Er holte sich Gefangene, bei denen keine Fluchtgefahr bestand, und ließ sie häufig sogar unbeaufsichtigt an seinem Bau arbeiten. Zum Beispiel mussten sie dort den Keller ausschachten. Sie hätten sehr gut gearbeitet. Abends hat er sie dann ins Zuchthaus zurückgebracht.¹⁵¹

Laut einer Aufstellung vom Januar 1950 wurden folgende Arbeiten ausgeführt:

Für den Eigenbedarf:	
Schuhmacherei und Schneiderei	Instandsetzung von Lagerungs- und Bekleidungsgegenständen
Schlosserei und Tischlerei	Instandsetzung von Einrichtungsgegenständen, Instandsetzungen in und an den Gebäuden der Anstalt, Neuanfertigung von Geräten
Für andere Justizbehörden:	Korbwaren jeglicher Art

¹⁵⁰ Schreiben von Anstaltdirektor Hupfeld vom 20.1.1948 an das Justizministerium von Sachsen-Anhalt, in: BArch Berlin, DP 1/II Nr. 32.

¹⁵¹ Nach dem Gespräch, das Edda Ahrberg und Jutta Preiß mit Herbert Mitzscherling am 27.6.2005 in Coswig führten.

Für Fremdbetriebe:	
Korbmacherei	Sämtliche Arten von Körben für die Industrie und Landwirtschaft
Schuhmacherei	Steppen und Zuschneiden von Schäften, Anfertigung von Pantoffeln und Hausschuhen
Hofbetrieb	Holz sägen und hacken
Außenarbeiten	Gestellung von Kolonnen für Landwirtschaft und Fabriken
Zellenarbeit	Reißen von Federn

Alle Gefangenen, die wegen ihrer Straftat oder aus anderen Gründen nicht arbeiten durften, wurden damals mit dem Reißen von Federn (Federn schleifen) beschäftigt.¹⁵²

Die Arbeit der Strafgefangenen wurde mit der Zeit ein immer wichtigerer Bestandteil des Volkswirtschaftsplanes der DDR. Die Arbeitsbedingungen verbesserten sich jedoch nicht.

Entlassungen und Gefangenenverlegungen innerhalb des Strafvollzuges erschwerten noch 1956 neben der mangelnden Zulieferung die Planerfüllung, da immer wieder Häftlinge angelernt werden mussten. Als ein Beispiel dient das „Gießkannenkommando“ für den VEB Elbe-Werk Roßlau: *Als ein Nachteil in der Produktion erwies sich die laufende Ablösung von Strafgefangenen durch Verlegungen und die damit verbundenen dauernde neue Ausbildung der Kräfte. Es war dem Brigadier nicht möglich, gleichzeitig Arbeitskräfte auszubilden und die Produktion zu steigern.*

Es ist festzustellen, dass die Arbeitskräfte, die längere Zeit beschäftigt sind, eine Normerfüllung von durchschnittlich 115–130% erreichten, während andere schwer an die 100%ige Norm herankamen.

Es wirkte sich auch sehr oft nachteilig für die Produktion aus, dass vom Werk nicht immer das erforderliche Material laufend und rechtzeitig einging. Eine zeitlang musste die Entrostung der Kannen mit der Hand durchgeführt werden, da keine Drahtbürsten für die maschinelle Behandlung vorhanden waren. Auch die Bereitstellung von Farbe war oft recht schleppend. So musste die Produktion jetzt vier Tage unterbrochen werden, weil seit dem 25. April 1956 laufend angeforderte braune Farbe erst am 28. Juni geliefert worden ist. Vom Betrieb wurde auch die Anfertigung einer Stanze für die Brausen zugesagt, jedoch bisher nicht vorgenommen, so dass für die Handarbeit erforderlichen 15 Minuten nicht eingespart wer-

¹⁵² Schreiben des Vorstandes der Strafanstalt vom 27.1.1950 an das Justizministerium von Sachsen-Anhalt, in: BAArch Berlin, DP 1/II Nr. 32.

den können. Seit Beginn der Produktion wurden von mehreren Strafgef. Verbesserungsvorschläge ausgearbeitet und auch eingeführt und dadurch die Arbeitsproduktivität wesentlich gesteigert. Das Werk hat diese Vorschläge durch Prämien anerkannt. In diesem Quartal wurden zwei Strafgef. prämiert mit je 20.- DM, drei Strafgef. dav. zwei mit 10.- DM und einer mit 8.- DM.¹⁵³

Die Gießkannen mussten im Freien gespritzt werden, da es an einer funktionierenden Absaugvorrichtung fehlte. Im Winter war das schlecht möglich, so dass es auch aus diesem Grund zu Produktionsausfällen kam. Das Soll lag bei 1000 Gießkannen im Monat.

Struktur	Jahressoll	Produktions- einnahme	Einnahmen bis Feb, SK 1200
141 Korbmacherei	90.360,-	9.857,06	7.491,22
400 Gießkannen	55.200,-	4.728,96	4.611,26
531 Kerzenkommando	36.000,-	6.284,80	3.808,36
711 Gummikommando	42.000,-	12.349,25	5.599,70
730 Tech. Zeichner	66.000,-	10.333,83	4.089,25
613 Gärtner	2.400,-	88,38	48,13
900 Bierkästen	6.000,-	938,31	776,55
791 Weidenkommando	6.840,-	878,01	766,29
900 Hauswerkstätten	10.200,-	1.671,43	2.596,09
Gesamt:	315.000,-	47.130,03	29.786,85

*Produktions- und Einnahmeplan der StVA Coswig für das Jahr 1956
Auszug aus einem Bericht der Produktionsabteilung vom 6.3.1956*

¹⁵³ Bericht der StVA, Abt. Produktion, über das II. Quartal vom 30.6.1956, in: LHASA Abt. Merseburg, BDVP Halle 19, Nr. 705, Bl. 134ff.

Hinrichtungsstätte für Sachsen-Anhalt



Ansicht von den Elbwiesen aus, 1955

Die zum Tode verurteilten Häftlinge sollten nach Möglichkeit in Einzelzellen untergebracht werden. Das war aus Platzgründen nicht immer möglich, deshalb wurde nach der Richtlinie der Deutschen Justizverwaltung zur Behandlung von zum Tode verurteilten Gefangenen vom 11. März 1947 (4400-IV 277/47 Ziffer 2) die *Unterbringung in sogenannter kleiner Gemeinschaft* gestattet. Die Häftlinge mussten das weitere Verfahren abwarten und hofften wahrscheinlich alle auf Überprüfung der Urteile oder auf Begnadigung. Zwei von ihnen waren V. und L., die beide wegen des Mordes an einem Mädchen zum Tode verurteilt worden waren, und deren Fall der Anstaltsleiter Hupfeld im Dezember 1947 der übergeordneten Dienststelle in Berlin vortrug: *V. sei auf Grund der Aussage des L. zum Tode verurteilt, obgleich L. wahrscheinlich geisteskrank, sicher aber debil sei, psychiatrisch noch nicht begutachtet. Beide haben ihre Aussagen auf Grund von Misshandlungen durch die Polizei in Calbe gemacht; eine Polizeivernehmungsstelle, die auch sonst ihrer Methoden wegen berüchtigt sei. Die psychiatrische Untersuchung beider, des Überfalls auf ein Mädchen beschuldigten Angeklagten dürfte notwendig sein.*¹⁵⁴

¹⁵⁴ Gesprächsvermerk der Deutschen Justizverwaltung, Abt. IV vom 17.12.1947 zu dem Besuch von Hupfeld, in: BArch Berlin, DP 1/II Nr. 32.

Laut Verfügung der Provinzialregierung sollten sie beschäftigt werden. Die oben erwähnte Kommission der Deutschen Justizverwaltung stellte bei ihrem Besuch im Juli 1947 fest, dass sie und die weiteren vier zum Tode Verurteilten mit der Herstellung von Strohschuhen befasst waren, zu denen sie *nicht ungefährliche Instrumente, wie große Nadeln und Zangen und Scheren gebrauchten*. Im Ergebnis des dem Besuch folgenden Schriftwechsels mussten sie dann Tüten kleben.¹⁵⁵ Im November des gleichen Jahres erhöhte sich die Zahl der zum Tode Verurteilten auf acht. Die Hinrichtungsstätte befand sich im Keller des Südostturmes (auf dem Foto hinter dem Wachturm). Sie ist nach dem zweiten Weltkrieg für das Land Sachsen-Anhalt mindestens in der Zeit von 1947 bis 1950 genutzt worden. Es finden sich keine Hinweise auf Todesstrafen im letzten vorhandenen Gefangenenbuch, das Zugänge bis zum 11. Juli 1946 vermerkt.¹⁵⁶ Die Hinrichtungen sprachen sich in der Stadt herum, wurden auch in der Presse veröffentlicht. Manche Coswiger bekamen durch Zufall davon Kenntnis. So war zum Beispiel 1948/1949 eine Angestellte des Krankenhauses Dessau-Alten aus der Abteilung Pathologie zur Begutachtung eines an Tuberkulose gestorbenen Häftlings im Zuchthaus und sah bei dieser Gelegenheit die *Hinrichtungsmaschine*. Ihr wurde damals gesagt, dass das Fallbeil nicht mehr benutzt würde.¹⁵⁷

Die Hinrichtung folgender Personen konnte von den Autoren festgestellt werden¹⁵⁸:

Andreas Rose, geb. 1.4.1880, wohnhaft in Magdeburg, hingerichtet am 19.6.1947*

Tatvorwurf: Beteiligung an Hinrichtungen im Zuchthaus „Roter Ochse“¹⁵⁹ vor 1945

Otto Nolte, geb. 26.11.1914, wohnhaft in Halle (Saale), hingerichtet am 5.9.1947* und

¹⁵⁵ Bericht der Deutschen Justizverwaltung, Abt. IV über die Dienstreise vom 8.–12.7.1947 u. a. nach Coswig, in: BArch Berlin, DP 1/II Nr. 32.

¹⁵⁶ Vgl. LHASA, Abt. Dessau, Rep. C 144 Zuchthaus Coswig Nr. 3037.

¹⁵⁷ Telefongespräche mit Hannelore Kerres 2005/2006.

¹⁵⁸ Dieter Paprotka, Berlin, danken die Verfasser für seine Unterstützung bei der Zusammenstellung der Namen von Hingerichteten und Henkern.

¹⁵⁹ Der mitverurteilte Krankenpfleger Johannes Kleine (geb. 26.11.1890) starb laut Auskunft des Standesamtes bereits vor der Hinrichtung am 22.12.1946 im Zuchthaus Coswig an „Kreislaufstörungen“. Seine Hinrichtung wurde von Michael Viebig noch in der Broschüre „Das Zuchthaus Halle/Saale als Richtstätte der nationalsozialistischen Justiz (1942–1945)“, Magdeburg 1998, S. 42, angenommen, der Sachverhalt aber auf Grund seiner erweiterten Forschungen in der Dauerausstellung der Gedenkstätte „Roter Ochse“ korrigiert.

Karl Hans Zimmermann, geb. 31.12.1916, wohnhaft in Halle (Saale), hingerichtet am 5.9.1947*

Tatwurf: Mord („Mader-Prozess“)¹⁶⁰

Im Sterbebuch des Standesamtes Coswig sind diese Personen mit der Todesursache „Herzstillstand“ erfasst.

Weiterhin wurden folgende Hinrichtungen mit dem Vermerk „Ernst-Thälmann-Straße 44 verstorben, Enthauptung (Hinrichtung) mittels Fallbeil“ dokumentiert¹⁶¹:

Werner Golz¹⁶², geb. 11.5.1926, wohnhaft in Genthin, hingerichtet am 27.8.1948*

Karl-Otto Scheffler, geb. 8.1.1915, wohnhaft in Tangermünde, hingerichtet am 27.8.1948*

Gerhard Kahlfaß, geb. 20.9.1913, wohnhaft in Mehmkte/Krs. Salzwedel, hingerichtet am 27.8.1948*

Rudolf (Rudi) Langner, geb. 11.6.1922, wohnhaft in Neue Schleiße/Genthin, hingerichtet am 12.11.1948*

Karl Blank, geb. 15.12.1914, wohnhaft in Steckensdorf/Genthin, hingerichtet am 12.11.1948*

Wilhelm Sornberger, geb. 25.9.1908, wohnhaft in Rathenow, hingerichtet am 12.11.1948*

Paul Waitz, geb. 19.11.1899, wohnhaft in Helfta/Eisleben, hingerichtet am 18.10.1949

Gabriel Bianchi, geb. 29.5.1914, wohnhaft in Dessau, hingerichtet am 18.10.1949

Paul Spiecker, geb. 29.3.1905, hingerichtet am 23.5.1950

Der Tatvorwurf lautete in allen Fällen „Mord“, ausgenommen bei Andreas Rose, dem vorgeworfen wurde, an Hinrichtungen im Zuchthaus „Roter Ochse“ beteiligt gewesen zu sein, und Paul Spiecker, der wegen des Vorwurfes, Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen zu haben, verurteilt wurde.

¹⁶⁰ vgl. Dietrich Güstrow, In jenen Jahren. Aufzeichnungen eines „befreiten“ Deutschen, Deutscher Taschenbuch Verlag, München 1985, S. 264–268, 278–284. Hier finden sich jedoch abweichende Angaben zu den Hinrichtungsdaten. Beschrieben werden die Umstände der Hinrichtung von Hans Zimmermann.

¹⁶¹ Antworten des Standesamtes Coswig/A. vom 5.9.2006 und 20.10.2006 auf ein Auskunftersuchen des LStU Sachsen-Anhalt.

¹⁶² Der Fall ist ausführlich erläutert in: Bernd Kaufholz, Der Ripper von Magdeburg, Halle 2002.

Zumindest über die Hinrichtung von Sornberger, Langner und Blank, die wegen des Mordes an einem Volkspolizisten, nachdem dieser sie beim Ährenstehlen erwischt hatte, verurteilt wurden, berichtete die Presse. Die Notiz enthielt entgegen der „Richtlinie über das Verfahren bei Todesurteilen“ Angaben über die Berufe sowie die Art und den Ort der Vollstreckung.

Das Verfahren stellt sich heute im wahrsten Sinne des Wortes als gnadenlos dar. Den Gefangenen wurden die Ablehnung der Gnadenerweise und der Zeitpunkt der Vollstreckung des Urteils am Vorabend um 18 Uhr im Beisein des Anstaltsdirektors und des Anstaltsarztes verkündet. Der Wunsch Blanks, seine Frau noch einmal sprechen zu dürfen, wurde nicht erfüllt. Die Todesurteile wurden von Clemens Dobbek morgens ab sechs Uhr im Beisein des Ersten Staatsanwaltes, eines Urkundsbeamten, des Anstaltsleiters und des Anstaltsarztes mit dem Fallbeil vollstreckt, das am Nachmittag des Vortages im Keller aufgebaut worden war. Die Verurteilten wurden gefesselt vorgeführt und ihnen noch einmal der Urteilstext verlesen. *Hierauf wurde der Scharfrichter angewiesen, seines Amtes zu walten. Die das Fallbeil umgebenden Vorhänge wurden zurückgezogen, die dahinter stehenden Gehilfen des Scharfrichters traten hervor und an die Stelle der Strafanstaltswachtmeister. Unter Vorantritt des Scharfrichters wurde der Verurteilte zum Fallbeil geführt. Seine Haltung war gefasst. Mit bereits vorher erfolgter Entblößung der Schultern wurde er ohne Gewalt auf die Richtbank gelegt. Unmittelbar darauf wurde der über den Richtblock gelegte Kopf durch das Fallbeil vom Rumpfe getrennt. Der Leichnam wurde sofort in den bis dahin abseits der Richtstätte verborgen gehaltenen Sarg durch die Gehilfen des Scharfrichters gelegt und dem Beauftragten des Anatomischen Instituts der Universität Halle übergeben. Platz und Richtgerät wurden sofort gesäubert.*

Die Vollstreckung dauerte:

- a) vom Zeitpunkt der Vorführung bis zur vollendeten Verkündung 1 Minute und 30 Sekunden,
- b) von der Übergabe an den Scharfrichter bis zur vollendeten Vollstreckung 15 Sekunden.¹⁶³

Die Texte zu allen drei Hingerichteten sind in dieser Passage gleich lautend.

163 Vorgang über die Hinrichtung, in: LHASA Abt. Magdeburg, Rep. K 4 Nr. 858.

Der Oberstaatsanwalt
1b VRs 675/48
(10 Ks 6/47)

Magdeburg, den 12. November 1948.
Fernruf: 33712
Berichterstatte: EstA.Thiemann.

An die

Landesregierung Sachsen-Anhalt
- Justizminister -

durch

in H a l l e /Saale
den Herrn Generalstaatsanwalt
in H a l l e /Saale.

- Betr.: Bericht über die Hinrichtung der durch Urteil des Schwurgerichts Magdeburg vom 18. Dezember 1947 wegen gemeinschaftlichen Mordes zum Tode verurteilten Arbeiter Karl B. [REDACTED], Rudi L. [REDACTED] und Wilhelm S. [REDACTED].
- Bezug: Richtlinien für das Verfahren bei Todesurteilen - Just. 2765 III 353/47 vom 16.5.1947 und Berichtsaufgabe des Herrn Generalstaatsanwaltes 441a II GStA. 349 vom 26.10.1948.
- Anlagen: 1. Urschrift des Erlasses des Kabinetts der Landesregierung Sachsen-Anhalt vom 1.9.1948 betr. Ablehnung eines Gnaden-erweises für die Verurteilten.
2. Beglaubigte Abschrift der Niederschrift über die Bekanntgabe des Erlasses an die Verurteilten.
3. Beglaubigte Abschrift der Niederschrift über die Hinrichtung.

Im Anschluss an das heute morgen aus Coswig abgesandte Telegramm-
max berichte ich, dass die Hinrichtung der Arbeiter Karl B. [REDACTED]
Rudi L. [REDACTED] und Wilhelm S. [REDACTED] heute früh
von 6 bis 6 Uhr...20.. Minuten stattgefunden hat.
15 Sekunden

Die Akten mit dem Erlass des Kabinetts der Landesregierung Sachsen-Anhalt vom 1. September 1948 gingen hier über den Herrn Generalstaatsanwalt durch die Post am Vormittag des 1. November 1948 ein. Der Inhalt derselben wurde nur dem Leiter der Hauptgeschäftsstelle, Justizinspektor k.A. Schneidewind und der Justizangestellten, Frau Pilz, die die erforderlich werdenden Schreiben anzufertigen hatte, unter dem Hinweis strengster Vertraulichkeit bekanntgegeben.

Gemäss den Richtlinien für das Verfahren bei Todesurteilen wurden sofort mit streng vertraulichen Schreiben von der bevorstehenden Bekanntgabe des Erlasses der Landesregierung Sachsen-Anhalt und dem Zeitpunkt der Vollstreckung des Todesurteils in Kenntnis gesetzt:

1. Der aufsichtsführende Richter des Amtsgerichts Rosslau über den Herrn Landgerichtspräsidenten in Dessau mit der Bitte, einen Urkundsbeamten der Geschäftsstelle zur Entgegennahme etwaiger Anträge der Verurteilten zur Verfügung zu stellen und ihn anzuweisen, sich am 11. November 1948, nachmittags 17.00 Uhr bei mir im Direktorialzimmer der Strafanstalt Coswig zu melden.
2. Der Herr Landgerichtspräsident in Magdeburg mit der Bitte, die Mitglieder des erkennenden Gerichts anzuweisen, sich am 11. November 1948 so frühzeitig an den Vollstreckungsort Coswig zu begeben, dass sie ab 17.00 Uhr bis zur Beendigung der Vollstreckung sofort erreichbar sind.

b.w.

Bericht des Oberstaatsanwaltes an das Justizministerium über die Hinrichtungen
am 12. November 1948

3. Der Herr Oberlandesgerichtspräsident in Halle/Saale mit der Bitte, dafür Sorge zu tragen, dass die Mitglieder des Beschwerdesenats des Oberlandesgerichts in den letzten 12 Stunden vor der Hinrichtung jederzeit erreichbar sind, um im Bedarfsfalle jederzeit zu einer Beratung zusammentreten zu können.
4. Die Verteidiger der Verurteilten, nämlich
 - a) den Rechtsanwalt Dr. Dr. Bundschuh,
 - b) die Rechtsanwältin Gertrud Heyne, die die Vertretung des Rechtsanwaltes Münch übernommen hat,
 beide in Magdeburg, mit dem Hinweis darauf, dass sie zur Wahrung strengster Vertraulichkeit verpflichtet sind und insbesondere die Verurteilten oder deren Angehörige vor der amtlichen Bekanntgabe der Ablehnung eines Gnadenurweises und des Zeitpunktes der Vollstreckung des Todesurteils nicht verständigen dürfen.
5. Der Leiter des Anatomischen Instituts der Universität Halle mit dem Ersuchen, wegen des Empfangs der Leichen das Erfordernis von dort zu veranlassen, falls die Leichen für die dortige Anatomie in Anspruch genommen würden.
6. Der Herr Oberstaatsanwalt beim Landgericht Dessau mit der Bitte, gemäß Schreiben des Herrn Generalstaatsanwaltes vom 28. Mai 1947 einen Angestellten seiner Geschäftsstelle als Urkundsbeamten zur Aufnahme der erforderlichen Niederschriften abzuordnen und ihn anzuweisen, sich am 11. November 1948, 17.00 Uhr bei mir im Direktorialzimmer der Strafanstalt Coswig zu melden.

Der Vorstand der Strafanstalt Coswig wurde mit streng vertraulichem Schreiben ersucht, mir zur Bekanntgabe des Erlasses des Kabinetts der Landesregierung Sachsen-Anhalt und des Zeitpunktes der Vollstreckung des Urteils an die Verurteilten das Direktorialzimmer zur Verfügung zu stellen, die Vorführung der Verurteilten zu veranlassen, bei der Bekanntgabe zugegen zu sein oder sich im Behindertenfall durch einen Angestellten der Anstalt vertreten zu lassen, und den Anstaltsarzt zu bitten, gleichfalls beider Bekanntgabe zugegen zu sein. Es wurde ihm auch mitgeteilt, dass dem Anstaltsärztlichen die Anwesenheit bei der Bekanntgabe gestattet sei, sofern sich die Verurteilten von ihm haben seelsorgerlich betreuen lassen.

Am Vormittage des 11. November 1948 wurde den Verteidigern durch streng vertraulicher, persönlich durch einen zuverlässigen Justizwachmeister überbrachten Schreiben mitgeteilt, dass ihnen von nun an der Zutritt zu den Verurteilten gestattet sei. Sie wurden dabei wiederum zur Wahrung strengster Vertraulichkeit verpflichtet und darauf hingewiesen, dass sie vor der amtlichen Bekanntgabe der Ablehnung des Gnadenurweises an die Verurteilten oder deren Angehörige nicht von der Ablehnung und dem Zeitpunkt der Hinrichtung verständigen dürfen.

Am Nachmittage des 11. November 1948 begab ich mich mittels Kraftwagen in die Strafanstalt Coswig. Ich traf dort bereits den Scharfrichter mit seinen beiden Gehilfen an, die mit der Aufstellung des Fallbeils bereits begonnen hatten. Nach geschehener Aufstellung wurde das Fallbeil überprüft. Es arbeitete störungsfrei.

Das Fallbeil war in einem Raum des Kellergeschosses der

b.w.

der Strafanstalt aufgestellt und durch einen zurückziehbaren schwarzen Vorhang der Sicht entzogen.

Nachmittags um 6 Uhr (18 Uhr) erfolgte die Bekanntgabe des Erlasses des Kabinetts der Landesregierung Sachsen-Anhalt und des Zeitpunkt der Vollstreckung des Urteils an die Verurteilten. Beglaubigte Abschrift der Niederschrift über die Bekanntgabe anliegend.

Während der Nacht waren die Verurteilten gemeinsam in einer Zelle in der Nähe der Richtstätte untergebracht. Die Bewachung erfolgte durch Wachtmeister der Strafanstalt in zwei Schichten.

Nach ihrem Bericht haben die Verurteilten sich nicht über den von ihnen begangenen Mord, sondern nur darüber unterhalten, auf was sie durch ihren Tod alles verzichten müssten.

Am 12. November 1948 morgens 5.00 Uhr suchte der Anstaltsgeistliche, Pfarrer Hensel, die Verurteilten auf und sprach ihnen Trost zu.

Ab 6.00 Uhr erfolgte die Hinrichtung der Verurteilten in der angeordneten Reihenfolge B., L., S. Beglaubigte Abschrift der Niederschrift über die Hinrichtung anliegend.

Die Verurteilten betraten blass und gefasst den Hinrichtungsraum und liessen sich, ohne einen Laut von sich zu geben, willig zum Fallbeil führen.

Die Schriftleitung der Volksstimme wurde um Aufnahme nachfolgenden Pressenotiz ersucht:

" Sühne für den Mord an dem Oberwachtmeister der Landpolizei Oskar Meissner.

Nach Ablehnung eines Gnadenwerkes durch das Kabinett der Landesregierung Sachsen-Anhalt wurden die durch Urteil des Schwurgerichts Magdeburg vom 18. Dezember 1947 wegen des am 25. Juli 1947 an dem Oberwachtmeister der Landpolizei Oskar Meissner gemeinschaftlich begangenen Mordes zum Tode und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit verurteilten Arbeiter

Karl B. aus Steckelsdorf,
Rudi L. aus Neue Schleuse und
Wilhelm S. aus Rathenow

am frühen Morgen des 12. November 1948 in der Strafanstalt Coswig mit dem Fallbeil hingerichtet.

Damit hat ein besonders grausam und heimtückisch ausgeführter Mord an einem pflichttreuen Polizeiangehörigen in Ausübung seines Dienstes die harte, aber gerechte Sühne gefunden. "

Besprechungen der Hinrichtung in der Presse sind nicht zu meiner Kenntnis gekommen.

Erklärlicher Weise hatte sich in dem kleinen Ort das Gerücht einer bevorstehenden Hinrichtung verbreitet.

Das Gericht brauchte nicht in Tätigkeit zu treten.

Die Verteidiger waren zur Bekanntgabe und Hinrichtung nicht erschienen.

In Vertretung:

H. Meissner
Erster Staatsanwalt.

Über die Herkunft des Fallbeils geben zwei Quellen Auskunft:

Ein Wachmann der Strafanstalt, der dort nach 1945 Dienst getan hat, äußerte nach dem Ende der DDR, dass das Fallbeil schon immer dort gestanden hätte, es sei transportabel gewesen: *Da wurde schon zu Kaisers Zeiten mit geköpft*.¹⁶⁴ Ein ehemaliger Bewohner des Arbeiterwohnheimes im Westflügel (1957 bis 1961) hat damals noch den Hausmeister kennen gelernt, der seit 1948 im Schloss beschäftigt war. Dieser erzählte ihm von den Hinrichtungen. Gemeinsam mit anderen hat dieser Bewohner 1960/1961 das auseinander gebaute Fallbeil auf einen LKW verladen. Der Transport sollte nach Potsdam gehen. Es wurde alles sehr geheim gehalten.¹⁶⁵

An anderer Stelle wird berichtet, dass es sich um dasjenige Fallbeil handelt, welches von 1937 bis 1945 in Berlin Plötzensee stand, anschließend von dort aus für Hinrichtungen an Behörden in der SBZ/DDR gegen Bezahlung und mit Scharfrichter Clemens Dobbek (Berlin-Neukölln) ausgeliehen wurde und ca. 1948 ganz zum Land Brandenburg kam. Nach der Benutzung in Coswig und Frankfurt/Oder soll es später in der Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus im Zuchthaus Brandenburg aufgestellt worden sein.¹⁶⁶

Was aus den sterblichen Überresten der Hingerichteten wurde, ist nur in neun Fällen bekannt. Keine der Personen ist in den Karteien des Friedhofes Coswig erfasst¹⁶⁷. Gleiches trifft auch auf die Unterlagen des Krematoriums Dessau¹⁶⁸, des Gertraudenfriedhofes Halle (Saale)¹⁶⁹ und des Institutes für Rechtsmedizin der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg¹⁷⁰ zu.

Die in der vorstehenden Auflistung mit * gekennzeichneten neun Personen wurden noch am Tage ihrer Hinrichtung in das Anatomische Institut der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg gebracht.¹⁷¹ Die

164 Nach der Auskunft eines Angestellten der Stadtverwaltung Coswig, die dieser am 2.11.2006 Edda Ahrberg gab.

165 Nach einer Auskunft, die Horst Petrasch während einer Veranstaltung im Schloss am 4.9.2005 dem Verein Schloss Coswig (Anhalt) e.V. gab.

166 Nach der Auskunft von Dieter Paprotka, Berlin, die dieser an das Stadtarchiv Coswig/A. gab.

167 Auskunft der Stadtverwaltung Coswig vom 14.6.2006.

168 Auskunft des Friedhofswesens der Stadt Dessau vom 29.6.2006.

169 Auskunft FB Grünflächen der Stadt Halle vom 8.8.2006.

170 Auskunft des Institutes vom 12.7.2006.

171 Auskunft des Anatomischen Institutes vom 31.7.2006.

Übergabe Hingerichteter an anatomische Institute zu Studienzwecken wurde seit Jahren praktiziert. Die Deutsche Zentralverwaltung für das Gesundheitswesen in der SBZ erteilte am 17. Januar 1947 die Anweisung, Verstorbene diesen Instituten zu übergeben. Das Ministerium für Arbeit und Soziales präzisierte die Anweisung am 20. März 1947 für Sachsen-Anhalt.¹⁷²

Herbert Mitzscherling berichtete 2005:

Seit 1. März 1947 war er Angehöriger der Volkspolizei in Coswig. Eines Tages, er meint es sei im Januar 1950 gewesen,¹⁷³ wurde er abends im Dunkeln mit drei Kollegen zum Zuchthaus bestellt. Es ging dann dort im rechten Turm (von der Elbe aus gesehen) nach unten, es roch nach Blut. Der Anstaltsdirektor habe gefragt: *Wollt ihr sie denn noch mal sehen?* und schon im gleichen Moment einen Sargdeckel angehoben. Herbert Mitzscherling wollte das eigentlich nicht und hat nur Beine gesehen. Anschließend hat er sich den Ablauf der Hinrichtung erklären lassen. Er beschreibt das Fallbeil als *übermannshoch mit einem Aluminiumtopf voller Sägespäne* am Ende, um das Blut aufzufangen. Bei den Toten handelte es sich um zwei Männer, die am Morgen hingerichtet worden waren. Sie hätten wohl Frauen über die innerdeutsche Grenze gebracht, diese dann ausgeraubt und ermordet, wird ihm gesagt.

Die Volkspolizisten mussten die Särge zur Elbe hin hinaus und dann eine enge Gasse zur Stadt hinauf tragen. Sie beschmutzten ihre Uniformen mit der roten Wasserfarbe, mit der die Särge gestrichen waren. Oben stand der Leichenwagen einer Coswiger Bestattungsfirma, der die Särge abtransportierte.

Der Anstaltsdirektor hätte sich später wegen der Hinrichtungen ablösen lassen, weil er ihre Schreie nicht mehr ertragen habe. Dann sei Straube gekommen, ein alter *Spanienkämpfer*, der meinte: *Ich habe genug Blut gesehen, das macht mir gar nichts, wenn hier Leute hingerichtet werden.*

Die Volkspolizisten beschwerten sich bei ihrem Vorgesetzten und mussten nicht noch einmal zu solch einem Einsatz. Am 1. März 1950 wurde Herbert Mitzscherling aus dem Polizeidienst entlassen, da er Verwandte 1. Grades in der Bundesrepublik hatte und außerdem für kurze Zeit in westlicher Kriegsgefangenschaft gewesen war.¹⁷⁴

172 Vgl. Michael Viebig, Das Zuchthaus Halle/Saale als Richtstätte der nationalsozialistischen Justiz (1942-1945), Magdeburg 1998, S. 55.

173 Im Januar 1950 konnten keine Vollstreckungen festgestellt werden. Wahrscheinlich handelt es sich um die Hinrichtungen am 18.10.1949.

174 Nach dem Gespräch, das Edda Ahrberg und Jutta Preiß mit Herbert Mitzscherling am 27.6.2005 in Coswig führten.



Treppe zu dem vermutlichen Hinrichtungsraum und separater Ausgang aus dem Hinrichtungsraum zur Elbe, später wurde hier die Zentralheizung eingebaut (2003)

Die Hinrichtungen hatten eine verängstigende Wirkung auch auf spätere Häftlinge. So berichtet Karl Zschörnig noch aus dem Juni des Jahres 1953, dass einmal im Monat freitags ein Trecker am späteren Vormittag gekommen sei. Es wurde dann unter den Häftlingen vermutet, dass es wieder Hinrichtungen gab und wenn der wieder weg war, sei alles *wie erstorben* gewesen.¹⁷⁵

Viele der zunächst zum Tode Verurteilten wurden begnadigt, so auch Kurt Oerlecke. Gemeinsam mit einer Freundin und deren Schwester hatte er seine Frau umgebracht („Volksstimme“ berichtete ausführlich). Er war in Coswig bis Frühjahr 1952 inhaftiert und wird in einer Beurteilung durch die Strafanstalt von Januar 1949 als rücksichtslos beschrieben: *Am 27.4.1947 war [er] an einem Ausbruchversuch beteiligt, bei dem es darauf ankam, einen diensttuenden Beamten niederzuschlagen, sich die Schlüssel anzueignen und das Weite zu suchen. Entsprechende Behelfswaffen waren ebenfalls vorgesehen. Seit dieser Zeit wurden von ihm ähnliche Pläne nicht mehr verfolgt, jedoch darf ohne weiteres angenommen werden, daß er bei einer günstigen Gelegenheit rücksichtslos handeln würde.*

¹⁷⁵ Telefongespräch von Edda Ahrberg mit Karl Zschörnig am 27.10.2005 und Bericht von Oktober 2005, vgl. S. 133ff

Bei Unterhaltung mit ihm über seine Tat zeigt er sich effektiv sehr wenig bewegt. Von einer eigenen Einsicht in das Verwerfliche seiner Tat, kann nicht gesprochen werden. Die von ihm gezeigte Reue ist nicht echt. Es besteht der Eindruck, daß es sich bei dem Oerlecke um einen Menschen handelt, dem für sein Verhalten im wesentlichen nur der eigene Vorteil maßgebend ist.

*Im übrigen versteht er es ausgezeichnet, selbst unter den Schwierigkeiten der Haft, sich Vorteile zu verschaffen.*¹⁷⁶

Am 29. April 1950 wurde die Todesstrafe in eine lebenslängliche Zuchthausstrafe auf dem Gnadenwege durch den Ministerrat der Landesregierung Sachsen-Anhalt umgewandelt. Später wurde sie auf 15 Jahre herabgesetzt. Am 24. April 1962 wurde Kurt Oerlecke aus der Vollzugsanstalt Brandenburg entlassen.¹⁷⁷

Der 17. Juni 1953

Am 17. Juni 1953 gab es in Coswig nach Aussage einer Chronik keine wesentlichen Unruhen, *von kleinen Tumulten und lärmenden Zusammenrottungen abgesehen*. Noch einige Tage danach standen jedoch sowjetische Panzerwagen an den Stadtausgängen¹⁷⁸ und wohl auch ein Panzer vor dem Tor der Strafanstalt.¹⁷⁹

In den internen Berichten der Strafanstalt stellt sich diese Zeit etwas anders dar. So herrschte am 17. Juni große Verunsicherung vor. Nach der Rückkehr des Leiters aus Halle und des Polit-Stellvertreters aus Roßlau, wo sie dienstlich zu tun hatten, wurden gegen 12.30 Uhr verstärkte Sicherheitsvorkehrungen in der Form getroffen, dass keine Außenarbeiten von Strafgefangenen mehr durchgeführt werden durften. Alle Wachtürme wurden besetzt und die Fahrzeuge ständig fahrbereit gehalten. Die Postenablösung erfolgte in Begleitung des Hundeführers,

176 Beurteilung der Strafanstalt Coswig vom 8.1.1949, in: Generalstaatsanwaltschaft Sachsen-Anhalt Gns 4 Ks 4/46, Gnadenheft.

177 Vgl. Akten der Generalstaatsanwaltschaft Sachsen-Anhalt (Gns 4 Ks 4/46). Der für die Hauptverhandlung zuständige Richter beim Landgericht Magdeburg Landgerichtsdirektor Wilde (Dietrich Güstrow) ging 1985 noch davon aus, dass K. Oerlecke im Dezember 1946 hingerichtet wurde; vgl. Dietrich Güstrow, In jenen Jahren. Aufzeichnungen eines „befreiten“ Deutschen, Deutscher Taschenbuch Verlag, München 1985, S. 208–216.

178 Vgl. Dr. G. Müller, Stadtchronik 1953, in: Stadtarchiv Coswig.

179 Diese Information gab Adolf Hädermann anlässlich des Tages des offenen Denkmals am 11.9.2005 im Schloss. Adolf und Ruth Hädermann wurden 1952 wegen der Zugehörigkeit zu den Zeugen Jehovas verurteilt, er zu sieben Jahren, sie zu vier Jahren. Adolf Hädermann war vom 5.1.1953 bis 1954 in Coswig inhaftiert.

der mit einer Pistole bewaffnet war. Darüber hinaus sollte das Gittertor geschlossen und nicht mehr als zwei Personen gleichzeitig hineingelassen werden. Von der Schusswaffe durfte nur auf Anweisung des Leiters Gebrauch gemacht werden.¹⁸⁰

Vier Beschäftigte bekamen den Befehl, „in Zivil“ in die Stadt zu gehen, den Markt und die Friedensstrasse sowie vor allen Dingen den ankommenden Zug aus Richtung Roßlau zu beobachten, *ob sich dort Elemente befinden, die irgendwelche Unruhe und Provokationen hervorrufen.* In Roßlau war das Gefängnis gestürmt und eine verhasste Staatsanwältin auch zu ihrem eigenen Schutz vor der aufgebrachten Menge eingesperrt worden. Einige Tage später heißt es in der Berichterstattung eines der Genossen „in Zivil“: *Zwischen 15.00 und 16.00 Uhr stand ich in der Friedensstrasse. Dort war alles noch ruhig. Es standen zwar in kleinen Gruppen Menschen zusammen, die zum größten Teil Frauen waren. Diese unterhielten sich bereits über die Vorkommnisse in Berlin und insbesondere über Rosslau. Eine gewisse Spannung war zu verzeichnen. Um 16.15 Uhr kam der Arbeiterzug von Rosslau. Oberhalb der Friedensstrasse, wo sich die Göthestrasse, Karlstrasse und Puschkinstrasse kreuzen sammelten sich plötzlich Menschen an und blieben stehen. Ich hörte nur wie dort herumgeschrien wurde...* Die Arbeiter brachten Informationen aus Roßlau mit, berichteten von der Erstürmung des Gefängnisses und den Vorgängen um die Staatsanwältin. Einige riefen dazu auf, die Transparente am Rathaus zu entfernen. Beim Friseur wurde erzählt, dass der Besitzer eines Uhrengeschäftes in Roßlau gesagt habe: *Endlich machen sich die Arbeiter frei* und dann vor Freude einen Herzschlag erlitten habe.¹⁸¹

Als der Genosse von der Strafanstalt in die Diskussion eingriff, wurden ihm Schläge angedroht. Er zeigte den „Hauptredner“ bei der Kriminalpolizei an, der dann auch verhaftet wurde, nachdem zunächst auf Betreiben dieses Vollzugsangestellten ein Falscher verhaftet worden war.¹⁸² Dem Bürgermeister und der vollkommen hilflosen 1. Sekretärin der SED wurde am Nachmittag bewaffnete Hilfe durch die Anstaltsleitung zugesagt. Inzwischen hatten sich auch Menschen vor dem Zuchthaus versammelt.

180 Weisung der StVA Coswig am 17.6.1953, in: LHASA Abt. Merseburg, BDVP Halle 19, Nr. 706, Bl. 78. Der Polit-Stellvertreter spricht in seinem Bericht über den 17.6. davon, *daß bei derartigen Vorkommnissen sofort von der Waffe Gebrauch gemacht wird.* Ebenda Bl. 94ff.

181 Vgl. Edda Ahrberg, Hans-Hermann Hertle, Tobias Hollitzer u. Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Die Toten des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953, Münster 2004, S. 103f.

182 Berichterstattung der Politabteilung der StVA Coswig vom 20.6.1953, in: LHASA Abt. Merseburg, BDVP Halle 19, Nr. 706, Bl. 80ff.

In der Strafanstalt ging das Gerücht um, dass ein für 15 Uhr geplanter Angriff auf 20 Uhr verschoben worden sei. Der Polit-Stellvertreter berichtete später:

17.00 Uhr: Truppen der Sowjetarmee rücken in die Anstalt ein zur Verstärkung. Die Gefangenen werden in der Anstalt lebendig und versuchen mit der gegenüber der Anstalt angesammelten Menschenmenge in Verbindung zu kommen. Die Gefangenen erhalten Anweisung vom Fenster zurückzutreten, da sonst sofort geschossen wird.

17.30 Uhr: Durch Lautsprecher werden die vor der Anstalt stehenden Menschen aufgefordert nach Hause zu gehen, um Unruhen zu vermeiden. Daraufgehend wurde der Befehl des sowjetischen Kreiskommandanten über Erklärung des Ausnahmezustandes in Abständen von 5 Minuten bekannt gegeben.

*18.00 Uhr: Die Strassen werden leerer und unter den Gefangenen herrschte völlige Ruhe.*¹⁸³

Gegen 17.30 Uhr wurden die Demonstrationen durch das Eingreifen der sowjetischen Truppen aufgelöst und der Sturm auf das Rathaus dadurch verhindert.

Am frühen Morgen des 18. Juni wurden zwei der in Roßlau befreiten Untersuchungshäftlinge in Coswig eingeliefert.

Diskussionen unter den Anstaltsbeschäftigten zeigten, dass sie selbst ihre Einsatzbereitschaft nur als mangelhaft einschätzten: *Ich will hier mal ein Beispiel geben: Der Genosse E. ist in Bedrängnis und kurz davor, dass er vielleicht die Jacke voll kriegt. Stellen wir uns nun vor es kommt eine Meldung. Wir organisieren nun – Genossen unter Gewehr, damit der Genosse rausgehauen wird. Was wollen wir da machen. Gestern waren es 80 Mann die gegen uns standen nächstens können es 400 Mann sein. Es muss eine Geschlossenheit zum Ausdruck kommen, die allein schon durch ihr Erscheinen wirkt. Wenn unsere Freunde über die Strasse kommen, dann ist die Strasse frei. Diesen Respekt müssen wir uns auch verschaffen. Wir haben auch Genossen unter uns, die das können.*¹⁸⁴

Auch am Folgetag war zusätzliche Bereitschaft angeordnet, um die Sicherheit zu erhöhen. Karabiner und jeweils 15 Schuss Munition wurden ausgegeben. Nicht alle Beschäftigten waren ausreichend im Umgang mit Waffen ausgebildet. Der einzige, der sich mit einem Karabiner K 43 auskannte war der Parteisekretär. Die anderen mussten es noch lernen.

183 Bericht des Polit-Stellvertreters der StVA Coswig am 25.6.1953, in: LHASA Abt. Merseburg, BDVP Halle 19, Nr. 706, Bl. 94ff.

184 Protokoll über die Besprechung am 19.6.1953 in der StVA Coswig, in: LHASA Abt. Merseburg, BDVP Halle 19, Nr. 706, Bl. 86f. Mit den „Freunden“ sind die Angehörigen der sowjetischen Streitkräfte gemeint.

Bei Ertönen des Alarms (einem dreimaligen Pfeifen mit der Polizeipfeife) hatte alle Zugweise, ausgerüstet mit 15 Schuss Munition, anzutreten. *Erfolgt eine Alarmauslösung in zweimal kurzen Pfeiftönen, so besetzt der I. Zug mit einem Gruppenführer die VP-Unterkunft nach der Strassenseite, die erste Etage, also den Kulturraum, Schulungsraum und den Vorraum. Die II. Gruppe des I. Zuges besetzt die Verwaltungsgebäude der I. Etage.*¹⁸⁵ In Folge des Volksaufstandes, wo einige Jugendliche versucht hatten, die Bäume am Zuchthaus zu besteigen, beantragte die Anstaltsleitung am 24. Juni bei der Stadtverwaltung, die Linden in der Thälmann-Straße auf ihrer Seite zu fällen, da sie die Sicherheit *in erheblichem Maße* gefährden würden. Der Antrag wurde von der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei über den Rat des Bezirkes Halle unterstützt. Die Stadtverwaltung erreichte nach Verhandlungen, dass die Linden nicht entfernt, sondern nur geköpft wurden.¹⁸⁶ Am 26. Juni wurde vom Stellvertreter Operativ angewiesen, die Wachzüge zusätzlich mit zehn Polizeiknüppeln auszustatten, um sich bei Festnahmen genügend „Respekt zu verschaffen“. Es erfolgte die Belehrung nach geltender Vorschrift: *Der Polizeiknüppel ist eine gefährliche Schlagwaffe und darf nicht gegen den Kopf oder die Halspartie angewandt werden. Als Schlagstellen werden Oberarm, Oberschenkel und Gesäss genannt. Schläge sind nur aus dem Handgelenk heraus statthaft. Das Schlagen mit ausgestrecktem Arm ist verboten. Nur zur Brechung des Widerstands ist der Polizeiknüppel zu verwenden. Derselbe ist nicht offen, sondern unter dem Rock im Ärmel oder an einer anderen Stelle, doch so zu tragen, daß er sofort angewandt werden kann. Gegen Angehörige der Roten Armee oder gegen Kinder ist der Gebrauch des Polizeiknüppels verboten.*¹⁸⁷

Die erhöhte Bereitschaft und das Tragen von Waffen wurden noch mindestens bis Mitte Juli 1953 beibehalten, nachdem es Hinweise seitens der BDVP zu Gerüchten über weitere geplante Demonstrationen gegeben hatte. Ein einziger Volkspolizist äußerte in der für den 24. Juni einberufenen Dienstversammlung, *daß er nicht auf Arbeiter schießen kann*. Die Genossen nahmen sich vor, ihn vom Gegenteil zu überzeugen.¹⁸⁸ Der

185 Einsatzplan der StVA Coswig vom 18.6.1953, in: LHASA Abt. Merseburg, BDVP Halle 19, Nr. 706, Bl. 79.

186 Antrag der Strafanstalt vom 24.6.1953, Schreiben der BDVP vom 10.8.1953 und Antwort der Stadt vom 12.9.1953, in: Stadtarchiv Coswig, 2924 P I a 2; vgl. auch: Stefanie Wahl, Die Ereignisse um den 17. Juni 1953 im Bezirk Halle – Schlaglichter (Hg. LStU Sachsen-Anhalt), Magdeburg 2003, S. 201–203.

187 Belehrung der Wachzüge am 26.6.1953, in: LHASA Abt. Merseburg, BDVP Halle 19, Nr. 706, Bl. 98.

188 Auswertung der Ereignisse durch den Anstaltsleiter am 26.6.1953, in: LHASA Abt. Merseburg, BDVP Halle 19, Nr. 706, Bl. 99–102.

Stellvertreter Operativ bekräftigte am 10. Juli: *Wenn wir als Volkspolizei uns unserer Aufgabe und Verantwortung bewußt sind, wird es den faschistischen Provokateuren nicht gelingen unsere Staatsordnung zu stören. Wenn wir stets einsatzfähig sind und uns zum Marxismus-Leninismus nicht nur durch Worte bekennen, sondern mit der Waffe unsere Errungenschaften verteidigen, wird niemals unsere demokratische Ordnung, die die Willensäußerung der arbeitenden Bevölkerung ist, gestört werden.*¹⁸⁹

Einige Personen, die sich am Volksaufstand des 17. Juni 1953 beteiligten, mussten ihre Haft in Coswig verbüßen, so zum Beispiel neben Heinz Hildebrandt und Adolf Grattenauer Georg Linzmann, der einer der Streikführer der Bau-Union Mansfeld gewesen war und auf dem Markt in Eisleben die Forderungen der Arbeiter nach Verbesserung der Lebensbedingungen und Rücktritt der Regierung verlesen hatte. Er beteiligte sich auch an der Erstürmung des Gefängnisses in Eisleben und wurde am 26. August 1953 vom Bezirksgericht Halle zu einer Zuchthausstrafe von drei Jahren verurteilt. Am 12. September übergab das MfS ihn und vier weitere Personen der Strafvollzugsanstalt Coswig.¹⁹⁰

189 Bericht des Stellvertreters Operativ der Strafanstalt vom 10.7.1953 über Sicherheitsmaßnahmen, in: LHASA Abt. Merseburg, BDVP Halle 19, Nr. 706, Bl. 106.

190 Vgl. Schreiben der StVA Coswig am 12.9.1953 an die BDVP, Abt. SV, in: Dietmar Mokros, Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 in Lutherstadt Eisleben und im Mansfelder Land (Hg. BSV/VOS Landesverbände Sachsen-Anhalt), Magdeburg 2004, S. 123, vgl. auch S. 81–122.

B e r i c h t

Betr: Stellungnahme eines eigenen Erlebnisses zu den Vorgängen am 17.6.1953 in Coswig.

Begründung:

Am 17.6.1953 gegen 16,00 Uhr als ich zum Bahnhof Coswig ging, um kurzfristig nach meinem Wohnsitz nach Wittenberg zu fahren, ereignete sich folgender Vorgang an der Kreuzung Friedensstrasse - Puschkinstrasse.

Ich sah wie eine Anzahl junger Männer, es mögen schätzungsweise 15 bis 20 gewesen sein, im angetrunkenen Zustand laut diskutierten.

Plötzlich lieste sich aus dieser Gruppe einer, der Name ist mit heute bekannt und war ein gewisser Fritz S. [REDACTED]. Selbiger ging auf das in unmittelbarer Nähe stehende mit 2 in die Erde eingelassene Vierkanthölzer versehene Transparent zu, welches folgenden Sichtvermerk offenbarte.

"Schauf mit die Grundlagen für den Aufbau des Sozialismus und reißt auch ein in die Nationalen Streitkräfte!"

Er versuchte durch Gewaltanwendung dieses zu entfernen und ich ging daraufhin zur Gruppe und sagte folgendes:

"Sagen sie mal was machen sie denn da? Was soll denn das bedeuten? Lassen sie das gefälligst stehen. Aufgrund dieser Aufforderung ließ der oben genannte St. davon ab, kam auf mich zu und äußerte:

"Sieh dir mal daß da oben an, brauchen wir Nationale Streitkräfte? Die brauchen wir nicht, wir verzichten darauf und infolgedessen kommt das Ding hier weg."

Ich erwiderte: "Das ist nicht ihr Eigentum und folgedessen haben sie sich auch daran nicht zu vergreifen, lassen sie dieses Transparent stehen. Wenn dieses Transparent entfernt wird, dann nur auf höhere Anordnung, nicht daß sie sich daran vergreifen."

Ich fragte weiter: "Wo arbeiten sie denn, worauf er mir antwortete "In der Schiffswerft" und wo ist ihr Wohnsitz? Darauf sagte er in Coswig.

Auf meine Frage wie er heiße, kam ein anderer und sagte:

"Ist dich nicht anzuhehen."

Ich wies noch einmal daraufhin, sich nicht daran zu vergreifen, dazu äußerte sich der namentlich bekannt S. [REDACTED] noch einmal und betonte in einer aggressiven Form: "Ich werde dieses Ding heute Nacht noch umhacken oder umsägen" Daraufhin setzten sie ihren Weg ohne diesen Transparentes noch einmal zu bemächtigen, in Richtung Friedensstrasse fort.

Ich persönlich begab mich zum Bahnhof. Dieses Transparent ist heute noch unbeschädigt geblieben.

[REDACTED]
MP.-Hm.

Bericht eines Anstaltsbeschäftigten

Er erhielt wenig später 50 DM Prämie für seinen Einsatz.

Die Absicherung des Zuchthauses



Ansicht von den Elbwiesen aus mit dem Rathaus im Hintergrund, 1955

Natürlich gab es immer wieder Menschen, die auch in dieser Zeit eine Flucht aus dem Zuchthaus versuchten. Nicht alle konnten wieder gefasst werden. Die besten Fluchtmöglichkeiten ergaben sich zwar bei den Außenarbeiten oder beim Transport, aber auch aus dem Schloss heraus gab es Versuche. So berichtet Herbert Mitzscherling von einem Mann, der seine Flucht über den Blitzableiter schaffte.¹⁹¹ Ein anderer, ein Untersuchungshäftling, nutzte den Heiligabend 1947 zur Flucht: *B., welcher mit noch 2 Gefangenen in einer Zelle untergebracht war, verstand es, sich bei der Abendbrotausgabe aus der Zelle zu schleichen u. sich in den dunklen Gängen d. Strafanstalt Coswig zu verstecken. Der Einschlußbeamte bemerkte auf Grund Fehlens v. Glühbirnen in den Zellen das Fehlen des B. nicht, zumal die anderen Gefangenen den B. mit meldeten. B. hat sich dann durch Aufbrechen von Türen in den Betsaal geflüchtet u. ist durch ein Klappfenster, welches er aufgebrochen hat, entwichen.*¹⁹²

191 Nach dem Gespräch, das Edda Ahrberg und Jutta Preiß mit Herbert Mitzscherling am 27.6.2005 in Coswig führten.

192 Fluchtmeldung, in: LHASA Abt. Magdeburg, Rep. K 4 Nr. 912, Bl. 78.

Datum	Fluchten
April 1946	1
Mai 1946	7
August 1946	5
Januar 1947	3
Februar 1947	1
März 1947	2
April 1947	11
Mai 1947	2
Juni 1947	5
November 1947	4
Dezember 1947	4
Januar 1948	6
Februar 1948	4

Die Aufstellung stellt beispielhaft nur einen Ausschnitt des vorhandenen Zahlenmaterials dar, macht aber deutlich, dass es sich gerade in den 1940er Jahren um ein Dauerproblem handelte.¹⁹³

Auf Weisung der Landesregierung Sachsen-Anhalt vom Oktober 1951 wurden vor den Fenstern der Strafanstalten Sichtblenden, in der Regel aus Holz, angebracht, um den Kontakt zur Außenwelt zu erschweren.¹⁹⁴

1952/53 wurde zur Elbe hin ein Holzzaun, gesichert mit Stacheldraht, errichtet, in den zwei der insgesamt drei Wachtürme eingebaut waren.

Im „Kampfplan“ für das Jahr 1953 heißt es: *Unsere Losung muss heißen für das Jahr 1953: „Keine Gefangenenentweichung aus unserem Objekt.“*¹⁹⁵

Noch im 4. Quartal 1953 wurde jedoch bemängelt, dass die Alarmanlage vollkommen veraltet war und dringend erneuert werden musste. Vorgesehen war eine optische Anlage, die zu diesem Zeitpunkt jedoch noch nicht geliefert war.¹⁹⁶ Die später eingebaute Alarmanlage sorgte immer wieder für Unsicherheiten, da sie sich laufend selbst auslöste.

193 Vgl. BArch Berlin DP 1/HA II Strafvollzug Nr. 59, Entweichung von Gefangenen 1945–1952 in Sachsen-Anhalt.

194 Rundschreiben der HA Justiz beim Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt vom 6.10.1951, in: LHASA Abt. Magdeburg, Rep. K 4 Nr. 908, Bl. 33.

195 Kampfplan der Geschäftsstelle der StVA Coswig vom 8.1.1953, in: LHASA Abt. Merseburg, BDVP Halle 19, Nr. 705, Bl. 2ff.

196 Bericht zur Sicherheit und Ordnung für das IV. Quartal 1953, in: LHASA Abt. Merseburg, BDVP Halle 19, Nr. 160, Bl. 6ff.

Die Rolle des Ministeriums für Staatssicherheit

Seitens der Staatssicherheit war die Kreisdienststelle (KD) Roßlau für die Sicherheit des Zuchthauses zuständig. Von dort wurde die Überwachung organisiert. Ein besonderer Schwerpunkt war die Zuverlässigkeit der in der Haftanstalt Beschäftigten. Unter ihnen wurden Inoffizielle Mitarbeiter geworben und verpflichtet, so z. B. GI „Habicht“¹⁹⁷ und GI „Rolf“.¹⁹⁸ Letzterer war dem zuständigen Sachbearbeiter der KD bekannt und die Werbung für eine inoffizielle Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit bereitete keine Schwierigkeiten. Die Treffen fanden im Zimmer des Sachbearbeiters (operativer Mitarbeiter) statt, das dieser im Zuchthaus zur Verfügung hatte. Insgesamt fanden bis September 1956 vier Treffen statt, während derer er über Beschäftigte und ihr Verhältnis zu den Strafgefangenen berichtete. Danach wurde er zum Haftarbeitslager Volkstedt versetzt, von wo aus er bis 1962 weiter berichtete. Die Zusammenarbeit wurde eingestellt, als er nach Quedlinburg versetzt wurde.

Zeitzeugenberichte

Die Berichte werden in ihrer ganzen Länge abgedruckt, um den jeweiligen Hintergrund der Inhaftierung zu verdeutlichen, auch wenn sie nur wenige Informationen zum Zuchthaus Coswig enthalten. Es handelt sich bei den Zeitzeugen um Personen, die sich nach einer Anfrage in den Zeitschriften „Stacheldraht“ und „Freiheitsglocke“ oder am Tag des offenen Denkmals am 11. September 2005 in Coswig gemeldet haben. Die Suche nach weiteren Zeitzeugen blieb bislang erfolglos, das trifft besonders auch auf ehemaliges Wachpersonal zu.

197 Walter Kühne (geb. 1898), Oberwachtmeister, handschriftlich verpflichtet am 13.7.1950. Er lieferte keine Berichte u. der Vorgang wurde im März 1951 eingestellt. Von 1953 bis 1957 stellte er der KD ein Zimmer für konspirative Zwecke zur Verfügung. Vgl. BStU, MfS, BV Halle, AIM 510/58.

198 Paul Franz Reich (geb. 1922), Offizier vom Dienst, handschriftlich verpflichtet am 23.3.1956. Vgl. BStU, MfS, BV Halle, AIM 3115/62.

Hans-Jürgen Schuband (geb. 1930)

Haft in Coswig: 1950/1951



Hans-Jürgen Schuband vor und um 1949

Hans-Jürgen Schuband wird mit 19 Jahren im Herbst 1949 wegen des Verdachtes auf Republikflucht verhaftet und im Ergebnis der Untersuchungen zu einer Haftstrafe von drei Jahren verurteilt. Rund ein Jahr verbüßt er 1950/51 in Coswig. Er kommt dort in eine 28-Mann-Zelle. Als Toilette dient ein Tonkrug, der einmal am Tag rausgeschleppt und geleert wird. Es stinkt fürchterlich im ganzen Haus.

Einmal, als er den Himmel sehen will, schaut er aus dem Fenster und wird von einem Wachposten dabei erwischt. Das bringt ihm drei Tage Arrest im Keller ein.

Unter den Gefangenen sind auch Ärzte, so z. B. ein Professor und ein Zahnarzt, letzterer ist sogar recht gut. Beide sind zu 25 Jahren Zuchthaus verurteilt. Vorgeworfen wird ihnen, an Versuchen in Konzentrationslagern beteiligt gewesen zu sein. Genaues weiß man nicht.

Ein Erlebnis brennt sich für immer ein: Es ist die Zeit der Hotelenteignungen, viele der Eigentümer werden verhaftet. Der Besitzer des Parkhotels in Leipzig ist ein kleiner korpulenter Herr. Er wird in der Gefangenenküche eingesetzt. Zum Suppe rühren muss er sich auf einen Schemel stellen. Der kippt eines Tages um und er fällt in die kochend heiße Suppe. Die Verbrennungen sind so schwer, dass er daran stirbt. Das Schreien gellt Hans-Jürgen Schuband heute noch in den Ohren.

Er meldet sich freiwillig zum Bergbau und kommt in das Haftarbeitslager Oelsnitz im Erzgebirge. Nach seiner Entlassung geht er nach Rostock. Seine Mutter ist mit den Geschwistern inzwischen in die Bundesrepublik geflüchtet. Ihnen folgt er zwei Jahre später am Heiligabend nach.¹⁹⁹

Herbert Eisbein (geb. 1926)

Haft in Coswig: 5. Juni bis 1. Dezember 1951

Der Rundfunkmechaniker Herbert Eisbein aus Aschersleben fährt mehrmals in den 1940er Jahren nach West-Berlin, um sich über Möglichkeiten nach Amerika auszuwandern und anderes zu informieren. 1950 bekommt er dort Kontakt zum Bund Deutscher Jugend. Er sieht in ihm eine Alternative zur Freien Deutschen Jugend (FDJ) in der DDR und gibt vier Adressen von Bekannten weiter, die ähnlich denken wie er.

Am 1. Dezember 1950 will er, vorgewarnt, nach West-Berlin fliehen, wird aber in Güsten festgenommen.

Die Landesverwaltung für Staatssicherheit, Außenstelle Bernburg, stuft ihn nach ihren Untersuchungen im Januar 1951 endgültig als *Verbrecher* nach der Kontrollratsdirektive (KD) 38 ein²⁰⁰. In ihrem Schlussbericht wird er beschuldigt, *nach dem Mai 1945 durch Erfindung und Verbreitung tendenziöser Gerüchte den Frieden des deutschen Volkes gefährdet zu haben, indem er mit dem Leiter der westlichen Jugendorganisation (Bund deutscher Jugend) in Verbindung stand und in dessen Auftrag werbend für den Bund deutscher Jugend in Aschersleben in Erscheinung trat und weiterhin westliche Broschüren verbreitete.*²⁰¹

Am 30. Mai 1951 wird Herbert Eisbein von der 1. Großen Strafkammer des Landgerichts unter dem Vorsitz von Oberrichter Blumrich in Dessau zu einer Haftstrafe von einem Jahr Zuchthaus sowie Sühnemaßnahmen gem. Art. IX, Ziffer 3-9 (Ziffer 7) für fünf Jahre verurteilt. Die Grundlage hierfür bildet der Art. 6 der DDR-Verfassung in Verbindung mit der KD 38, Abschnitt II, Art. III A III und Art. IX.

Die Sühnemaßnahmen bedeuten:

Demnach wird dem Angeklagten untersagt, ein öffentliches Amt einschliesslich Notariat und Anwaltschaft zu bekleiden. Er verliert alle Rechtsansprüche auf eine aus öffentlichen Mitteln zahlbare Pension oder Zuwendung, ferner das aktive und passive Wahlrecht, das Recht sich irgendwie politisch zu betätigen oder Mitglied einer politischen

199 Nach einem Telefongespräch, das Edda Ahrberg am 13.11.2006 mit Hans-Jürgen Schuband führte.

200 Beschluss des MfS-Landesverwaltung Sachsen-Anhalt, Außenstelle Bernburg vom 12.1.1951, in: BStU, MfS, Ast. Halle, AU 1/51, Bd. 1, Bl. 16.

201 Schlussbericht der MfS-Landesverwaltung Sachsen-Anhalt, Halle, vom 14.3.1951, in: BStU, MfS, Ast. Halle, AU 1/51, Bd. 1, Bl. 35.

Partei, Gewerkschaft oder irgend einer wirtschaftlichen oder beruflichen Vereinigung zu sein. Er verliert ausserdem die ihm erteilten Approbationen, Konzessionen und Vorrechte sowie das Recht, ein Kraftfahrzeug zu halten. Darüberhinaus unterliegt der Wohnraum- und Aufenthaltsbeschränkung. Auf die Dauer von 5 Jahre nach seiner Freilassung wird ihm untersagt, in einem freien Beruf oder selbständig in irgendeinem gewerblichen Betrieb tätig zu sein, sich an einem solchen zu beteiligen oder dessen Aufsicht und Kontrolle auszuüben. In nicht selbständiger anders als in gewöhnlicher Arbeit beschäftigt sowie als Lehrer, Prediger, Redakteur, Schriftsteller oder Rundfunkkommentator tätig zu sein.

Herbert Eisbein schreibt 2003 Erinnerungen an diese Zeit auf²⁰²:

Am 1.12.1950 wurde ich in Güsten/Anh. verhaftet. Nach 5 Monaten Aufenthalt im Stasikeller in Bernburg, ohne je einen Haftbefehl gesehen zu haben, wurde ich nach Halle in den „Roten Ochsen“ gebracht. Dort wurde mir eine Anklageschrift kurz gezeigt. Nach einigen Wochen kam ich nach Dessau in Polizeihaft. Vor dem Landgericht Dessau wurde ich am 30.5.1951 zu 1 Jahr Zuchthaus und 5 Jahren Sühnemaßnahmen verurteilt wegen Verstoßes gegen Kontr. Dir. 38 und Artikel 6 der Verfassung.

Nach Coswig wird er mit der Eisenbahn im Gefangenenwagen gebracht. Erst hier erhält er die Gefangenenkleidung: Ein dunkelgrüner Anzug, ähnlich einem Schlosseranzug, mit einem breiten gelben Streifen auf dem Rücken. Dazu gehört eine einfache Baskenmütze.

Nach den üblichen Aufnahmeformalitäten kam ich auf eine Zelle weit oben an der Stirnseite eines Gebäudes [im Zuchthaus Coswig – Anm. d. Verf.]. Die Fenster waren ohne Sichtblenden, man hatte einen Blick auf die Elbe. Die Zelle war belegt mit ca. 12 – 14 Mann. Die Einrichtung bestand außer den Holzpritschen (?) aus 2 Steingutkübeln mit Deckel für die Notdurft, Wasserkannen und einem langen Tisch mit Bänken. Den Ankommenden, die eine längere Strafzeit als ½ Jahr hatten, wurden die Köpfe kahl geschoren. Da meine Reststrafe etwas weniger betrug, konnte ich meine Haare behalten. Sehr zum Ärger des beaufsichtigenden Justizangestellten, der den passenden Namen Wachtmeister Gerngroß trug.

Die Gefangenen wurden beschäftigt mit Federnspleißen, eine ungesunde Arbeit, die aber, wenn auch geringfügig, entlohnt wurde. Nach einem ¼ Jahr kam eine Anordnung heraus, daß den Gefangenen, die eine längere Reststrafe als ¼ Jahr hatten, die Köpfe kahl geschoren wurden. Bei mir

202 Bericht vom 20.7.2003 an Edda Ahrberg.

fehlten gerade wieder einige Tage. Bemerkung von Herrn Gerngroß: „Ihnen hätte ich am liebsten eigenhändig den Kopf geschoren.“

Im Herbst 1951 kam eine Amnestie heraus für Leute mit kürzeren Strafen. Die Entlassungen gingen zügig vonstatten. Unsere Effekten lagen in dem Vorraum vor der Zelle. Doch einige der Häufchen verschwanden wieder. Es waren die von uns „Politischen“. Wir mußten also unsere Strafe voll absitzen. Wir kamen in eine andere Zelle, die Sichtblenden hatte und nach innen ging. Wachtmeister Gerngroß: „Ihr seid es nicht wert, daß euch die Sonne bescheint!“

Danach kam ich in eine 5 Mann-Zelle, von der man einen Blick auf einen Innenhof hatte. Auf dem versammelten sich manchmal die Leute mit langjährigen Strafen, die verlegt wurden. Man sah da auch auf eine Tür, durch die man in den Raum gelangte, in dem vordem die zum Tode Verurteilten mit der Guillotine hingerichtet wurden.

Meine Eltern konnten mich einmal besuchen. Die Kontrolle dabei wurde human gehandhabt.

Zum Schluß war ich in einer Zelle, die mit ca. 6-8 Mann belegt war. Das Fenster, natürlich mit Sichtblende, führte zur Straße.

Nach meiner fristgemäßen Entlassung ging ich noch einmal betont langsam die Straße am Zuchthaus entlang, um zu zeigen, daß ich tatsächlich frei war. Das hatte ich meinen Mitgefangenen versprochen. Man hatte nämlich gegewöhnt, daß die 5 Jahre Sühnmaßnahmen in Haft umgewandelt würden. Im Zuchthaus saßen noch mehrere, die ebenfalls zu Sühnmaßnahmen verurteilt waren.

Beim Aufenthalt in der letzten Zelle mußten wir in Hemden Knopflöcher einsäumen. Eine Arbeit, die nicht entlohnt wurde, da es Anstaltswäsche war. Meinen „Lohn“ für das Federnspleißen bekam ich ausbezahlt, nicht aber meine übrige Barschaft, die man mir abgenommen hatte. Später wurde sie auf die Haftkosten angerechnet.²⁰³

Im persönlichen Gespräch wurden die schriftlichen Äußerungen noch durch folgende Hinweise ergänzt²⁰⁴:

Die Pritschen waren zusammengestoppelt. Es fehlte ja an allem, da die Zuchthäuser überbelegt waren.

Zu seiner Zeit wurden als Ärzte Häftlinge eingesetzt, die z. T. Professoren waren. Der Zahnarzt, der ihm einen Zahn zog, war ein Fachmann. Nur der Schließer drängte damals zur Eile; deshalb wurde der Zahn gezogen, bevor die Spritze richtig wirkte. Der Frisör war ein Mörder, was besonders mulmig war, wenn er mit dem Rasiermesser rasierte.

203 Lt. Durchsuchungsprotokoll vom 1.12.1950 waren es 398,26 DM/DDR und 50,41 DM/West. Vgl. BStU, MfS, Ast. Halle, AU 1/51, Bd. 1, Bl. 9.

204 Gespräch mit Edda Ahrberg am 27.8.2005 und Schreiben vom 16.10.2006.

B e s c h l u s s

BSU

000014

Über die Anlegung eines Vorganges (Gruppenvorganges)

4. Dez. 1950 Ort Bernburg
Über Eisbein Herbert
(Name) (Vorname)
16.5.1926 Aschersleben
(Geburtstag) (Geburtsort)
Aschersleben, Bergstr. 12
(Wohnadresse)

Der/Die Eisbein, Herbert ist Angehöriger der Untergrundbewegung
(Es wird der Name angeführt und in einer kurzen Form des
Bund deutscher Jugend und hat in dieser Eigenschaft Personen
wesentlichste über die durchgeführte feindliche Tätigkeit)

angesprochen sich in den Bund deutscher Jugend zu organisieren
und damit ein Gegengewicht gegen die FDJ zu schaffen. Weiterhin
hat er bei dieser Gelegenheit westliche Broschüren zur Verteilung
gebracht.

Im Zusammenhang damit ist über: Eisbein, Herbert
(Name)

der der Zugehörigkeit zum Bund der Deutschen Jugend

BSU

000015

verdächtigt wird, ein Vorgang (Gruppenvorgang) anzulegen.
Er ist in der Abteilung Erfassung und Statistik unter der
Bezeichnung

"Reinzelmann" zu führen
(Bezeichnung anführen)

Es sind Massnahmen zur Aufdeckung seiner/ihres/ihres gesamten
feindlichen Tätigkeit zu ergreifen.

Der Mitarbeiter [Redacted]
(Lentzsch)

Der Leiter: [Redacted]
(Lentzsch, VF.-O. Rat)

Bestätigt: Hell 20/1 51
(Datum)
[Redacted]
(Unterschrift)

Beschluss des MfS vom 4.12.1950

Damals war ein u. a. wegen Mordes zu lebenslänglicher Haft verurteilter Mann in Coswig inhaftiert,²⁰⁵ über dessen Fall der Film „Affäre Blum“ von der DEFA²⁰⁶ gedreht wurde, den sich der Häftling auch im Zuchthaus ansehen durfte, ihn aber mit dem Satz kommentierte: *Das war alles ganz anders!* Herbert Eisbein hat ihn selbst noch auf dem Hof antreten sehen, als er mit anderen „Langstrafern“ verlegt wurde.

Herbert Eisbein flieht nach seiner Entlassung über West-Berlin Anfang 1952 zu seiner Verlobten nach Westdeutschland und kehrt mit ihr 1954 in seine Heimatstadt Aschersleben zurück.



Herbert Eisbein (rechts) nach der Haftentlassung mit seinen Eltern und seiner Tante (hinten), Aschersleben, Weihnachten 1951

205 Vgl. auch: „Der Haas-Kölling-Prozess 1926“, in: Dietrich Güstrow, In jenen Jahren. Aufzeichnungen eines „befreiten“ Deutschen, Deutscher Taschenbuch Verlag, München 1985, S. 221–223.

206 Der Film „Affäre Blum“ (1948) wurde nach einem Drehbuch von Robert A. Stemmler unter der Regie von Erich Engel gedreht. Vgl. www.wissen.de.

Selma (geb. 1886), Waldemar (geb. 1910) und Rudolf Stange (geb. 1911)
Haft in Coswig: nach dem 5. Mai bis 21. Dezember 1953

Auguste Selma Stange ist eine resolute Frau²⁰⁷. Die Freyburger Dampfmolkerei Selma Stange KG, ein langjähriges Familienunternehmen, betreibt sie seit dem 1. Januar 1949 gemeinsam mit ihren drei Söhnen und einer Tochter. Sie hatte das Unternehmen von ihrem Mann, der 1934 verstarb, übernommen und wie ein anderes über den 1. Weltkrieg, allein über den 2. Weltkrieg gebracht. Neben der Firma war sie allein für die Erziehung ihrer fünf Kinder verantwortlich.



Hochzeit von Rudolf Stange am 28. Mai 1938, links neben seiner Braut, Selma Stange, rechts über Rudolf, Waldemar Stange

²⁰⁷ Die folgenden Angaben, Fotos und Unterlagen verdanken die Verfasser Gunther Stange, dem Enkel Selma Stanges (Gespräch am 1.11.2005).



Ein Teil der Molkerei mit Familienangehörigen

Schon während des Krieges als Folge der Lebensmittelrationierungen, aber auch danach geben Stanges ihren Angestellten Deputat in Form von Milch, Butter und Käse. Das soll ihnen in der DDR zum Verhängnis werden.

In den Jahren nach Kriegsende versuchen die SED-Behörden vor Ort Vorwände für eine Enteignung zu finden, bis 1952 vergeblich. Die Familie gehört der Liberaldemokratischen Partei an.

Wasdann geschieht, schildert Waldemar Stangenach seiner Haftentlassung in einem Schreiben vom 2. Januar 1954 an den Untersuchungsausschuss Freiheitlicher Juristen (UFJ) in West-Berlin:

*Da auf diese Weise kein Erfolg gegen uns erzielt werden konnte, begannen dann auf Anordnung des VP-Kreisamtes Nebra einige Aussenposten der VP auf den Dörfern einzelne Bauern persönlich zu bearbeiten und aufzu-
hetzen, um diese zu veranlassen, schriftliche Beschwerden gegen uns ein-
zureichen. Diese Umtriebe wurden mir von mehreren Bauern warnend mit*

geteilt. Der Erfolg der Vopos war gewaltig: von etwa 800 Milchlieferanten haben sie genau 2 überreden können, schriftliche Anschuldigungen gegen uns zu erheben. ... Diese beiden erhobenen Anschuldigungen, die übrigens später in der Gerichtsverhandlung kläglich zusammenbrachen, gaben aber dem Kreisstaatsanwalt Barth endlich den ersehnten und lang gesuchten Grund zum Vorgehen gegen uns. ...

Am 27.1.53 gegen 9 Uhr erschienen mehrere PKW vor der Molkerei, denen etwa 18 – 20 Menschen entstiegen: Staatsanwalt Barth persönlich, einige Kripo & Vopos, 2 sogenannte „unparteiische“ Zeugen für die vorgesehene Hausdurchsuchung sowie ein gleich mitgebrachter Treuhänder für den Betrieb. Nach einigen belanglosen Fragen im Büro, mußte ich alle Schlüssel abgeben, das Büro verlassen und einigen der Genossen in die Wohnung nach oben folgen. Die anderen verteilten sich im Betrieb, um die Belegschaft auszuforschen. Nachdem auch noch meine Mutter und mein Bruder Rudolf (beide Mitinhaber des Betriebes) in die Wohnung geholt worden waren, wurde für Rudolf und für mich die vorläufige Festnahme ausgesprochen und dieser sofort nach Nebra abtransportiert (übrigens gleich mit unserem eigenen PKW, den der Staatsanwalt dann noch längere Zeit für eigene Zwecke benutzt hat). Ich selbst mußte der nun folgenden Wohnungsdurchsuchung beiwohnen. Es wurde das Unterste zu Oberst gekehrt... und ohne Verzeichnis abtransportiert.

Am 17. April 1953 wird Selma Stange verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis nach Querfurt gebracht. Ihr Sohn wird später dem UFJ berichten:

Hier ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen worden, für welches die Verantwortlichen (Staatsanwalt Barth, VP-Meister Rühlemann als Haftanstaltsleiter in Querfurt und Dr. Wessel vom Querfurter Krankenhaus als Vertragsarzt – dieser ist aus der Bundesrepublik gekommen) hoffentlich bald zur Verantwortung gezogen werden können. Der Tatbestand ist folgender: Meine 68jährige Mutter, Frau Selma Stange, leidet seit Jahren an Zuckerkrankheit, welche tägliche Insulininjektionen und strenge Diät erfordert. Obgleich ich nun am 19.4.53 früh den Arzt Dr. Wessel darauf hingewiesen habe, dass meine am 17.4.53 in das U-Gefängnis Querfurt eingelieferte alte Mutter wegen ihrer Krankheit sofort Injektionen und Diät erhalten muss und Dr. Wessel es auch versprach, hat meine Mutter während der ganzen Dauer ihrer Haft (17.4. bis 8.5.53) nicht eine einzige Insulininjektion erhalten und auch keine Diätkost. ... Bei der Einlieferung betrug der Zuckergehalt meiner Mutter 0,6% – bei der Entlassung wegen Haftunfähigkeit (dieses konnte Herr Dr. Wessel aber

*erst nach erfolgter Verurteilung feststellen) ca. 8%! Als Schwerstkranke und völlig gebrochen hat meine Mutter die Haftanstalt verlassen.*²⁰⁸

Das Kreisgericht Nebra verurteilt am 5. Mai 1953 Selma Stange zu einem Jahr Zuchthaus, Waldemar Stange zu zwei Jahren Zuchthaus und Rudolf Stange zu zwei Jahren und vier Monaten Zuchthaus wegen gemeinschaftlich begangenen „Wirtschaftsverbrechens“. Rudolf Stange hat dem Gericht widersprochen und bekommt deshalb die höchste Strafe, die wie alle anderen mit Vermögenseinzug verbunden ist. Zusätzlich wird ein Mitarbeiter der Firma verurteilt. Im Urteil heißt es:

Ihre Handlungsweise ist um so verwerflicher, wenn man bedenkt, dass in den ersten schweren Jahren nach Zerschlagung des Hitlerregimes nicht nur die Werktätigen unter schwierigsten materiellen Verhältnissen zu leiden hatten, sondern auch den Kindern unserer Arbeiter und Bauern, sowie der schaffenden Intelligenz nicht genügend Milch zur Verfügung stand. Aber auch nach Verbesserung der materiellen Lebenslage der Werktätigen in unserer Republik ist die Handlungsweise der Angeklagten Stange besonders verwerflich. Jetzt nach Beginn der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus in der DDR die Forderung nach tatkräftiger Unterstützung mit genauer Einhaltung der Wirtschaftspläne erhoben wird. In der augenblicklichen Situation des verschärften Klassenkampfes besonders auf dem Lande ist die Handlungsweise der Angeklagten Stange als Ausdruck des Klassenkampfes zu betrachten. ... Das Gericht sah in dem verbrecherischen Handeln der Angeklagten Stange eine fortgesetzte Handlung, denn sie war darauf gerichtet auch nach dem Zusammenbruch im Jahre 1945 durch Entnahme der angegebenen Milchmengen aus dem normalen Wirtschaftsablauf die wenigen Angehörigen ihres Betriebes gegenüber der Masse der Werktätigen zu bevorzugen.

Als besonders „verbrecherisch“ wird eingeschätzt, dass sich Familie Stange zur „Tarnung“ ihrer Handlungen zwei Ziegen anschaffte, um mehr Milch zu haben. Jegliche soziale Motivation wird ihnen abgesprochen.

Die Familien der Verhafteten müssen die Wohnungen verlassen; die gesamte Einrichtung wird gepfändet, obwohl eigentlich nur die Hälfte beschlagnahmt werden durfte.

Die Frau von Rudolf Stange bekommt nach Vorlage von entsprechenden Belegen und mühevollen Gesprächen einige Teile zurück, die sie nachweislich mit in die Ehe gebracht hat. Die anderen Dinge werden *ordnungsgemäß gepfändet und veräußert*.²⁰⁹ Mit drei Kindern landet sie

208 Schreiben von Waldemar Stange an den UFJ am 2.1.1954.

209 Antwort des Rates des Kreises Nebra, Abt. Abgaben, vom 8.10.1954 an Rudolf Stange (Freyburg), der sich zu diesem Zeitpunkt schon in Kiel befindet, auf dessen Anfrage vom 10.9.1954.

schließlich in einer Zweizimmerwohnung; die Wände des Schlafzimmers sind im Winter gefroren.

Waldemar Stange berichtet später: *Trotzdem also noch 50% der Hausanteile in Familienbesitz geblieben sind, wurde meine Frau gleich nach unserer Verurteilung aus der Wohnung geworfen. Auf Betreiben des Mitgliedes der Kreiswohnungskommission Jügler (Bruder des Kriminalassistenten Jügler) musste meine Frau innerhalb 5 Stunden alles geräumt haben und wurde in eine Notunterkunft eingewiesen. ... Weil meine Frau nun bei der Exmittierung auch einen Wagen mit unseren Hausbrandbriketts hatte laden lassen, wurde sie von dem VP-Angehörigen Feierabend denunziert und wegen Verbrechen am „Volkseigentum“ ebenfalls verhaftet, so dass die Kinder [12 und 19 Jahre – Anm. d. Verf.] hilflos allein standen. Die Haft meiner Frau dauerte 6 Wochen, dann wurde sie nach dem „Neuen Kurs“ ohne Verhandlung entlassen. Obwohl der Haftbefehl gegen meine Frau vom 18.5.53 bereits am 10.6.53 auf Beschluss des Kreisgerichtes Nebra III 372/53 aufgehoben worden ist, wurde sie doch erst am 25.6.53 aus der Haft entlassen. Für diese Freiheitsberaubung können die Verantwortlichen leider nach dem geltenden „Demokratischen Recht der DDR“ nicht belangt werden.*²¹⁰

Selma Stange verlässt einige Zeit nach ihrer Verurteilung die DDR und flieht nach Kiel zu ihrer Tochter.

Der Frau von Rudolf Stange gelingt es einige Male, ihren Mann in Coswig zu besuchen. Auf Anraten des Kreisstaatsanwaltes Barth, der ein alter Jugendfreund von ihr war, besticht sie einen Wachmann. Das Ehepaar kann sich sprechen, wenn er in den Korbweiden arbeitet. Dorthin werden die Häftlinge in Ketten gefesselt durch den Ort geführt.

Im Juni 1953 tritt ein neuer Staatsanwalt in Nebra seinen Dienst an und stellt am 20. Juni einen Antrag auf Haftentlassung der Brüder. Die dafür zuständige Kommission unter der Leitung von Wilhelm Bierbass, nach 1945 einige Jahre Bürgermeister in Freyburg, lehnt ohne Begründung ab. Als Grund ist eine alte Feindschaft zu vermuten. Bierbass stand 1920/21 wegen Landfriedensbruch vor Gericht und Selmas Mann hatte gegen ihn ausgesagt.²¹¹

Mit Beschluss des Kreisgerichtes Nebra vom 4. Dezember 1953 wird für die beiden Brüder die Haftstrafe dann endlich zur Bewährung ausgesetzt. Begründung: *Sie standen immer an erster Stelle mit ihren Leistungen. An solchen Fachleuten fehlt es heute. Bei dieser Sachlage ist zu erwarten, daß*

210 Vgl. Schreiben von Waldemar Stange an den UFJ am 2.1.1954.

211 Vgl. Schreiben von Waldemar Stange an den UFJ am 2.1.1954.

beide Verurteilte die Gelegenheit wahrnehmen, um die Scharte auszuwetzen und in Zukunft ihre ganzen Fähigkeiten dafür einzusetzen, um die Ernährungswirtschaft in der DDR beschleunigt aufzubauen.

87

Entlassungsschein

Herr _____
 Frau Stange Rudolf geb. am 18.11.11 in Gebegee
 Frl. _____
 Name _____ Vorname _____
 wurde am 21. Dezember 1953 aus der Strafvollzugsanstalt Coswig / Anhalt
 nach Freyburg/Unstrut, Bahnhofstr. 11 entlassen.
 Verpflegung wurde ausgehändigt bis einschließlich 21. 12. 53
 Er - Sie ist - nicht - im Besitz eines gültigen Personalausweises.
 Personalausweis Nr. 02368419


 Dienstort _____
 Unterschrift _____

Polizeilich gemeldet am 19. 12. 53
 Amt für Arbeit und Sozialfürsorge gemeldet am _____
 Personalausweis beantragt am _____

Ab 22.12.53 Lebensmittell

 22 Dez 1953

SV 29 VP 00 11.51

Entlassungsschein

Am 21. Dezember wird Rudolf Stange entlassen. Sein Sohn Gunther singt an diesem Tag mit dem Schulchor vor Leunaarbeitern. Als er mit einem „bunten Teller“ nach Hause kommt, ist sein Vater da. Rudolf Stange bekommt eine Anstellung im Institut für Milchwirtschaft in Jena als InstruktEUR. Als er eine Kollegin in deren Urlaub vertritt, kommt ihm ein Schreiben zur Kenntnis, in dem seine erneute Verhaftung anvisiert wird – er hat sich schon seit dem 2. Januar intensiv aber vergeblich um die Kassation des Urteils und beim Rat des Kreises Nebra um die Rückgabe des Vermögens, u. a. der gepfändeten Wohnungseinrichtung, bemüht. Nun zögert er nicht lange, stellt sich selbst eine „Personalbescheinigung“ aus und flieht am 21. September 1954²¹² mit dem Dienstmotorrad, einer EMW, in den Westen zu seiner Schwester nach Kiel.

²¹² Vgl. Erlaubnis zum ständigen Aufenthalt im Bundesgebiet vom 29.9.1954, ausgestellt im Notaufnahmelager Uelzen.

Er bemüht sich in der Bundesrepublik sofort um die Aufhebung des gegen ihn verhängten Urteils, welche ihm schon am 21. Oktober 1954 durch die Generalstaatsanwaltschaft bescheinigt wird.²¹³

Nach einer Zeit der Arbeitslosigkeit eröffnet er 1955 in Hamburg ein Milch- und Feinkostgeschäft, mit dem er jedoch 1966 in Konkurs geht. Ein Jahr später stirbt er (1967), seine Frau zahlt Schulden bis an ihr Lebensende ab. Sie war ihrem Mann mit dem Sohn und der jüngsten Tochter über West-Berlin nachgefolgt, nachdem die ältere Tochter schon zum Vater geflohen war, da sie in der DDR nicht studieren durfte.

Waldemar Stange geht auch nach Hamburg und eröffnet ein Milchgeschäft, mit dem er aber kein Glück hat. Selma Stange stirbt 1961. Einer ihrer Söhne blieb in der DDR.

Eine Wiedergutmachung der entstandenen Schäden hat trotz aller Bemühungen bisher nicht stattgefunden.

Karl Zschörnig (geb. 1932)

Haft in Coswig: 18. Juni bis 28. November 1953

Karl Zschörnig ist Angehöriger der Kasernierten Volkspolizei und bittet darum, nach seiner Ausbildung in den regulären Polizeidienst versetzt zu werden. Infolge der Diskussionen darum wird er verhaftet und zu einer fünfjährigen Haftstrafe verurteilt, die später in drei Jahre „Festung“ umgewandelt wird.

Karl Zschörnig schreibt 2005 Erinnerungen an diese Zeit auf²¹⁴:

Ich wurde am 22. April 1932 in Mannheim geboren. Ich bin gebürtiger Sachse und stamme aus einer alten SPD-Familie. Im Jahre 1932 sind meine Eltern vor den Nazis geflüchtet und ins Rheinland verzogen. 1935 kehrten wir zurück nach Sachsen und wohnten in einem 400 Seelendorf im Kreis Großenhain. Als im Jahre 1942 mein Vater dabei erwischt wurde, wie er den russischen Kriegsgefangenen Brot gab, wurde er vor die Wahl gestellt entweder ins KZ oder an die Ostfront zu gehen. An der Ostfront kam mein Vater dann zum Strafbatallion 1000. 1946 kam er aus Russland zurück und verstarb nach einem halben Jahr im Alter von 39 Jahren an den Folgen des Krieges. Während der Pflege meines Vaters, an der auch ich maßgeblich beteiligt war, wurde ich durch ihn eingehend über den Kommunismus aufgeklärt.

213 Verfügung der Generalstaatsanwaltschaft vom 21.10.1954 über die Unzulässigkeit der gegen Selma, Rudolf und Waldemar Stange verhängten Strafen.

214 Bericht von Oktober 2005 an Edda Ahrberg.

Am 01.10.1946 begann ich meine Lehre als Bäcker und Konditor in Riesa. Nach dem Ende meiner Lehrzeit am 30. September 1949 durfte mein Lehrherr mich nicht weiterbeschäftigen, da der Zonenwirtschaftsrat den Beruf des Bäckers zum Frauenberuf erklärt hatte.

Alternativ wurde mir vom Arbeitsamt eine Stelle im Uranbergbau oder eine Ausbildung zum Polizisten angeboten. Ich entschied mich zu der Ausbildung als Polizist, worauf ich einen Ausbildungsvertrag über die Dauer von einem Jahr in der Kaserne Großenhain unterschrieb.

Im August 1950 wurde ich vorzeitig zum Wachmeister befördert. Am Ende meiner Ausbildung wurde ich zum Hauptwachmeister befördert.

Ich wurde als Einzelkämpfer im Nahkampf und als Panzerfahrer ausgebildet, also reguläres Militär (KVP). Nach meiner Beförderung und nach Ablauf meines Vertrages bat ich um Entlassung und Überstellung an das Innenministerium in Dresden um dem Polizeidienst zugeordnet zu werden. Es gab nur ausweichende und abwehrende Auskünfte. Ich wurde mit meiner Einheit, dem Ernst-Thälmann-Battalion, nach Leipzig verlegt. In Leipzig-Gohlis, in der Heerstrasse 2, stellte ich erneut den Antrag auf Überstellung in den Polizeidienst. Dieser wurde mit dem Hinweis abgelehnt, ich sei Geheimnisträger und könne deshalb nicht entlassen werden. Nach dem Einwand, mein Vertrag sei von Präsident Wilhelm Pieck unterschrieben worden und ich mich deshalb an diesen wenden würde, wurde ich am 2. Februar 1951 in Leipzig verhaftet, und nach einer Woche von 2 StaSi-Männern und einem Fahrer nach Dresden-Neustadt, Proschhübelstrasse, ins StaSi-Gefängnis eingeliefert.

Der Einlieferung in das Gefängnis folgte eine unmenschliche Folter und Auspeitschung. Ich wurde in eine Wandschrankszelle mit einer Stufe nach unten gesperrt, die mit Wasser gefüllt war. Durch die Tiefe der Zelle von 40 cm konnte man nicht umfallen, denn sobald die Knie

Einknickten, kauerte man mit dem Rücken an der Wand. Tags darauf war das Wasser in dem ich stand, gefroren und um meine Knöchel war Eis. Unter den Erfrierungen leide ich noch heute.

Weil keine Zeit feststellbar war, wusste man nie, welcher Tag oder welche Stunde es war. Nachts wurde die Eisenpritsche aufgeschlossen, am Tage hochgeklappt und verschlossen. Am Tage musste man stehen oder sitzen. Schlafen war verboten.

Verhöre in brutalster Weise tags und nachts. Später habe ich von anderen Häftlingen erfahren, dass man das Stasi-Gefängnis das „Haus des Schweigens“ nannte. Dreimal wurde ich morgens mit anderen Häftlingen zum Erschießen an die Wand gestellt, aber sie schossen zur Einschüchterung nur über unsere Köpfe hinweg. Die Aufschreie und Ermunterungen anderer an der Wand stehender, sie mögen doch endlich die Qual beenden und alle erschießen, machten mich noch ängstlicher.

Nach ca. 6 Wochen wurde ich in U-Haft nach Dresden, Schießgasse, verlegt. Von dort ging es später mit dem Grotewohl-Express, mit Übernachtung in Chemnitz im russischen Gefängnis nach Leipzig in U-Haft, Bernhard-Göring-Straße. Wieder folgten brutale Folterungen und Vernehmungen durch den Staatsanwalt. Dann die Verlegung zur U-Haft II in Leipzig. Unterbringung mit Schwerstkriminellen und erster Ausbruchversuch mit anschließender schwerster Folter. Verurteilt in Leipzig zu 5 Jahren Zuchthaus wegen Verstoß gegen Artikel 6 der Verfassung der DDR in Verbindung mit Kontrollratsdirektive 38 Art. III A III sowie den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Also Verlust des aktiven und passiven Wahlrechts, Wohnraumbeschränkung, Berufsbeschränkung und Bildungsbeschränkung. Durch meinen Rechtsanwalt beantragt, wurde die Strafe, in meiner Abwesenheit, in 3 Jahre Festung umgewandelt. Auf Betreiben meines Anwaltes musste ich mich von meiner Verlobten und meinem Sohn schriftlich lossagen, um sie vor späterer Willkür zu schützen. Meine spätere Ehefrau hat mir erklärt, wie schwer das alles für sie war. Von Leipzig aus wurde ich nach Waldheim gebracht. Die dortigen Erlebnisse, mit Verurteilungen ehemaliger Buchenwalder und Sachsenhausener durch Hilde Benjamin und Staatsanwalt Melzheimer zu dreimal 25 Jahren, lieben mich und weitere wieder einen Ausbruch wagen. Nach dem Ausheilen aller erlittenen Wunden und Brüche kam ich zu dem Schluss, ich muss lebend wieder nach Hause kommen. Nach einer Gefängnisrevolte wegen Durst und in Anlehnung an die Ermordung von 27 Männern und einer Frau im Frauenbau musste komplexerweise angetreten werden und alle Offiziere der ehemaligen Wehrmacht, alle Intelligenzler und ehemaligen Polizisten und NVA-Angehörige wurden ausgesondert und auf andere Zuchthäuser verteilt. So kam ich mit 40 Mann, alle miteinander an Handschellen gefesselt, sowie Wachmannschaft mit Hunden nach Torgau. In Torgau musste man von dem Lkw herunterspringen. Ein alter Mann konnte dies nicht, so half ich ihm. Daraufhin wurde ich vom Zuchthauskommandanten zu 14 Tagen Bunker verdonnert. Jeder dritte Tag sollte ein guter Tag sein, so hieß es. Abends eine Decke, einen 1/2 Liter warmen Kaffee und etwas Brot. An den anderen Tagen gab es nichts. Bei der Einweisung in eine reguläre Zelle wurde ich gefragt, wie lange meine Haftzeit noch sei, etwa 18 Monate, sagte ich. Unter 24 Monaten bekäme kein Häftling einen Löffel. So musste ich Wochen warten, bis einer meiner Zellengenossen mir seinen Löffel geliehen hat. Zur Arbeit war ich beim Transport Totenkommando eingesetzt; das hieß, jeden Tag die Toten in einen Keller tragen. Einmal die Woche wurden sie dann mit Traktor und Anhänger nach Halle zum Krematorium gekarrt. Im TBC-Trakt besorgte ich mir dann einen Löffel von einem Toten. Nächstes Kommando „Sportplatzbau“. Nach zwei Tagen Erde abtragen und be-

gradigen nur noch Skelette. Nach meiner lautstarken Feststellung, das sei ein Massengrab, wurde ich sofort isoliert. Daraufhin wurde ich dem Zuchthauschef vorgeführt, dieser ließ meine Akten kommen und stellte fest, dass ich zur "Festung" verurteilt sei und weil ich das verschwiegen hatte, würde ich nach Moskau in die Butyrka-Festung gebracht. So kam ich in die Auslieferungshaft nach Halle ins Gefängnis "Roter Ochse". Dort in Zwangsarbeit Uniformhosen nähen im Akkord. Im März 1953 waren wir ca. 200 Mann in Auslieferung und warteten auf den Transport. Von unserem Zellenbau durch eine hohe Mauer getrennt, befand sich ein russisches Offiziersgefängnis durch diese erfuhren wir, dass Stalin tot sei. Drei Tage später sahen wir Halbmastbeflaggung in der Stadt und uns wurde offiziell mitgeteilt, dass Stalin tot sei.

Ich bin vor Aufregung ohnmächtig zusammengebrochen als uns gesagt wurde, dass wir nicht nach Moskau kämen. Etwa eine Woche später wurde mir angeboten im Bergbau zu arbeiten. Für 2 Tage unter Tage wurden 3 Tage Haft angerechnet. So kam ich nach Volkstedt ins Haftarbeitslager. Dort mussten wir als Gefangene die schwersten, körperlichen Arbeiten verrichten, direkt vor Ort.

Dann kam der 17. Juni. Seit Mitte März 1953 war ich im Arbeitslager Volkstedt. Eingesetzt war ich im Ernst-Thälmann-Schacht, vorher Vitzum-Schacht. Wir mussten als Bergfremde ohne Einweisung oder Ausbildung sofort im Streb bei einer Firsthöhe von 0,30 - 0,45 m schwerste Sklavenarbeit verrichten.

Am 17. Juni 1953 war ich zur Frühschicht eingeteilt. Wir wussten sofort, etwas stimmt nicht. Normalerweise führen 2 Bewacher mit Hunden mit uns hinunter. Am 17. Juni waren es 4 Hundeführer. Wir wurden in die Gefangenenkaue gesperrt und haben uns umgezogen, es wurde jedoch keine Seilfahrt vollzogen. Wir warten etwa bis gegen 10 Uhr, dann hörten wir sehr laute Stimmen vom Vorplatz, anschließendes riesiges Geschrei, dann sollte unsere Kaue aufgebrochen werden und wir sollten befreit werden. Die 4 Hundeführer konnten dies allerdings verhindern. Gegen 10.30 Uhr wurden wir anstatt zur Seilfahrt hinter dem Direktionsgebäude vorbei zu einem NVA-Bus gebracht und ins Lager Volkstedt gefahren. Als wir alle in unseren Baracken waren, wurde durch die Lautsprecheranlage verkündet: „alle zurück von den Fenstern, wer aus dem Fenster sieht wird erschossen"! Auf der Lagerstrasse zog russisches Militär auf. Schwer bewaffnet mit 6-Rad-Panzerwagen, Lkws mit Luftabwehr- und schweren Maschinengewehren.

Als der Strom abgestellt wurde, riefen alle „wir wollen Licht!" Die Russen belegten daraufhin die gesamte Lagerstrasse und entlang des Stacheldrahtzaunes alles mit Dauerfeuer. Es gab nichts zu essen am 17. Juni.

Die Nacht war ruhig; wir konnten nur schwere Kettenfahrzeuge vom Geräusch her auf der Staatsstrasse vernehmen. Alle glaubten, die Amerikaner befreien uns. Am 18. Juni wurde nach dem bewährten Muster verfahren.

Alle auf der Lagerstrasse antreten. Alle ehemaligen Offiziere, ehemalige SED-Genossen, NVAler, Polizisten und Intelligenzler links raus. Es standen 6 Lkw bereit, die selektierten Häftlinge mussten aufsteigen und wurden mit Handschellen gegenseitig zusammen geschlossen. Ab ging die Fahrt und so landete ich in Coswig-Anhalt. Wo die anderen Lkws hinfuhren, ist mir nicht bekannt. Am 18. Juni abends gab es zum ersten Mal etwas zu trinken und etwas Brot.

Nach einer endlosen Warterei wurde ich in den Saalbau eingewiesen. In diesem waren 31 Häftlinge. Es war alles überbelegt und sehr eng. Von mir erfuhren die Mitinsassen, was ich am 17. Juni erlebt hatte und dass meine Strafe am 23. November ablaufe. Sie meinten nur, das sei ein Freitag und Freitags würde niemand entlassen. Auf meine Nachfrage hin sagten sie mir, da kommt der Traktor mit dem geschlossenen Anhänger. Im Laufe der Zeit und bei der Aufnahme von Gesprächsfetzen wusste ich, das muss etwas ganz besonderes sein. Zur Arbeit blieben wir auf der Zelle, wir mussten Fußmatten flechten. Da man als Häftling keinen Kalender hat, weiß man auch nicht, wann Freitag ist. So kam der erste Freitag. Meine Mithäftlinge sprachen nicht mehr und lauschten nur den Geräuschen. Meine Unkenntnis über die Vorgänge machte mir Angst. Man konnte nur den Traktor sehen, „Marke Pionier“, und den geschlossenen Anhänger; außerdem waren Stimmen zu vernehmen und Kommandos. Nach etwa einer Stunde wurde der Traktor wieder angeworfen und das Gefährt fuhr rückwärts vom Hof. Ich habe dann versucht hinter das Geheimnis zu kommen. Nach längerem Befragen verschiedener Mithäftlinge löste sich dann das Ereignis. In dem geschlossenen Anhänger befand sich das Fallbeil. Meine Mitinsassen waren so ängstlich an diesen Tagen, wie sonst nie. So kam ich nach vorsichtigem Fragen hinter die Gründe ihrer Angst. Alle 31 Häftlinge waren wegen Mordes verurteilt.

Die Ängste wurden immer größer. Zweimal wurden je 2 Häftlinge an solchen Tagen aus unserer Zelle geholt, die wir dann nie wieder sahen.

Wann Entlassungen anstanden, wusste man genau. Man wurde vor dem Frühstück aus der Zelle geholt und zum Friseur gebracht. Anschließend war Duschen angesagt und in Folge dessen gab es Frühstück danach zur Kleiderkammer. So war der Ablauf.

An meinem Entlassungstag passierte nichts. Ich war einem Nervenzusammenbruch nahe. Die Mithäftlinge haben sich sehr um mich bemüht, vor allem nachts wenn ich geschrien habe und gebrüllt „ich

will hier raus, meine Haftzeit ist abgelaufen!" Fünf Tage nach meinem errechneten Termin wurde ich entlassen. Nach der Kleiderkammer, wo die Häftlingskleider abgegeben wurden bekam man die Kleider, in denen man verhaftet worden war. Da ich in Uniform verhaftet wurde, bekam ich diese auch wieder zurück. Dazu gab man mir eine Bahnfahrkarte Coswig-Großenhain, dann noch den erarbeiteten Lohn und schon stand ich vor dem Zuchthaus. Nach 10-20 Schritten war ich so erschöpft – geistig wie auch körperlich – dass ich mich hinsetzen musste. Es war der 28. November und es war sehr kalt und windig, ich fror erbärmlich in meiner schlottrigen Uniform und mit Glatze. Niemand sagte mir, wo es zum Bahnhof ging. Tür zu und nun sieh zu, wie es weitergeht! Von meinem Sklavenlohn für 34 Monate habe ich mir einen Hut gekauft, eine Flasche Brause und ein Paket Kekse. Dann war mein Geld alle! So fuhr ich gen Großenhain in der wagen Hoffnung, dass mich meine Verlobte aufnehmen würde. Diese Angst begleitete mich die ganze Fahrt.

2004 bin ich mit dem Auto in der Nähe von Coswig vorbeigekommen. Mein Mut reichte jedoch nicht aus, dorthin zu fahren und anzuhalten um zu sehen, wie das Gebäude aussieht.

Das ist alles, was ich über Coswig weiß. In meinen Erinnerungen spuken noch heute die Ereignisse und Szenen, die mich oft nicht einschlafen lassen. Fazit des ganzen Anlasses: Ich finde es traurig und beschämend, dass ich heute noch für meinen Arbeitslohn von 34 Monaten bei der Bundesregierung betteln muss. Die heutige Rolle der Justizbehörden ist noch schlimmer!!

Am 1. September 1954 flieht Karl Zschörnig in die Bundesrepublik.

Hans Peeck (geb. 1935)

Haft in Coswig: 27.4. bis 5. Juni 1956

Hans Peeck wächst in Weißenfels auf, schließt dort im Juli 1950 die Grundschule ab.²¹⁵ Er liebt Pferde über alles und möchte Jockey werden, doch er bekommt weder eine Lehrstelle in Halle oder Leipzig noch in Berlin. Also erlernt er notgedrungen einen anderen Beruf als Polsterer und Tapezierer. Er ist begabt und soll nach Abschluss der Lehre im August 1953 mit einem Stipendium zur Arbeiter- und Bauern-Fakultät nach Leipzig delegiert werden. Am 17. Juni schließt er sich den Demonstranten

²¹⁵ Die folgenden Angaben und Unterlagen verdanken die Verfasser Hans Peeck. Sie beruhen auf Gesprächen, die Edda Ahrberg 2005 und 2006 mit Hans Peeck führte.



Urkunde

Beim 1.Reit-Spring-und Fahr-Werbeturnier

am 4.Oktober 1953 in Teuchern

belegte in der Reiterprüfung für Jugendliche

der Sportfreund: *Hans Beede*

den 1.Platz

Sektion Pferdesport

Donat

BSG „Traktor“
Weißenfels

Herzig

Urkunde für den ersten Platz am 4.10.1953



Hans Peeck auf dem Pferd in der Mitte, der Gönner des Reitsports Heinz Hildebrand als 2. von links stehend



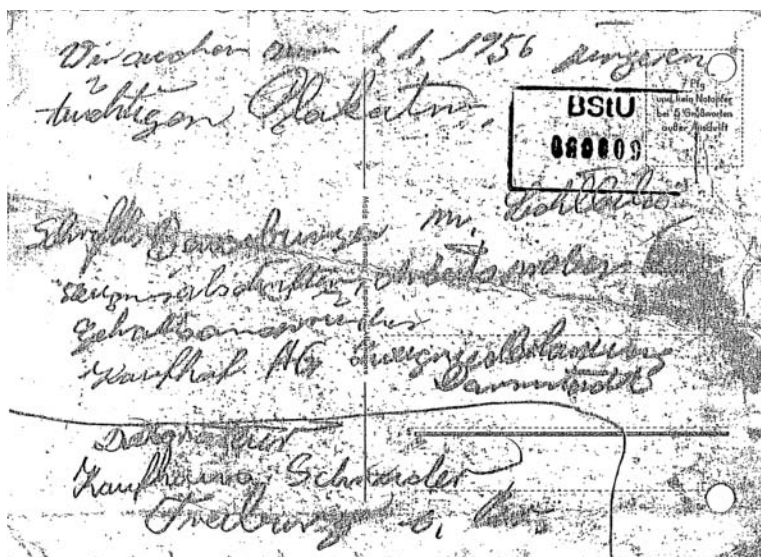
Von links: Hans Peeck, Heinz Hildebrand, die Tochter seines Reitlehrers Albert Jäger

an und erlebt die aufgebrachte Menschenmenge vor der Polizei in Weißenfels: *Das war, als wenn Sie auf einmal Luft kriegen!* Die Hoffnung auf Veränderung ist jedoch schnell zerschlagen. Sowjetische Soldaten mit aufgefplantem Bajonett stehen ihm bald Auge in Auge gegenüber. Abends ist es *totenstill*.²¹⁶ Das wird er nie vergessen.

Am 28. September 1952 hatte er beim DDR-offenen Reit-, Spring- und Fahrturnier in der Reiterprüfung für Jugendliche den 2. Platz belegt, der zur Teilnahme an den ersten DDR-Meisterschaften berechtigt. Er hofft, danach Tierzucht studieren zu können, aber seine Pläne werden von „linientreuen“ Lehrern an der Schule und Funktionären der Gesellschaft für Sport und Technik (GST) verhindert.

1955 wird er endgültig aus der Reiterstaffel ausgeschlossen. Im gleichen Jahr bleibt er nach seinem offiziell genehmigten Sommerurlaub (Begründung: Besuch des dort lebenden Vaters) in Westdeutschland und findet bald Arbeit in seinem Beruf. Doch das Weihnachtsfest will er bei der Mutter in Weißenfels verbringen. Er reist als Bundesbürger, der er nun ist, ein. Am 1. Weihnachtsfeiertag geht er zum Tanz in den „Hermannsgarten“ und trifft dort einen ehemaligen Arbeitskollegen. Auf Nachfrage schildert er seine inzwischen gute Situation und die sich in der Bundesrepublik bietenden Möglichkeiten. Zwei, auch für Peeck hoch interessante Arbeitsangebote führt er als Zeitungsausschnitte bei sich. Die Ungläubigkeit des Kollegen Stauch veranlasst ihn, diese zu zeigen. Stauch fragt Peeck, ob er sich diese Ausschreibungen als Dekorateur und Polsterer abschreiben darf. Da kein Papier und Bleistift vorhanden, gibt Peeck ihm eine unbeschriebene Weihnachtskarte. Den Bleistift finden sie in der Telefonzelle der Gaststätte „Hermannsgarten“.

216 Telefongespräch von Hans Peeck mit Frau Dr. Wilms (Büro der Bundestagspräsidentin) am 22.6.1990.



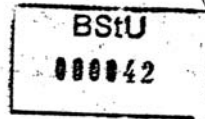
Die Bleistiftnotizen als Beweismittel vor Gericht²¹⁷

Noch vor Silvester will Hans Peek zurück nach Kelkheim/Taunus. Er meldet sich am 29. Dezember bei der Polizei ab und wird gleich dort behalten; in Handschellen findet er sich in einer Zelle wieder. Wie ein Schwerverbrecher bewacht, wird er vom Bahnhof Weißenfels kurze Zeit später nach Halle (Saale) in das Gefängnis in der Steinstraße transportiert.

Das Ermittlungsverfahren wird am 31. Januar 1956 mangels Beweisen eingestellt und Hans Peek am 2. Februar entlassen. Ein Staatsanwalt stellt ihm die Rückfahrt in den Westen direkt oder über Weißenfels frei. Hans Peek entscheidet sich für letzteres, möchte er sich doch noch von seiner Mutter verabschieden.

217 BStU, MfS, BV Halle, Ast. 1637/56, Bd. 1, Bl. 9.

DER GENERALSTAATSANWALT
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK



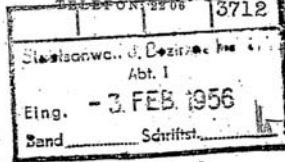
Az. Ib 54/56

(In jedem Schreiben anzugeben)

An den
Staatsanwalt
des Bezirks
Abteilung I

H a l l e / S.

BERLIN N4, DEN 31.1.1956
SCHARNHORSTSTRASSE 84
TELEFON 2506 13712 vt/Kr.



Betr.: Strafsache gegen Hans P e e c k,

Bezug: Rapportbericht vom 1.1.1956,

Aus dem Rapportbericht vom 1.1.1956 ist ersichtlich,
dass Peock sich in Weissenfels zu Besuch aufhält.

P. kommt aus Westdeutschland und hat versucht, einen
Bürger der Deutschen Demokratischen Republik zur Repu-
blikflucht zu verleiten. P. soll sich in Haft befinden.

Nach Abschluss der Ermittlungen bitte ich um Übersendung
einer Anklage.

Im Auftrage:



Staatsanwalt

Anfrage der Generalstaatsanwaltschaft vom 31. Januar 1956²¹⁸

218 Schreiben der Generalstaatsanwaltschaft der DDR an den Bezirksstaatsanwalt Halle vom 31.1.1956, in: BStU, MfS, BV Halle, Ast. 1637/56, Bd. 1, Bl. 42.

Inzwischen hat die Generalstaatsanwaltschaft der DDR, informiert über diesen Fall schon seit dem 1. Januar da er einen Bundesbürger betrifft, mit Schreiben vom 31. Januar nachgefragt, wie es um das Verfahren steht. Dieser Brief geht am 3. Februar in Halle ein. Nun ist Eile geboten, denn es droht vielleicht Ärger; die Staatsanwälte werden aktiv: Hans Peeck wird erneut am 4. Februar 1956 verhaftet. Staatsanwalt Steffens beim Bezirksgericht in Halle beschließt in Absprache mit Bezirksstaatsanwalt Heilborn den Fortgang des Verfahrens.²¹⁹ Heilborn stellt eine Strafe von 2-3 Jahren in Aussicht.²²⁰

Am 6. März wird Hans Peeck als Jugendlicher vom 1. Strafsenat des Bezirksgerichtes Halle (Saale) zu einer Strafe von eineinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Begründung lautet:

Beeinflussungen dieser Art gehören zu den Formen, durch welche Bürger der Deutschen Demokratischen Republik veranlasst werden, die DDR zu verlassen und sich nach Westdeutschland in das Lager der Kriegstreiber zu begeben. Das Verhalten des Angeklagten gehört zu den Methoden, mit welchen durch [richtig: auch] die Agenten der Kriegstreiber die Abwerbung durchführen. Mit der Abwerbung von Arbeitskräften aus der Deutschen Demokratischen Republik verfolgen sie das Ziel, unsere Volkswirtschaft zu schädigen, denn die Erfüllung unserer Volkswirtschaftspläne ist abhängig vom Vorhandensein einer ausreichenden Anzahl von Arbeitskräften. Sie wollen auch erreichen, dass sie selbst für ihre Rüstungsindustrie ausreichend Arbeitskräfte zur Verfügung haben und wollen, insbesondere jüngere republikflüchtige Bürger in ihre Söldnerarmee hineinpressen. In diesem Zusammenhang ist auch zu beachten, dass mit dem Entzug von Menschen nicht nur ein Schaden für unsere Volkswirtschaft hervorgerufen, sondern auch unsere Verteidigungskraft geschwächt wird.

Aus all dem geht hervor, dass sich der Angeklagte durch sein Verhalten zum Handlanger der Kriegstreiber gemacht hat, indem er sich in einer bestimmten Weise so verhielt wie ein beauftragter Agent. ...

Die Abwerbung ist rechtlich zu würdigen als Boykotttätze im Sinne des Art. 6 d. Verf. d. DDR, denn eine solche Handlung richtet sich nicht nur gegen die Grundlagen unserer demokratischen Ordnung, sondern unterstützt auch unmittelbar die verbrecherischen Pläne der Kriegstreiber, welche sich das Ziel setzen, einen neuen Aggressionskrieg zu entfachen und in dessen Ergebnis auch unsere Deutsche Demokratische Republik in ihrem Bestande zu vernichten. ... Dass tatsächliche Folgen dieser Art aus der Handlung des

219 Vermerk von Staatsanwalt Steffens vom 11.2.1956, in: BStU, MfS, BV Halle, Ast. 1637/56, Bd. 1, Bl. 66.

220 Schreiben des Bezirksstaatsanwaltes an die Oberste Staatsanwaltschaft der DDR, Abt. I b vom 16.2.1956, in: BStU, MfS, BV Halle, Ast. 1637/56, Bd. 2, Bl. 43.

Angeklagten nicht eingetreten sind, kann nicht dem Angeklagten zu Gute gerechnet werden, sondern ist dem besonnenen Verhalten des Zeugen St. zuzuschreiben.

Es schließen sich Haftstationen u. a. in Coswig/Anhalt, Volkstedt, Eisleben und in einem Arbeitslager des Gefängnisses Naumburg an.

Das Zuchthaus Coswig erscheint ihm bei seiner Einlieferung am 27. April 1956 wie ein Bunker. Eine der Treppen führt tief nach unten. Das Schloss liegt oberhalb der Elbaue, man kann auf Gärten sehen, aus denen wohl manches die Gefängniskost aufbessern sollte.

Die Duschanlage lässt später Gedanken an Auschwitz aufkommen, das ist bedrückend.

Das Essen ist schlecht, aber das lässt sich besser ertragen als die fehlende Freiheit. Der tägliche Umgang mit Schwerverbrechern ist belastend. Hinrichtungen sind zu seiner Zeit kein Thema mehr unter den Gefangenen.

Der Leiter des Gefängnisses ist ein „Schwein“.

Einer seiner Mithäftlinge ist ein älterer Mann mit Krücke, nach eigenen Angaben Deutsch-Amerikaner und ein Freund von Franz Josef Strauß: *Der holt mich raus und ich hole dann dich raus!* – so seine Worte. Doch Hans Peeck wird von einem anderen Häftling gewarnt, sich diesem zu sehr anzuvertrauen: Coswig sei bekannt dafür, Häftlinge mit einem „Nachschlag“ zu versorgen, d. h. Verurteilung wegen irgendeines Vergehens während der Haft zu einer Zusatzstrafe. Davor hat Hans Peeck Angst und ist lieber vorsichtig.

Coswig (Anh.)
Strafanstalt

Besuchserlaubnisschein

Herr - Frau - Frä. *Johanna Peeck* erhält die Erlaubnis,
den Straf - Untersuchungs - Gefangenen *Hans Peeck*.
am *Samstag*, den *10. Juni* 19*56*, um *8-12* Uhr
zu sprechen.

Die Sprechzeit beträgt *30* Minuten.

Auf die Einhaltung der Besuchserlaubnis-Bestimmungen (siehe Rückseite) wird besonders hingewiesen.
Coswig (Anh.)
den *15.5.* 19*56*.

Ch
Leiter der Strafanstalt

1. Besuch abgehalten:
2. Auf der Karteikarte B eingetragen.

Bemerkung: Dieser Besuchserlaubnisschein geht nach Erledigung zur Gefangenenakte.

IS 20 VP 00 1.51

Besuchserlaubnis-Bestimmungen

1. Dieser Erlaubnisschein gilt als Nachweis für die Besuchserlaubnis und ist beim Betreten der Anstalt auf der Wache vorzulegen.
2. Jeder Mißbrauch des Besuches zu unerlaubtem Verkehr (Zustecken von Briefen und anderen Gegenständen) hat die sofortige Entfernung des Besuchers zur Folge. Es kann dem Gefangenen für die Zukunft die Erlaubnis, Besuche zu empfangen, entzogen werden.
3. Kindern bis zu 14 Jahren und Jugendlichen bis 16 Jahren ist der Zutritt zur Strafanstalt untersagt.
4. Die Sprechzeit beträgt in der Regel 30 Minuten.
5. Der auf dem Besuchserlaubnisschein festgesetzte Besuchstag ist einzuhalten. An anderen Tagen hat diese Besuchserlaubnis keine Gültigkeit. Sollten trotzdem Besucher vorsprechen, erhalten sie keinen Zutritt.
6. Das Mitbringen von Lebens- und Genußmitteln, Zeitungen, Zeitschriften, Büchern usw. bedarf einer besonderen Genehmigung des Strafanstaltsleiters. Ist eine solche Genehmigung erteilt, so müssen mitgebrachte Lebensmittel usw. in einem Paket verpackt, mit der Anschrift des Gefangenen und Inhaltsverzeichnis versehen, auf der Wache abgegeben werden.
Die Abgabe von Lebensmittel-Bedarfsartikeln in Glasbehältern, Konservendbüchsen, schwer kontrollierbaren Behältnissen ist untersagt. Das Einbringen von Zigarren und Zigaretten und Alkohol ist nicht gestattet.
7. Der Besuchserlaubnisschein ist **nur für die auf ihm vermerkte Person gültig** und nicht übertragbar.

Erlaubnisschein für einen Besuch der Mutter am 10. Juni 1956

Am Besuchstermin ist Hans Peeck nicht mehr in Coswig. Er wird am 5. Juni mit der „Grünen Minna“, einem Gefangenenauto mit kleinen eingebauten Zellen, nach Volkstedt transportiert. In der Kupferschmelze „Hüttenwerk Volkstedt“ bricht er bei der Zwangsarbeit (Herstellung von Pflastersteinen)

nach kurzer Zeit zusammen: *Von vorne die Hitze, von hinten die Kälte, gesundheitsschädliche Dämpfe beim Aufmachen der Pflastersteingruben – und über ihm die Fluglinie Frankfurt/Main – Berlin West! – Er kommt ins Lazarett, das sich in einer Baracke befindet.*

Daran schließt sich die Haft in einem Außenlager des Naumburger Gefängnisses bei Allstedt an:

Zwei Erinnerungen sind hier zurückgeblieben [vom Bau des Flugplatzes – Anm. d. Verf.]:

Frühmorgens zogen wir „Moorsoldaten“ in Reih und Glied ins Feld, natürlich mit Gesang, nicht selten spanische Kampflieder. Einer war mal wieder abgehauen. Wir mussten zurück ins Lager. Gegen 14 Uhr hatten sie ihn mit Hunden gestellt. Vor versammelter Mannschaft sahen wir, wie sie ihn zugerichtet hatten.

Wir hatten dort deutsche und russische Bewacher. Nicht selten waren sie selbst strafversetzt. Das Essen wurde schlechter. Wir brachten die Leistung nicht. Ich sprach damals noch russisch. Die russischen Bewacher waren so jung wie ich. Es war nicht schwer, ihnen klarzumachen, dass solch eine körperliche Arbeit ein anderes Essen verlangt und wir Hunger hätten. Schon am nächsten Tag veränderte sich die Lage. Das Essen wurde deutlich besser. An den Wochenenden durften wir sogar Theater spielen.²²¹

Am 20. August 1956 setzt das Bezirksgericht Halle (Saale) die Strafe mit Wirkung vom 20. September 1956 zur Bewährung aus.

Nach der Haftentlassung aus dem Gefängnis Naumburg bekommt Hans Peeck in Weißenfels kein Bein mehr auf die Erde. Er geht zum Braunkohlenkombinat „Schwarze Pumpe“ bei Cottbus, wird dort nicht zuletzt wegen seiner „Erfahrungen beim Flugplatzbau“ jüngster Brigadier und bricht mit seinen Leuten alle Normen. Es kommt wegen der damit verbundenen Lohnforderungen zu Auseinandersetzungen mit der SED-Partei- und der Betriebsleitung. Gemeinsam mit anderen bekommt er im Ergebnis der Diskussionen die Entlassungspapiere. Da die meisten aus Rathenow waren, fahren sie alle über Berlin zurück:

Nach Verlassen der letzten S-Bahn-Station Ost und kurz vor der Westberliner Station gab ich fast meinen gesamten Lohn meinen verdutzten Kollegen mit der Bitte zur Weiterleitung an meine Mutter (was sie auch getan haben).

Ich stieg auf Westberliner Gebiet aus. Ich war ein zweites Mal frei.²²²

221 Brief von Hans Peeck an Frau Dr. Wilms (Büro der Bundestagspräsidentin) am 22.6.1990.

222 Ebenda.

Der Leiter
des Notaufnahmeverfahrens in Uelzen
- Jugendlager Sandbostel -

Aktenzeichen II A c 4 / 509 200
(Bei Rückantwort angeben)

- 3. DEZ. 1956

Aufnahmeausschuß
Aufenthaltsurlaubnis

(23) Sandbostel, den 9. November 19 56
über Bremerörde
Postfach 100
Hdö.

Der Leiter des Notaufnahmeverfahrens in Uelzen
Sandbostel über Bremerörde - Postfach 100

Einschreiben!

Herrn-Frau-Fräulein

1. von 4 Ausfertigungen

Herr P e e c k , Hans

~~Frau~~
~~Frau~~

(Name - Vorname)

geb. am 16.11.1935 in Halle/Sachs. Anhalt Staatsangeh.: deutsch

letzter Wohn- oder Aufenthaltsort: Rathenow, Krs. Rathenow

Beruf: Polsterer und Tapezierer Familienstand: ledig

ausgewiesen durch: Pers. Ausw. 1127279 VFKA Weißenfels

Empf. am
O. d. M.
Eing. 28. Dez. 1956
Erl.

Reg. 296/56 B

~~Der Empfänger ist zur Aufnahme in das Bundesgebiet zugelassen.~~
~~Der Empfänger ist zur Aufnahme in das Bundesgebiet zugelassen.~~

erhält gemäß § 1 des Gesetzes über die Notaufnahme von Deutschen in das Bundesgebiet vom 22. August 1950 (Bundesgesetzblatt S. 367) in der Fassung des Gesetzes vom 21. 7. 1951 (BGBl. I S. 470) und des § 101 des Bundesvertriebenengesetzes vom 19. 5. 1953 (BGBl. I S. 201) durch

Beschluß des Aufnahmeausschusses vom 9. November 1956

die Erlaubnis zum ständigen Aufenthalt im Bundesgebiet.

Diese Entscheidung gilt nicht als Entscheidung über die Flüchtlingseigenschaft.

Als Land, in dem ~~der~~ Aufgenommene ~~seinen~~ ihren ersten Wohnsitz zu nehmen hat, wird

H e s s e n

bestimmt.

(Begründung auf der Rückseite)

Begründung

Der umseitig Genannte hat die Aufenthaltserlaubnis auf Grund eines Rechtsanspruches gemäß § 1 Abs.2 des Notaufnahmegesetzes (besondere Zwangslage) erhalten.

Der Antragsteller ist 20 Jahre alt. Er hat am 30.10.1956 bei der Notaufnahmestelle in Berlin-West Antrag auf Erteilung der Aufenthaltserlaubnis für das Bundesgebiet gestellt. Zur Begründung seines Antrages trägt er dem Aufnahmeausschuß vor:

Er sei am 30.12.1955 verhaftet und am 6.3.1956 vom Bezirksgericht Halle wegen Abwerbung zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Am 20.9.1956 sei der Strafreist mit 2jähriger Bewährungszeit ausgesetzt worden. Aus Furcht, wieder eingesperrt zu werden, habe er am 26.10.1956 die sowjetische Besatzungszone (SBZ) verlassen.

Der Jugendliche konnte durch Vorlage einer Arbeitsbescheinigung nachweisen, daß er sich bis 20.9.1956 in Haft befand. Die übrigen Angaben erscheinen nach der Art des Vortrages glaubhaft, zumal sich der Geschehensablauf durchaus mit den gesammelten Erfahrungen deckt.

Danach hat der Jugendliche für eine Handlung eine Strafe erlitten, die nach rechtsstaatlichen Auffassungen keinen strafwürdigen Tatbestand darstellte. Der Vorwurf der Abwerbung ist einer der Ausdrucksformen für das Unrecht, das das politische Zwangssystem in der SBZ geschaffen hat. Der Jugendliche ist also das Opfer einer nur nach politischen Gesichtspunkten und nicht nach Rechtsgrundsätzen arbeitenden Gesetzgebung geworden. Nachdem er einmal Unrecht erleiden mußte, ist ihm, da die Bewährungsfrist noch anhält, ein längeres Verbleiben in der SBZ nicht zuzumuten. Er befand sich bei seinem Weggang in einer besonderen Zwangslage im Sinne der Notaufnahmebestimmungen und hat einen Rechtsanspruch auf Erteilung der Aufenthaltserlaubnis nach § 1 Abs.2 des Notaufnahmegesetzes.

Es war deshalb zu erkennen, wie geschehen.

gez.: Unterschriften

Im Auftrag



In der Bundesrepublik fühlt er immer wieder Skepsis und Misstrauen, wenn bekannt wird, dass er im Gefängnis war. Mancher beruflicher Aufstieg bleibt ihm deshalb auch hier verwehrt. Durch das Nichtaushändigen des Urteils wird ihm erst mit der Rehabilitierung und der damit verbundenen Löschung des Urteils vom 19. November 1991 die Wirkung des Artikels 6 Abs. 3 der DDR – Verfassung sichtbar: Verlust des aktiven und passiven Wahlrechts und der Fähigkeit zur Tätigkeit im öffentlichen Dienst sowie in leitenden Stellen des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens. *Mit der Einsicht meiner gesamten Stasi-Akte am 16. November 2005 im Alter von 70 Jahren werden die Machtstrukturen dieser Diktatur und die Folgen für den Einzelnen deutlich. Die Staatsanwaltschaft Halle (Staatsanwalt Busse) lehnte es gegenüber der Generalstaatsanwaltschaft Berlin mit Schreiben vom 29. November 1965 ab, „die Nebenfolgen aus Art. 6 der Verf. der DDR zu erlassen“*²²³

Den Trakehnern bleibt er treu, mit zahlreichen Preisen geehrt, wird seine Zucht hoch geachtet.

Nach dem Ende der DDR bittet Hans Peeck die Bundestagspräsidentin Prof. Dr. Süssmuth, sich für die Aufnahme der Rehabilitierungsfragen in den Einigungsvertrag einzusetzen. Er schreibt am 6. Juli 1990: *Mit der Aufarbeitung meiner ganz persönlichen Vergangenheit verbindet sich die Hoffnung, dass in Deutschland nie mehr eine solche Zeit kommen darf. Diese Erfahrungen haben mich auch in der jüdischen Frage dünnhäutig werden lassen. Meine Ziele sind:*

1. Wiederaufnahme des Verfahrens und Rehabilitierung
2. Öffentlicher Freispruch in meiner Heimatzeitung „Mitteldeutsche Zeitung“ (Ausgabe Weißenfels), früher „Freiheit“²²⁴
3. Entschädigung für diese Zeit, einschließlich Kostenerstattung für Prozess und Rechtsanwalt, Löhne in den Lagern
4. Anerkennung der gesundheitlichen Schäden in Rentenzeit und Rentenhöhe.

Er beantragt nach Inkrafttreten der entsprechenden Gesetze strafrechtliche und berufliche Rehabilitierung. Für die Haftzeit erhält er eine Entschädigung; die verhinderte berufliche Entwicklung und das entgangene Studium bringen ihm eine Bescheinigung als „verfolgter“ Schüler ein. Damit würde er bei einem eventuellen Studium BAföG er-

223 Brief von Hans Peeck an Edda Ahrberg am 26.10.2006.

224 Der Artikel „Adresse auf einer Postkarte wurde zum Verhängnis“ erscheint am 22.11.1991.

halten. Hierfür ist er mit über 70 Jahren inzwischen zu alt. Die seelischen Qualen kann ihm niemand nehmen.

Er stellt Strafanzeige gegen die damals Verantwortlichen. Die Ermittlungen werden eingestellt.

Seit 1975 organisiert Hans Peeck Gespräche mit Schülern über dieses Kapitel deutscher Geschichte, ab 1989 knüpft er Verbindungen zu jüdischen Gemeinden in Mitteldeutschland. Er bemüht sich bis heute um die Aufarbeitung nationalsozialistischer und kommunistischer Gewaltherrschaft, insbesondere um eine Gleichstellung der Opfer. Ein wirkungsvolles Zeichen wäre für ihn z.B. die Entschuldigung von heute in politischer Verantwortung stehenden Personen, wie den Bürgermeistern von Weißenfels, Halle und Coswig bei den Opfern für das in ihren Städten geschehene Unrecht. Alle seine Bemühungen waren bisher in diesem Punkt vergeblich.

Ihm ist es jedoch auch wichtig, Dank zu sagen.

Bei all den Verbrechen der zweiten deutschen Diktatur bleibt Dank und Würdigung bestehen: Für meinen Reitlehrer Albert Jäger. Dem Reiterkameraden Harry Linke. Unseren Gönnern im Reitsport Herrn und Frau Hildebrand. Meinem Meister Breitbart.

*Diese Weißenfelser haben auch nach meiner Verurteilung demonstrativ zu mir gestanden.*²²⁵



Der Reitlehrer Albert Jäger

225 Brief von Hans Peeck an Edda Ahrberg am 26.10.2006, dem 50. Jahrestag seiner 2. Flucht aus der DDR.

6. Die Nutzung des Schlosses nach 1957

Staatsarchiv

Nach dem Auszug des Strafvollzuges wurde zunächst auf Antrag der Volkskammerabgeordneten Pfannenbergs der Umbau zu einer Einrichtung des Gesundheitswesens (Krankenhaus) erwogen. Aus diesem Grund fand am 10. April 1957 eine Beratung zwischen Vertretern des Rates des Bezirkes Halle, des Rates des Kreises Roßlau und der Stadt Coswig statt, die mit einer Besichtigung verbunden war. Die nähere Prüfung ergab jedoch, dass der bauliche, hygienische und heizungstechnische Zustand zu schlecht sowie die notwendigen Renovierungsarbeiten zu kostenaufwändig waren. Der SED-Ortssekretär Fechner, von Beruf Maurer, stellte fest: *Auf Grund meiner Berufserfahrung kann ich nur sagen, daß die in den dicken alten Wänden steckende Nässe nie mehr herauszubringen ist. Nur auf der West- und Südseite Menschen unterzubringen, ist unrentabel.* Die Idee wurde also verworfen.²²⁶

Das 1. Stockwerk des Westflügels einschließlich der Räume im Süd-West-Turm wurde vom VEB Chemiewerk Coswig bis zur Übergabe an das Staatsarchiv 1961 als Wohnheim genutzt. Die Wohnungen wurden von den Bewohnern, zu denen auch Arbeiter des Schwermaschinenbaus Köthen gehörten, selbst hergerichtet.²²⁷

In Vorbereitung der Nutzung als Archiv fanden mehrere Begehungen des Schlosses, welches unter Denkmalschutz stand, durch die zuständigen Behörden statt. Im Ergebnis einer Besichtigung am 19. September 1958 wurden umfangreiche Baumängel festgestellt, die zunächst behoben werden mussten:

- a) *Sämtliche Dächer des Schlosses sind schadhaft, die Regenrinnen defekt, so dass an zahlreichen Stellen das Regenwasser an den Außenwänden abläuft bzw. in die oberen Stockwerke eindringt.*
- b) *Die Holz- und Eisenfenster, besonders die des West- und Nordflügels sind undicht, ohne Farbe, zum Teil angefault oder verrostet.*
- c) *Die im Schloss befindlichen zwei Heizungsanlagen sind schadhaft zum Teil völlig unbrauchbar.*
- d) *Die sanitären und elektrische Installation ist im erheblichen Umfang zerstört.*

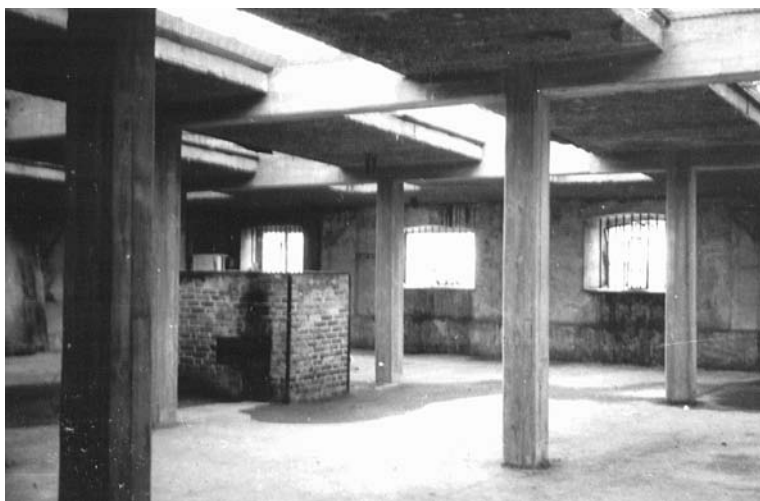
226 Protokoll der Beratung am 10.4.1957, in: Stadtarchiv Coswig, 2924 P I a 2.

227 Nach einer Auskunft, die Horst Petrasch während einer Veranstaltung im Schloss am 4.9.2005 dem Verein Schloss (Anhalt) e.V. gab.

- e) *Die Verbindungstüren in den einzelnen Etagen und die Zellentüren wurden zum großen Teil entfernt.*
- f) *In den Kellerräumen und zum Teil im Erdgeschoss ist erhebliche Feuchtigkeit vorhanden. ...*

Aus diesem verheerend schlechtem Zustand des Gebäudes ist zu entnehmen, dass in den vergangenen Jahren kaum Werterhaltungsarbeiten durchgeführt worden sein können. Besonders wird auf die Feuchtigkeit in der Korbflechtere hingewiesen.

Aus den unvollkommen gesicherten Gebäuden waren darüber hinaus zahlreiche brauchbare Gegenstände (z. B. fehlten die Lampen) von den Coswiger Einwohnern „umgelagert“ worden.²²⁸ So wurden als erstes Schlösser eingebaut.



Korbflechtere 1958

Seit 1958 wurde das Schloss als Archivdepot für das Staatsarchiv Magdeburg genutzt und ab 1. Januar 1961 für das Zentrale Staatsarchiv der DDR. Zum Zeitpunkt der Einrichtung als Dienststelle des Zentralarchivs war Karl Schirdewan Leiter der Staatlichen Archivverwaltung im Ministerium des Innern der DDR. Er kannte das Schloss als ehemaliger Häftling. Ob das einen Einfluss auf die Ortswahl hatte, konnte nicht festgestellt werden. Er forcierte 1960 die Nutzung als Archiv gegen die Widerstände des Zentralarchivs, von wo aus auf Grund der räumlichen Entfernung erheb-

²²⁸ Bericht über den baulichen Zustand, in: LHASA Abt. Merseburg, BDVP Halle, Abt. Bauwesen, vorl. Nr. 182, Bl. 29ff.

liche Bedenken gegen den Umzug eines Teils des Schriftgutes geäußert worden waren, und erhielt die Genehmigung des Innenministeriums.²²⁹ Weitere bauliche Veränderungen waren die Folge des Archiveinzugs. So wurde die Kapelle als „Packraum“ genutzt und dort eine Winde für den Aktentransport in das erste Stockwerk angebracht.²³⁰ Eine Zwischendecke war schon eingezogen worden. Der Nordflügel bekam einen Lastenaufzug und Eisenträger als Deckenverstärkung (auch quer durch die kunstvolle Stuckdecke). Wände wurden herausgerissen, Gitter an Fenstern beseitigt.

REGIERUNG
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
MINISTERIUM DES INNERN
STELLVERTRETER DES MINISTERS

An den
Leiter der Staatlichen Archivverwaltung
Genossen Schirdewan
P o t s d a m
Stalin-Allee 98-101

Berlin WB, den 28. Okt. 1960
Mauerstraße 29-32
Telefon: 22 61 21
Akz.: 02 4200
Reg.-Nr. 1/60



Betr.: Nutzung des ehemaligen Schlosses Coswig für Archivzwecke
Nach eingehender Prüfung der Vorschläge des Deutschen Zentralarchivs Potsdam und der Staatlichen Archivverwaltung bezüglich der Nutzung des ehemaligen Schlosses Coswig für Archivzwecke stimme ich - besonders aus Sicherheitsgründen - dem Vorschlag der Staatlichen Archivverwaltung zu.

Wenzel
(Wenzel)
Generalmajor

(07/11) 3086 T. 58 Ag 664/58

Genehmigung des Ministeriums des Innern

Direktoren der Dienststelle Coswig:

- 1961 Gottfried Börnert
- 1968 Dr. Günther Kesselbauer²³¹
- 1986 Karin Weßling²³² (ab 1980 kommissarisch)

Dr. Kesselbauer wohnte von 1971 bis 1981 in der obersten Etage des Südostturmes, also genau in dem Turm, in dessen Keller sich

²²⁹ Schreiben von Karl Schirdewan an den Stellvertreter des Innenministers vom 26.10.1960, in: BArch Dahlwitz-Hoppegarten, DO 1 22.0 Nr. 3179.

²³⁰ Bericht über die Einlagerung, in: BArch Dahlwitz-Hoppegarten, DO 6 ZSTA Nr. 1326.

²³¹ Dr. Günther Kesselbauer (geb. 1921), Diplomwirtschaftler, 1971 Diplomarchivar.

²³² Karin Weßling (geb. 1950), seit 1967 im Archiv Coswig beschäftigt.

die Hinrichtungsstätte befunden hatte.²³³ Inzwischen war dort die Heizungsanlage eingebaut worden.

In der Dienststelle Coswig lagerten seit 1980 unter strengster Geheimhaltung auch Bestände des jüdischen Archivs (ca. 100 lfm). An ihnen wurde nicht gearbeitet, die Findhilfsmittel befanden sich in Potsdam. 1988 wurden sie ersatzverfilmt und zur Übergabe an den Verband jüdischer Gemeinden vorbereitet.²³⁴ In Zusammenhang mit der Rekonstruktion der Neuen Synagoge in Berlin kam es am 4. November 1988 zu einem Gespräch im Archiv Coswig, an dem auch der Staatssekretär für Kirchenfragen Kurt Löffler, der Direktor der Stiftung „Neue Synagoge – Zentrum Judaicum“ Dr. Hermann Simon, der Leiter der Staatlichen Archivverwaltung Roland Leipold²³⁵ und die Direktorin des Zentralen Staatsarchivs Elisabeth Brachmann-Teubner teilnahmen.

Anfragen, wie die von Prof. Dr. Gönner, Leiter des vom Zentralrat der Juden in Heidelberg eingerichteten Archivs, mit Schreiben vom 22. Oktober 1987 an die Staatliche Archivverwaltung wurden abgewehrt. Er hatte im Anschluss an den Besuch von Erich Honecker in der Bundesrepublik um Benutzung jüdischen Archivgutes in der DDR gebeten.²³⁶

233 Nach einem Gespräch, das Edda Ahrberg und Jutta Preiß mit Günther und Ruth Kesselbauer am 25.11.2005 in Coswig führten.

234 Mündlicher Bericht von Dr. Kesselbauer vom 4.11.1988 an MfS-Major Knoche, in: BStU, MfS, BV Halle, KD Roßlau, Reg.-Nr. VIII 2422/83, Bl. 99.

235 Roland Leipold (geb. 1930) war seit 1.2.1980 OibE der HA VII des MfS. Seit 1.1.1983 war er Leiter der Staatlichen Archivverwaltung. Vgl. BStU, MfS, ZA, HA VII Nr. 1169, Bl. 42.

236 Information der HA VII vom 14.1.1988, in: BStU, MfS, ZA, HA VII Nr. 1169, Bl. 13-15.



Besuch des Präsidenten des „Verbandes der Jüdischen Gemeinden der DDR“ am 4.11.1988

Da das Schloss mit seinen Archivbeständen nach wie vor für Außenstehende fast nicht zugänglich war, wurde es im Herbst 1989 auch mit besonderem Misstrauen von der Coswiger Bevölkerung beobachtet. So wurde ein LKW mit Kassationsschriftgut am 5. Dezember 1989 auf dem Gelände der Papiermühle (Coswiger Papier- und Zellstoffwerke) zum Umkehren genötigt, nachdem eine dortige Mitarbeiterin auf dem Begleitzettel vermerkt hatte „Abnahme von dienstlichem Schriftgut nur mit Genehmigung des Generalstaatsanwaltes“. Inzwischen waren auch die Kreisstaatsanwältin und die Volkspolizei verständigt worden. Es kam zur Sichtung der Ladung durch eine Kommission, die aber keine Beanstandungen hatte, und im Anschluss daran zu einem Gespräch mit Pfarrer Dr. Lindemann über den Vorfall. In diesem Gespräch hob dieser hervor,

- *daß das Coswiger Archiv als sogenannte „geschlossene Abteilung“ an dem gegenwärtigen Ruf nicht unerheblich selbst beteiligt ist, da ein Agieren in der Öffentlichkeit nicht erfolgt*
- *daß v. a. unter kulturhistorischem Aspekt ein freier Zutritt zum Schloss wünschenswert wäre*
- *daß die Ausstellung in der Gedenkstätte unter neuen Erkenntnissen zu überarbeiten wäre (gegenwärtig einseitige vordergründige Darstellung des kommunistischen Widerstandskampfes, ungenügende Berücksichtigung ausländischer Häftlinge, in Zukunft stärkere zusätzliche Darstellung der sonstigen Schloßgeschichte).²³⁷*

Die Leiterin des Zentralen Staatsarchivs Frau Dr. Brachmann-Teubner stimmte einem Besuch des Schlosses zu, der noch im Dezember erfolgte. Nach dem 3. Oktober 1990 wurde die Dienststelle Coswig ein Teil des Bundesarchivs. 1998 erfolgten die Beräumung und die Umlagerung des Schriftgutes nach Berlin-Lichterfelde (4700 lfm) und nach Dahlwitz-Hoppegarten (7000 lfm).²³⁸ Einige Schriftstücke und Gegenstände zur Geschichte wurden dem Stadtarchiv Coswig übergeben.

237 Aktenvermerk des Zentralen Staatsarchivs vom 6.12.1989, in: BArch Dahlwitz-Hoppegarten, DO 6 Nr. 995.

238 Vgl. Auflösung der Außenstelle Coswig des Bundesarchivs, in: Mitteilungen aus dem Bundesarchiv Nr. 2/3-1998. Den Hinweis auf diesen Artikel verdanken die Verfasser Michael Müller.

Zentrales Staatsarchiv

Außenstelle Coswig

DDR - 4522 Coswig (Anh.), Ernst-Thälmann-Straße 44-45

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unsere Zeichen

DDR - 4522 Coswig (Anh.)

Protokoll

05.12.1989

Betreff:

Am 05.12.1989 fand auf Grund der Hinweise der Kollegen des VEB Papier- und Zellstoffwerkes Coswig eine Überprüfung des Kassandatransportes des Zentralen Staatsarchivs durch die Endunterzeichnenden statt. Bei dieser Überprüfung konnte kein Archivgut festgestellt werden, das für aktuelle Aspekte von Untersuchungs- und Ermittlungsorganen und die spätere Geschichtsschreibung der DDR von Interesse sein kann. Es handelte sich um

- innerdienstliches Schriftgut des Zentralen Staatsarchivs zur Realisierung seiner Anleitungs- und Kontrollaufgaben (Haushalts- und Finanzschriftgut, Entwürfe, Doppelstücke u.ä. die entsprechend den Richtlinien für die vereinfachte Kassation vernichtet werden können;
- leeres Formularschriftgut, das durch Außerkraftsetzung seine Gültigkeit verloren hat;
- Doppelstücke und vereinfacht zu kassierendes Schriftgut ohne o.g. Bedeutung aus der Erschließung der im Zentralen Staatsarchiv vorhandenen Bestände G-2 Min.f.Schwerindustrie und Q-2 Min. für Arbeit und Berufsausbildung aus der Zeit bis 1958.

W. Weßling
.....
OA Weßling
Leiter

Schmidt
.....
Schmidt
Beauftr.f.Sicherh.

Müller
.....
AR Müller
Abt.-Leiter d.ZStA
Potsdam

Weisenborn
.....
Weisenborn
Vors.d.KreisKom.
der ABI Roßlau

Engel
.....
Engel
Kreisstaatsanwältin
Roßlau

Schmidt
.....
K.Schmidt
ehrenamtl.Mitarb.
d: ABI, Stadtmuseum
Coswig

P. Klein
.....
P. Klein

A. Hönicke
.....
A. Hönicke

Betriebsnummer:
00 489523

Kommission zur Aufdeckung von Amts-
mißbrauch, Korruption und anderrechtfertigten
Anschuldigungen

13/89-1000 (V/33)/4 441 018

Protokoll über die Sichtung des Schriftgutes am 5.12.1989

Coswig (VK/R. Kessbauer). Am 5. 12. 1989 fand aufgrund von Hinweisen durch Kollegen der Coswiger Papierfabrik eine Überprüfung eines Kosandatenpostes statt. Das

ausgesonderte Schriftgut zur Vernichtung des Zentralen Staatsarchivs Potsdam durch eine Kommission statt. Erfreulich ist die Wachsamkeit der Arbeiter. Die Überprüfung ergab, daß das kein Archivgut war, das für aktuelle Untersuchungsverfahren von Interesse sein könnte. Es traten Gerüchte auf, das Zentrale Staatsarchiv sei eine Dienststelle des MfS, und die Mitarbeiter seien "Spitzeln der Stasi". Um dieser Gerüchten, die jeder Grundlage entbehren, entgegen zu setzen, rücken, lud der Direktor des Zentralen Staatsarchivs (ZSTA) Potsdam, Frau Blüchmann-Teubner, vor kurzem Vertreter der demokratischen Öffentlichkeit zu Gespräch und Besichtigung in die Außenstelle Coswig (ehemaliges Schloß) ein.

Der Einladung folgten Vertreter des Rates der Stadt, des Kulturbundes, der NDPD, LDPD, SED-PDS,

Coswiger Archiv besichtigt

der SDP der VdgB und parteilose Bürger. Das Archiv in Coswig untersteht als Außenstelle dem ZSTA Potsdam. In Coswig wird vorwiegend Archivgut von zentralen Organen und Einrichtungen des sozialistischen Staates und der antifaschistisch-demokratischen Ordnung aufbewahrt. In Bezirksstädten gibt es Staatsarchive, die für das Schriftgut auf Bezirks- und Kreisebene zuständig sind. Alle diese Archive verstehen dem Ministerium des Innern. Ausführlich legte die Direktorin die Geschichte des Archivwesens dar und erläuterte die Aufgaben und Zuständigkeiten der Außenstelle Coswig.

Im anschließenden Gespräch ging es zunächst um die Gedenkstätte des antifaschistischen Widerstandskampfes. Der Bürgermeister ver-

wies darauf, daß 1985 für deren Einrichtung 40 000 Mark aus dem Staatshaushalt zur Verfügung ge-

stellt wurden. Man wurde sich darüber einig, daß bei ihrer Neugestaltung drei Aspekte zu beachten sind: Die Geschichte des Schlosses, der antifa-schistische Widerstandskampf im ehemaligen Zuchthaus, Einblicke in die Aufgaben des Zentralen Staatsarchivs. Herr Lindemann unterstützte das und war der Meinung, daß einiges bisher fehle, und zwar die Rolle der jüdischen Gemeinde in Coswig und das Problem der deutschen Auswanderer nach Rußland zur Zeit Katharinas II. Er erinnerte u. a. daran, daß der bekannte, in Coswig geborene Philosoph Hermann Cohen (1842-1918) in seiner Geburtsstadt nicht beachtet wird. Sein Geburtshaus stand in der Domstraße (heute Parklücke).

Herr Lorenz gab seinem Unwillen darüber Ausdruck, daß um das Archiv ein mysteriöser Schleier des Geheimnisses gehüllt war, und forderte

Möglichkeiten der Nutzung für die Öffentlichkeit. Klargelegt wurde, daß unter der überzogenen Sicherheitsdoktrin der Vergangenheit auch das Zentrale Staatsarchiv in Coswig gelitten hat.

Beim Rundgang durch viele Räume (die Besucher konnten frei wählen) gab es zwar vieles zu sehen, aber es waren Regale, Regale mit vielen, vielen Akten in den Zellen und auf den breiten Gängen des ehemaligen Zuchthauses. Der größte Teil ist archivisch noch nicht bearbeitet. Coswig trägt den Charakter eines Depots. Zwar erfolgen hier auch Benutzungen, die wissenschaftliche Bearbeitung jedoch in Potsdam. Eine besondere Kostbarkeit ist das Archivgut von jüdischen Gemeinden in Deutschland.

Herr Mazurkewitz brachte zum Ausdruck, es sei gut, daß unser repräsentativer Bau in Coswig einem Ministerium untersteht. Es gab jährlich eine große Summe von Mitteln für die Werterhaltung aus, die die Stadt nicht hätte aufbringen können.

Absicherung durch Polizei und MfS

Mit der Einlagerung wichtiger Bestände staatlichen Schriftgutes, u. a. der zentralen Ebene des Sektors Planung, Statistik und Industriebestände, wurden Ende 1961 die Sicherungsvorkehrungen erweitert. Es fanden Absprachen mit dem Leiter des VPKA Roßlau, Genossen Steinbiß, und der Feuerwehr statt. Im Januar 1962 wurde bei einem Besuch des VPKA-Leiters in Coswig die Einrichtung einer Direktschaltung vom Schloss zum VPKA / Operativstab vereinbart. Darüber hinaus wurden das Archiv in den Operativplan der Volkspolizei aufgenommen, weitere kontinuierliche Kontrollen durch die Volkspolizeistreifen der Stadt zugesagt und Regelungen für den Besucher- und Mitarbeiterverkehr besprochen.²³⁹ Im Rahmen des Haushaltsplanes 1962 genehmigte die vorgesetzte Stelle, das Deutsche Zentralarchiv Potsdam, die Anschaffung eines Wachhundes. Im gleichen Jahr plante die Dienststelle Coswig weitere Sicherungsmaßnahmen, wie die Einrichtung eines Umgebungszaunes im Abstand von 15 Metern, den Einbau einer Feuerwarn- und Alarmanlage, die Beleuchtung des Umgebungsgeländes und die Sicherung der Türschlösser.²⁴⁰

Seit dem 1. April 1983 war ein Sicherheitsbeauftragter tätig, der den Schutz der Einrichtung und den Kontakt zu den Sicherheitsbehörden zu gewährleisten hatte.

Bei den Mitarbeitern des Staatsarchivs handelte es sich um, im Sinne der SED, besonders zuverlässige Personen. Zwischen der KD des MfS Roßlau und dem Archiv bestanden zur Absicherung des Personals offizielle und inoffizielle Kontakte. Personalfragen wurden von Dr. Kesselbauer mit der KD seit 1968 besprochen. Außerdem wurde er im Rahmen offizieller Arbeitskontakte und als Quelle für Ermittlungen im Archiv genutzt: *Er hat eine sehr gute Einstellung zu den Organen des MfS und gab auch selbst von sich aus Hinweise und Informationen zum Wirken der politisch – ideologischen Diversion und Angriffen des Gegners und half bei dessen Beseitigung.*²⁴¹ Ab 1984 wurde er als Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit (GMS) geführt.

239 Aktenvermerk zum von Ltr. Börnert zum Besuch am 16.1.1962, in: BArch Dahlwitz-Hoppegarten, DO 6 Nr. 1291.

240 Schreiben der Dienststelle Coswig vom 15.2.1962 an das DZA, in: BArch Dahlwitz-Hoppegarten, DO 6 Nr. 1291.

241 Ermittlungsbericht vom 5.2.1973, in: BStU, MfS, BV Halle, KD Roßlau, Reg.-Nr. VIII 2422/83, Bl. 23. 1984 nahm der MfS-Mitarbeiter Knoche Kontakt zu G. Kesselbauer auf, um ihn als GMS „Walter König“ zu nutzen. Beide kannten sich und G. Kesselbauer erklärte sich mündlich zur Zusammenarbeit bereit. Es fanden Treffen in seiner Wohnung in größeren Abständen statt, bei denen eine mündliche Berichterstattung bis Ende 1988 erfolgte.

Karin Weßling wurde am 14. Mai 1981 schriftlich verpflichtet, die Staatssicherheit als Inoffizieller Mitarbeiter für konspirative Wohnungen unter dem Decknamen (IMK/KW) „Wasserschloß“ zu unterstützen. Ihre Aufgabe bestand darin, ein Besucherzimmer im Schlosskomplex für konspirative Treffen zwischen hauptamtlichen und inoffiziellen MfS-Mitarbeitern zur Verfügung zu stellen: *Es wurde vereinbart, daß der operative MA sich den Schlüssel persönlich abholt, bis ein weiterer vorhanden ist und die Rückgabe über den Hausbriefkasten mit der Neufestlegung des nächsten Termins im verschlossenen Briefumschlag erfolgt.*²⁴² Der MfS-Mitarbeiter Reichel war ihr aus offiziellen Arbeitskontakten heraus bereits bekannt. In Folge fanden auch einige wenige Gespräche statt, während derer sie personenbezogene Informationen weitergab. Die Zusammenarbeit mit dem MfS wurde im August 1989 beendet: *Notwendige Veränderungen der Regimeverhältnisse im Bereich der IMK gewährleisten eine konspirative Treffdurchführung nicht mehr, so daß eine Einstellung der inoffiziellen Zusammenarbeit erforderlich ist.*²⁴³

242 Bericht zur Verpflichtung vom 3.6.1981, in: BStU, MfS, BV Halle, AIM 2280/89, Bl. 176.

243 Abschlußbericht zum IM-Vorgang vom 9.8.1989, in: BStU, MfS, BV Halle, AIM 2280/89, Bl. 207.

17. August 1970

Resolution

Vor 14 Jahren wurde die führende Kraft der westdeutschen Arbeiterklasse, die KPD, verboten. Mit dieser, dem Grundgesetz widersprechenden Entscheidung der Regierung Adenauer wurde versucht, die konsequente Friedenspolitik der KPD, die den Forderungen des Potsdamer Abkommens entsprach, zu verhindern.

Trotz Verbot haben die Kommunisten Westdeutschlands den Kampf um Frieden und gegen Imperialismus und Militarismus geführt. Unter ihrer Führung haben die demokratischen Kräfte viele Erfolge erringen können.

Die Entwicklung in Westdeutschland hat aber auch gezeigt, daß durch das Verbot der KPD die neonazistischen Kräfte ermuntert wurden und das Rad der Geschichte aufhalten wollen.

Der Kampf der KPD um die Verwirklichung der Grundsätze von Potsdam hat in entscheidendem Maße dazu geführt, daß die Bundesrepublik im Vertrag mit der Sowjetunion diesen Forderungen entsprechen mußte. Es darf aber auch nicht vergessen werden, daß es gerade die neonazistischen Kräfte sind, die die Ratifizierung dieses Vertrages verhindern wollen.

Mehr denn je wird deutlich, daß die konsequenteste Vertreterin der Interessen der Bevölkerung Westdeutschlands die KPD ihre volle Legalität erhalten muß, um die im Vertrag enthaltenen Grundsätze verwirklichen zu helfen und um das Rechtskartell der reaktionären Kräfte zurückdrängen zu können.

Wir fordern deshalb die Aufhebung des Verbots der KPD, die zugleich ein entscheidender Beitrag der Bundesrepublik zur Sicherung des Friedens in Europa wäre.

Die Kolleginnen und Kollegen
des Deutschen Zentralarchivs,
Dienststelle Coswig

1.A. *[Signature]*

30.12.18

Resolution zur Aufhebung des KPD-Verbots in der Bundesrepublik vom 17. August 1970

Ideologisierung der Geschichte

Unter dem Titel „Zuchthaus Coswig mahnt. Erinnerungen ehemaliger politischer Häftlinge aus dem Zuchthaus Coswig und anderen Strafanstalten unseres Kreises“ stellte 1965 anlässlich des 20. Jahrestages des Kriegsendes eine „Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung der SED Roßlau“ Haftberichte mit Hintergrundinformationen zusammen.²⁴⁴ Im Vorfeld wurden 1964 und 1965 ehemalige Häftlinge aufgefordert, ihre Erinnerungen aufzuschreiben, die dann gesammelt und ausgewertet wurden. Die Ausarbeitung (Entwurf zu einer Broschüre) wurde in den politischen Kontext der DDR gestellt. In der Einleitung heißt es z.B.: *In der Deutschen Demokratischen Republik wurden die Wurzeln und der Geist des Faschismus und Imperialismus unter der Führung der SED beseitigt und ein neuer, demokratischer, friedliebender und sozialistischer Staat aufgebaut. In Westdeutschland haben die deutschen Imperialisten, Militaristen und Faschisten nach 1945 mit Hilfe der westlichen Besatzungsmächte und der rechten SPD-Führung erneut die Macht an sich gerissen und bedrohen erneut die Völker durch ihre aggressiven Forderungen.*²⁴⁵

Der Bericht enthält bis auf eine Ausnahme verarbeitete Informationen aus den Zeitzeugenberichten und Angaben aus Archivmaterial, allerdings in beiden Fällen ohne Quellenangaben. Namentlich aufgezählt werden kommunistische Häftlinge, wörtlich zitiert wird nur Walter Kaßner. Zumindest von einem ehemaligen Häftling, Hermann Schübler, wurde diese Ausarbeitung stark kritisiert. In einem Brief an seinen Bruder heißt es zu dem Entwurf: *Den habe ich ein paar mal durchgelesen, aber er ist so voller Ungenauigkeiten, Lücken und noch anderen Mängeln, daß eine Verbesserung oder Berichtigung so umfangreich sein müssten, daß ich damit allein gar nicht fertig werden könnte. Bei den Namen, die aufgeführt sind, vermisste ich gerade die Genossen, die eine besondere Rolle gespielt haben, beziehungsweise auch, was für politische Gruppen dort in Haft waren. ... Das waren alles Genossen aus der KPD ... Aber es waren auch noch Genossen anderer Gruppen dort, wie Hämmerling und Genossen aus Magdeburg. Das waren Sozialdemokraten und nannten sich „Sozialistische Aktive“.*

244 Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung der SED Roßlau, Zuchthaus Coswig mahnt. Erinnerungen ehemaliger politischer Häftlinge aus dem Zuchthaus Coswig und anderen Strafanstalten unseres Kreises, Coswig, 1965 (Manuskript, 31 Seiten), in: Stadtarchiv Coswig.

245 Ebenda S. 2.

Oder Joachim Wittschietz²⁴⁶ und noch 3 oder 4, das waren Trotzlisten.²⁴⁷

An dem am 4. Mai 1965 auf dem Vorhof des Schlosses errichteten Gedenkstein legten in Folge am Tag der Opfer des Faschismus Schüler der Hans-Beimler-Oberschule und Mitarbeiter des Archivs Kränze nieder. Aber nicht nur Gedenkveranstaltungen fanden hier statt, sondern auch Brautpaare legten nach der Eheschließung Blumen nieder.



Gedenkstein im Vorhof des Schlosses

246 Im Brief Hermann Schübblers an die SED-Kreisleitung Roßlau vom 18.7.1965 heißt es „Wittschiebe“. Stadtarchiv Coswig.

247 Brief von Hermann Schübler vom 10.6.1965 an seinen Bruder Otto Schübler, in: Stadtarchiv Coswig.

Gedenkstätte für den antifaschistischen Widerstandskampf



Ausstellungseröffnung am 23. Oktober 1969

Vor der Tür links: Willi Fahlteich, rechts: Dr. Lötze, Leiter des Zentralen Staatsarchivs der DDR



Gedenkveranstaltung am Gedenkstein im Innenhof

Auf Initiative von Dr. Kesselbauer wurde zum 20. Jahrestag der DDR-Gründung eine frühere Häftlingszelle als Gedenkzelle mit einer kleinen Ausstellung im Keller des Nordflügels unter Einbeziehung der FDJ-Gruppe des Archivs eingerichtet. Die Einweihung fand am 23. Oktober 1969 mit einer Kranzniederlegung am Gedenkstein und einer Gedenkminute statt. Daran nahmen neben ehemaligen Häftlingen, wie Willi Fahlteich und Horst Schrader, Vertreter der SED-Kreisleitung und des Bezirksparteiarchivs Magdeburg teil. Seitens des Archivs war beabsichtigt, *die Gedenkzelle nicht als öffentliche museale Einrichtung zu betrachten. Von unserer Seite ist vorgesehen, die Besichtigung der Gedenkzelle nur eingeladenen oder angemeldeten Personen oder Personengruppen, wie Schulklassen, Abordnungen der NVA, Vertretern der antifaschistischen Widerstandskämpfer usw. zu ermöglichen.*²⁴⁸ Im Vorraum der Gedenkzelle befanden sich vier Schaukästen mit Dokumenten und Fotos. Erlebnisberichte von Walter Kaßner und Horst Schrader waren dort ausgestellt. Jugendweihengruppen und Schulklassen wurde der Besuch gestattet.

1976 legte Dr. Kesselbauer eine Konzeption zur Überarbeitung der Ausstellung vor. Er empfahl eine Befragung ehemaliger Häftlinge durch die AG „Junge Historiker“ der POS III (Fritz-Weineck-Oberschule) unter der Leitung des Genossen Dr. Mauritz. Der Zugang zur Gedenkstätte sollte dann nicht mehr durch das Schloss, sondern direkt über den Nordhof erfolgen.²⁴⁹

Am 08. Mai 1985 wurde zum 40. Jahrestag *des Sieges über den Hitlerfaschismus und der Befreiung unseres Volkes* schließlich die „Mahn- und Gedenkstätte des antifaschistischen Widerstandskampfes in der Stadt Coswig“ im Nordflügel eingeweiht und davor auf dem ehemaligen Freiganghof ein Gedenkstein errichtet. An der feierlichen Einweihung der Gedenkstätte, die ausschließlich den Häftlingen aus der Zeit von 1933 bis 1945 gewidmet war, nahm Alois Pisnik²⁵⁰, Mitglied des Zentralkomitees der SED und des Staatsrates der DDR teil. Er war selbst als Kommunist u. a. in Coswig inhaftiert.²⁵¹

Der Rat der Stadt Coswig stellte aus diesem Anlass eine Fotosammlung zusammen, in die aber auch Fotos anderer Gedenkort, wie z.B. vom Städtischen Friedhof Aufnahme fanden.

248 Vgl. Schreiben des Archivs an das Mdl, Staatliche Archivverwaltung, vom 5.8.1969, in: BArch Dahlwitz-Hoppegarten, DO 6 Nr. 1368.

249 Vgl. Konzeption für die Ausgestaltung der Gedenkzelle vom 3.9.1976, in: BArch Dahlwitz-Hoppegarten, DO 6 Nr. 1368.

250 Alois Pisnik (geb. 1911) war u. a. von 1950–1989 Mitglied des ZK der SED und von 1952–1979 1. Sekretär der SED für den Bezirk Magdeburg. Vgl. Helmut Müller-Enbergs, Jan Wielgohs, Dieter Hoffmann, Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon, Berlin 2001, S. 661f.

251 Vgl. Gästebuch der Gedenkstätte, in: Stadtarchiv Coswig.



Ruhm und Ehre den Helden des antifaschistischen Widerstandskampfes

In der Gedenkzelle wurden Berichte ehemaliger, meist kommunistischer Häftlinge, präsentiert:²⁵²

Von Hermann Hagendorf (geb. 18.2.1900, im KZ Sachsenhausen verstorben am 20.6.1933); Richard Reinhardt (geb. 28.6.1874, in Berlin-Plötensee hingerichtet am 22.12.1942); Paul Götze; Franz Beier (geb. 29.1.1923); Hermann Leps (geb. 19.8.1904, verst. 10.2.1975); Franz Vleek (geb. 11.10.1889); Alfred Zeiseweis (geb. 18.3.1904); Rolf Baumann (geb. 1914); Walter Blumenthal (geb. 28.8.1904); Emil Wolff (geb. 24.1.1909); Leopold Moses (geb. 20.12.1900, verst. im KZ Buchenwald); Erich Lehmann (geb. 26.3.1902); Hans Faust (geb. 28.12.1908, in der DDR Vorsitzender des Komitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer im Kreis Roßlau); Walter Kaßner und von Horst Schrader.

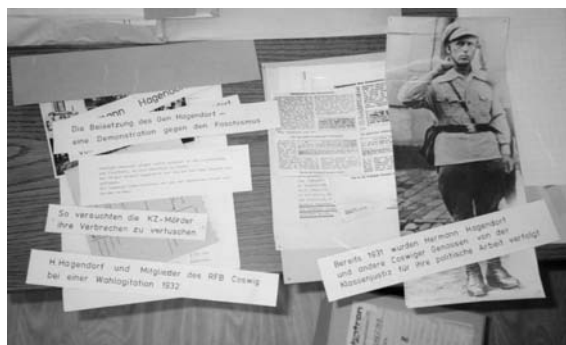
²⁵² Die Berichte und Einrichtungsgegenstände befinden sich heute im Stadtmuseum Coswig.

Einer der ehemaligen Häftlinge, die auch später an öffentlichen Feierlichkeiten teilnahmen und sich als Zeitzeugen zur Verfügung stellten, war Willi Fahlteich. Er war anerkannter „Kämpfer gegen den Faschismus“ und erhielt zahlreiche Auszeichnungen.



Willi Fahlteich (rechts) mit dem Volkskammerpräsidenten Gerald Götting bei der Verleihung des Vaterländischen Verdienstordens der DDR in Silber am 11.3.1976 im Staatsratsgebäude Berlin

Beim Umzug des Bundesarchivs nach Berlin wurden die Häftlingsberichte und Einrichtungsgegenstände 1998 dem Stadtmuseum Coswig übergeben.



*Häftlingsberichte,
Haftkleidung und
Zelleneinrichtung im
Stadtmuseum Coswig
(2005)*

Ausblick

Das Schloss stand ab 17. Oktober 1998 leer und wurde am 27. März 1999 von der Hillebrandt GmbH ersteigert, die hier eine Seniorenresidenz errichten wollte. Aus diesen Plänen wurde jedoch nichts.

Zum Tag des offenen Denkmals am 11. September 2005 hatten die Coswiger Bürger zum ersten Mal die Gelegenheit, das gesamte Schloss zu besichtigen. Gesprächs- und Informationsmöglichkeiten ergänzten das Angebot. Im Keller des Nordflügels (Nord-Ost-Ecke) war in einer ehemaligen Zelle, vor der noch eine Gittertür angebracht war, ein Haft-raum mit der Ausstattung der einstigen Gedenkzelle nachgestellt worden.

Im April 2006 wurde das Schloss von der Arcadia GmbH & Co KG mit dem Ziel erworben, es zu einer Stätte der Kultur werden zu lassen und in das gesamteuropäische Projekt „Et in Arcadia ego“ einzubeziehen. Dem Schloss ist zu wünschen, dass diese Pläne verwirklicht werden. Es bleibt die Hoffnung, dass in dem zukünftigen Konzept eine wissenschaftlich fundierte Ausstellung über die gesamte Zuchthausgeschichte und Gedenkmöglichkeiten Berücksichtigung finden.

7. Anhang

Abkürzungsverzeichnis

BArch	Bundesarchiv
BDVP	Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei
BV	Bezirksverwaltung
BVST	Bezirksverwaltung für Strafvollzug
DDR	Deutsche Demokratische Republik
FDJ	Freie Deutsche Jugend
GI	Geheimer Informator
GMS	Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit
GW	Gesundheitswesen
HAL	Haftarbeitslager
HVDVP	Hauptverwaltung der Deutschen Volkspolizei
IM/KW	Inoffizieller Mitarbeiter zur Sicherung konspirativer Wohnungen
KD	Kreisdienststelle
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
LHASA	Landeshauptarchiv Sachsen – Anhalt
LStU	Landesbeauftragte(r) für die Unterlagen des Staatssicherheits- dienstes
Mdl	Ministerium des Innern
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
NKWD	Geheimdienst der Sowjetunion
OibE	Offizier (des MfS) im besonderen Einsatz
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SMA(D)	Sowjetische Militäradministration (in Deutschland)
StVA	Strafvollzugsanstalt
Tbc	Tuberkulose
VEB	Volkseigener Betrieb
WASAG	Westfälisch-Anhaltische Sprengstoff AG
ZK	Zentralkomitee

Foto- und Dokumentennachweis

- Seite 9 Schloss Coswig, Anfang 18. Jh.
(Beckmann, Anhaltische Landesbücherei Dessau)
- Seite 12 Plan des Schlosses als Gefängnis für Frauen und Männer von
Friedrich Schrödter, ca. 1872 (Repro vom Original in der Anhaltischen
Gemäldegalerie Dessau – Graph. Sammlung, Stadtarchiv Coswig)
- Seite 15 Asmus Theodor Schulze 1892 während seiner Dienstzeit als
Angehöriger des Inf. Regt. Nr. 152 in Zerbst (Privatarchiv Joachim
Schulze)
- Seite 17 Instruction für die Aufseher bei der Herzoglichen Strafanstalt in
Coswig, Bl. 1 (Stadtarchiv Coswig)
- Seite 21 Entlassungsmeldung vom 22. Februar 1906 (Stadtarchiv Coswig 612
GXV / 55)
- Seite 23 Anhaltische Elbe-Zeitung vom 2. Juli 1885 (Stadtarchiv Coswig)
- Seite 25ff. Anhaltische Elbezeitung vom 16. Januar 1928 (Stadtarchiv Coswig)
- Seite 32 Übersicht über die Behandlung der Gefangenen in den Stufen
(Stadtarchiv Coswig)
- Seite 35 Mitteilung über den Tod eines ukrainischen Häftlings am 8. April
1945 (Stadtmuseum Coswig)
- Seite 38 Gefangene bei Elbstromregulierungsarbeiten (BArch Berlin R 3001 Nr.
10007, Bl. 80, 82)
- Seite 46f. Entlassungsschein eines Niederländers vom 21. April 1945
(Stadtarchiv Coswig)
- Seite 51 Haupteingang mit Blick auf den Nordflügel (rechts) (BArch DO 1 11.0.
Nr. 1520, Bl. 67 und 64, ohne Datum)
- Seite 51 Grundriss des Schlosses nach 1945, Anschrift: Ernst-Thälmann-
Strasse 44 (LHASA, Abt. Merseburg, BDVP Halle, Abt. Bauwesen, vorl.
Nr. 182, Bl. 22)
- Seite 54 Schreiben von Amtsgerichtsrat Rabenalt am 14.6.1945 (Stadtarchiv
Coswig, 2924 P I a 2)
- Seite 65 Ehemalige Zelle im Keller, 2003 (Edda Ahrberg)

- Seite 66 Westflügel (BArch DO 1 11.0. Nr. 1520, Bl. 60, ohne Datum)
- Seite 71f. Vermerk von Dr. med. Lambeck zum Krankenstand vom 1.7.1947 (BArch Berlin DP 1/II Nr. 32)
- Seite 73f. Bericht des Gesundheitsamtes Zerbst vom 24. Mai 1948 zur medizinischen Versorgung in Coswig (LHASA Abt. Magdeburg, Rep. K 9 Nr. 471, Bl. 107)
- Seite 75f. Bericht des Krankenhauses Coswig an den Minister für Arbeit und Sozialfürsorge vom 27. Juli 1948 zu dem Vorwurf der Strafanstalt, kranke Häftlinge abzuweisen (LHASA Abt. Magdeburg, Rep. K 9 Nr. 471 Bl. 124)
- Seite 77 Weisung der Abt. Strafvollzug vom 3.7.1948 über Zusatzverpflegung (LHASA Abt. Magdeburg, Rep. K 4 Nr. 605, Bl. 78)
- Seite 80 Anschreiben der Deutschen Justizverwaltung vom 1.10.1948 (BArch Berlin, DP 1/II Nr. 104)
- Seite 83f. Abschrift des Briefes vom 13.4.1948 (BArch Berlin, DP 1/II Nr. 104)
- Seite 85f. Schreiben der Deutschen Justizverwaltung vom 5. Mai 1948 an das ZK der SED (BArch Berlin, DP 1/II Nr. 104)
- Seite 88 Bericht des Strafanstaltsdirektors an das Justizministerium Sachsen-Anhalt vom 12.10.1949 mit Anlage (BArch Berlin, DP 1/II Nr. 104)
- Seite 90 Schreiben des Kreistuberkulosearztes Dr. Wernicke an den Arzt der Strafanstalt vom 30.8.1949 (BArch Berlin, DP 1/II Nr. 104)
- Seite 93 Haftfoto (BStU, MfS, BV Halle, AU 146/53, Vollzugsakte)
- Seite 95f. Jahresbericht 1956 über die ärztliche Versorgung (LHASA Abt. Merseburg, BDVP Halle 19, Nr. 705, Bl. 160f)
- Seite 98 Kapelle, ohne Datum (BArch Berlin DO 1 11.0 Nr. 1520, Bl. 61)
- Seite 99 Forderung nach der Ablösung des katholischen Geistlichen 1956 (BArch Berlin DO 1 11.0 Nr. 1572, Bl. 209)
- Seite 100 Forderung der Fuldaer Bischofskonferenz nach besseren Möglichkeiten seelsorgerlicher Betreuung (BArch Berlin DO 1 11.0 Nr. 1572, Bl. 215)
- Seite 104 Produktions- und Einnahmeplan der StVA Coswig für das Jahr 1956 Auszug aus einem Bericht der Produktionsabteilung vom 6.3.1956 (LHASA Abt. Merseburg, BDVP Halle 19, Nr. 706, Bl. 122RS)

- Seite 105 Ansicht von den Elbwiesen aus, 1955 (Privatarchiv Waltraut Bührig)
- Seite 109ff. Bericht des Oberstaatsanwaltes an das Justizministerium über die Hinrichtungen am 12. November 1948 (LHASA Abt. Magdeburg, Rep. K 4 Nr. 858, Bl. 121-123)
- Seite 114 Treppe zu dem vermutlichen Hinrichtungsraum und separater Ausgang aus dem Hinrichtungsraum zur Elbe, später wurde hier die Zentralheizung eingebaut (Edda Ahrberg, 2003)
- Seite 120 Bericht eines Anstaltsbeschäftigten
Er erhielt wenig später 50 DM Prämie für seinen Einsatz. (LHASA Abt. Merseburg, BDVP Halle 19, Nr. 706, Bl. 89)
- Seite 121 Ansicht von den Elbwiesen aus mit dem Rathaus im Hintergrund, 1955 (Privatarchiv Waltraut Bührig)
- Seite 124 Hans-Jürgen Schuband vor und um 1949 (Privatarchiv Hans-Jürgen Schuband)
- Seite 128 Beschluss des MfS vom 4.12.1950 (BStU, MfS, BV Halle, AU 1/51, Bl. 14, 15)
- Seite 129 Herbert Eisbein (rechts) nach der Haftentlassung mit seinen Eltern und seiner Tante (hinten), Aschersleben, Weihnachten 1951 (Privatarchiv Herbert Eisbein)
- Seite 130 Hochzeit von Rudolf Stange am 28. Mai 1938, links neben der Braut Selma Stange, rechts über Rudolf Waldemar Stange (Privatarchiv Gunther Stange)
- Seite 131 Ein Teil der Molkerei mit Familienangehörigen (Privatarchiv Gunther Stange)
- Seite 135 Entlassungsschein (Privatarchiv Gunther Stange)
- Seite 142 Urkunde für den ersten Platz am 4.10.1953 (Privatarchiv Hans Peeck)
- Seite 143 Hans Peeck auf dem Pferd in der Mitte, der Gönner des Reitsports Heinz Hildebrand als 2. von links stehend (Privatarchiv Hans Peeck)
- Seite 143 Von links: Hans Peeck, Heinz Hildebrand, die Tochter seines Reitlehrers Albert Jäger (Privatarchiv Hans Peeck)
- Seite 145 Die Bleistiftnotizen als Beweismittel vor Gericht (BStU, MfS, BV Halle, Ast. 1637/56, Bd. 1, Bl. 9)

- Seite 146 Anfrage der Generalstaatsanwaltschaft vom 31. Januar 1956 (BStU, MfS, BV Halle, Ast. 1637/56, Bd. 1, Bl. 42)
- Seite 149 Erlaubnisschein für einen Besuch der Mutter am 10. Juni 1956 (Privatarchiv Hans Peek)
- Seite 151f. Aufenthaltserlaubnis für die Bundesrepublik Deutschland (Privatarchiv Hans Peek)
- Seite 154 Der Reitlehrer Albert Jäger (Privatarchiv Hans Peek)
- Seite 156 Korbflechtei 1958 (LHASA, Abt. Merseburg, BDVP Halle, Abt. Bauwesen, vorl. Nr. 182, Bl. 45)
- Seite 157 Genehmigung des Ministeriums des Innern (BArch Dahlwitz-Hoppegarten, DO 1 22.0 Nr. 3179)
- Seite 159 Besuch des Präsidenten des „Verbandes der Jüdischen Gemeinden der DDR“ am 4.11.1988 (BArch Dahlwitz-Hoppegarten, Fotosammlung, DO 6 Nr. 51)
- Seite 161 Protokoll über die Sichtung des Schriftgutes am 5.12.1989 (BArch Dahlwitz-Hoppegarten, DO 6 Nr. 995)
- Seite 162 Artikel in der „Freiheit“ vom 29.12.1989 (BArch Dahlwitz-Hoppegarten, DO 6 Nr. 995)
- Seite 165 Resolution zur Aufhebung des KPD-Verbots in der Bundesrepublik vom 17. August 1970 (BArch Dahlwitz-Hoppegarten, DO 6 Nr. 1368)
- Seite 167 Gedenkstein im Vorhof des Schlosses (Heft zur Erinnerung an die Einweihung der Mahn- und Gedenkstätte des antifaschistischen Widerstandskampfes in der Stadt Coswig am 8.5.1985, Stadtarchiv Coswig)
- Seite 168 Ausstellungseröffnung am 23. Oktober 1969
Vor der Tür links: Willi Fahlteich, rechts: Dr. Lötze, Leiter des Zentralen Staatsarchivs der DDR (Stadtarchiv Coswig)
- Seite 168 Gedenkveranstaltung am Gedenkstein im Innenhof (Gästebuch, Stadtarchiv Coswig)
- Seite 170 Ruhm und Ehre den Helden des antifaschistischen Widerstandskampfes (Heft zur Erinnerung an die Einweihung der Mahn- und Gedenkstätte des antifaschistischen Widerstandskampfes in der Stadt Coswig am 8.5.1985, Stadtarchiv Coswig)

- Seite 171 Willi Fahlteich (rechts) mit dem Volkskammerpräsidenten Gerald Götting bei der Verleihung des Vaterländischen Verdienstordens der DDR in Silber am 11.3.1976 im Staatsratsgebäude Berlin (Stadtarchiv Coswig)
- Seite 172 Häftlingsberichte, Haftkleidung und Zelleneinrichtung im Stadtmuseum Coswig (Edda Ahrberg, 2005)

Literatur

Arbeitsgruppe „Propaganda und Öffentlichkeitsarbeit“ (Hg. Rat der Stadt Coswig), Beiträge zur Geschichte der Stadt Coswig, Coswig 1987

Edda Ahrberg, Hans-Hermann Hertle, Tobias Hollitzer u. Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Die Toten des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953, Münster 2004

Johann Christoff Beckmann, Historie des Fürstenthums Anhalt, 1710

Johannes Berbig, Knast – Schatten und Gestalten einer Leidenszeit, Kompaß-Verlag Oberursel 1947

Dietrich Güstrow, In jenen Jahren. Aufzeichnungen eines „befreiten“ Deutschen, Deutscher Taschenbuch Verlag, München 1985

Ruth Kesselbauer, Horst Thiele (Hg. Pädagogisches Kreiskabinett Roßlau), Beiträge zur Geschichte des Kreises Roßlau. Der Kreis Roßlau, Streiflichter aus der Vergangenheit 1919–1984, Coswig 1986

Stefanie Wahl, „Die Ereignisse um den 17. Juni 1953 im Bezirk Halle – Schlaglichter“ (Hg. LStU Sachsen-Anhalt), Magdeburg 2003

Hermann Wentker, Justiz in der SBZ/DDR 1945–1953. Transformation und Rolle ihrer zentralen Institutionen, Institut für Zeitgeschichte, München 2001

Ernst Werner, Geschichte der Stadt Coswig in Anhalt, 1929



SACHSEN-ANHALT

Der Landesbeauftragte
für die Unterlagen des
Staatssicherheitsdienstes
der ehemaligen Deutschen
Demokratischen Republik

www.stasi-unterlagen.sachsen-anhalt.de